

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mf., bei Selbstabholung 5,50 Mf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mf., für einen Monat 6.— Mf. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postlesestanz Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13003. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 geplasterte Kolonialzeile oder deren Raum 1,90 Mf., bei Platzvorschift 2,30 Mf.; Familiennachrichten, die 7 geplasterte Zeile 1,70 Mf. Reklame-Kolonialzeile 7,50 Mf. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Ausläger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Vor der Abstimmung über die Vertrauens-lagesordnung.

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Abstimmung, die heute der Regierung eine Art Vertrauensvotum bringen soll, dürfte als Resultat eine Zustimmung der Koalitionsparteien und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu einer sogenannten Tagesordnung bringen, in der die Parteien sich bereit erklären, die Regierung bei der Durchführung des Ultimatums zu unterstützen. Die Formulierung der Erklärung, die bereits gestern vorlag und in der gleichzeitig noch ein Vertrauensvotum für die Aufführungen des Reichskanzlers zur Oberschlesischen Frage verlangt wurde, kann in dieser Form nicht als annehmbar für die Unabhängigen gelten und dürfte infolgedessen noch einer Änderung unterzogen werden. Der Text stammt von den beiden bürgerlichen Parteien und war ohne Mitwirkung der Sozialdemokratischen Partei hergestellt worden. Die vier Parteien werden dann eine Mehrheit aufbringen, die gegenüber auch ein Untrauensvotum der Deutschnationalen, selbst wenn es außer den Kommunisten auch noch die Unterstützung der Deutschen Volkspartei finden dürfte, nicht in die Wage fallen kann.

Ein Teil der bürgerlichen Presse allerdings, vor allem wieder die der Deutschen Volkspartei, immer näherliegende *Vossische Zeitung* erklärt, daß diese Mehrheit klein und durch die „Unzuverlässigkeit der Unabhängigen“ gefährdet sei. Sie erwägt dann in ihrer üblichen, in letzter Zeit sehr sensationslüsternen Art bereits die Folgen einer etwaigen Auflösung der Unabhängigen von der Kabinettspolitik und erklärt, daß das Kabinett dann entlassen sei, keinesfalls zurücktreten, sondern den Reichstag auszulösen. Deshalb glaubt sie, daß die Verantwortung der Deutschen Volkspartei um so größer sei, da ein solche kritische Zuspaltung die Verhügung, die das deutsche Volk jetzt nach innen und nach außen brauche, sehr gefährde.

Die Haltung der Deutschen Volkspartei ist ganz eigenartig und dürfte im Lande keinerlei Verständnis finden. In ihrer gesetzigen Fraktionsföhrung hatte sie beschlossen, die Rede des Ministers Rathenau abzuwarten. Die tägliche Rundschau hat deshalb gestern über die Rede des Reichskanzlers völlig geschwiegen. Heute findet sie nun endlich Worte. Diese lauten: „Man wird abwarten müssen, wie die neue Regierung die Aufführungen des Ultimatums zu verwirklichen gedenkt. Die Stellung zum Ultimatum zeigt eine Scheidelinie, macht aber weder eine grundsätzliche Opposition noch eine voreilige Vertrauenserklärung notwendig. Man wird abwarten und Vorschläge der Regierung in Sachlichkeit prüfen, sie allerdings, wenn sie das Gepräge der Klassenpolitik aufweisen, die Erschütterung unserer Wirtschaft bewirken oder Sozialisierungsexperimente versuchen, rücksichtslos bekämpfen.“ Diese stilistisch glänzenden Ausführungen des Herrn Chefredakteurs Heinrich Rippler zeigen, daß die ganze Weisheit der Deutschen Volkspartei auch heute noch in den drei Worten „man wird abwarten“ besteht. Ob allerdings die Wählermassen der Deutschen Volkspartei drausen für diese Politik Verständnis haben, wird man allerdings abwarten müssen.

Silberschmidt im Wiederaufbauministerium.

Berlin, 2. Juni. Wie die Blätter hören, hat der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Silberschmidt vom Bauarbeiterverband dafür gewonnen, zur Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen in das Wiederaufbauministerium einzutreten.

Die Lage in Oberschlesien.

Englische Stimmen über die Gefahr der Verschleppung.

London, 2. Juni. Die Blätter weisen die Gefahr einer weiteren Verschleppung der oberösterreichischen Frage hin. Die Times, der zufolge sich die Polen in politischen Schwierigkeiten befinden, und die den Aufstand in Oberschlesien sehr bedauert, fordert, daß Franzosen und Engländer gemeinsam handeln. Durch einen Zwischenfall in Oberschlesien würde die Haltung der englischen Besatzungstruppen in schwersten Gegenzah zu der der Franzosen kommen. In einem solchen Falle würden die Banden der Deutschen und des Baltikums den Engländern baldigst eine unerwünschte Unterstützung antun werden lassen wollen. Der Gedanke, daß diese Truppen den Engländern helfen sollten und daß sie den britischen Truppen, wenn auch unmittelbar, ihre Operationen gegen die Polen erleichtern sollten, sei für alle Engländer unerträglich. Trotzdem könnten keinerlei Anstrengungen diese Schwäche abwenden, wenn englische Truppen gezwungen werden sollten, ohne die gründliche Unterstützung der anderen Mächte die Ordnung gegen Polen zu erzwingen. Die Wirkung einer unabhängigen britischen Aktion zu diesem Zweck auf die Entente und daher auf das gesamte Feld der Westpolitik heraushebe nicht erst hervorgehoben zu werden.

Paris, 3. Juni. (T.U.) Dem Temps wird von seinem Londoner Korrespondenten gemeldet: Die französische Note hat in Downingstreet einen ungeahnten Eindruck hervorgerufen. Infolge der wiederholten französischen Verschleppungsversuche steht man den französischen Absichten in Oberschlesien mit Misstrauen gegenüber. Man vermutet, daß Frankreich beabsichtige, die durch Konsantin als fait accompli anzusehen und diesen ihren Standpunkt gegebe falls auch militärisch zu unterstützen.

Stillstand des englischen Vormarsches.

Oppeln, 2. Juni. (W.T.B.) Die Lage in Oberschlesien hat gegen gestern eine wesentliche Aenderung nicht erfahren. Die Tage dauern an. Meldungen über eine Fortsetzung des zum Stillstand gekommenen Vormarsches der englischen Truppen in der Gegend von Groß-Strehlitz liegen bisher nicht vor. Der deutsche Bevollmächtigte ist erneut bei den interalliierten Kommission wegen der Verschleppung des Abgeordneten Hartmann vorstellig geworden. Die interalliierte Kommission habe dem Grafen Praschma mitgeteilt, sie habe Nachforschungen eingeleitet und würde so bald als irgend möglich von den Ergebnissen der zur Freilassung des Abgeordneten eingeleiteten Schritte Kenntnis geben. Der deutsche Bevollmächtigte ist angewiesen, nachdrücklich die sofortige Freilassung des Abgeordneten weiter zu betreiben.

Das polnische Kabinett bleibt.

Warschau, 2. Juni. (D.U.) In einer außerordentlichen Sitzung sah das polnische Gesamt-kabinett den einstimmigen Beschluss, mit Rücksicht auf die allgemeine Lage von einer Demission abzusehen.

Aushebung einer Werbestelle in Braunschweig.

Berlin, 3. Juni. Wie der Vorwärts aus Braunschweig meldet, wurde dort in den Räumen der Studentenverbindung Germania von der Polizei eine Werbestelle für Oberschlesien ausgehoben. Der Leiter derselben, der frühere Reichswehrhauptmann Eicher, wurde verhaftet.

Der Streik der englischen Bergarbeiter.

Bevorstehende Ablehnung der Einigungsvorschläge

London, 3. Juni. (T.U.) Die Ablehnung der Regierungsvorschläge durch die Bergarbeiter steht jetzt so gut wie fest. Man nimmt jedoch an, daß die Besitzer weitere Schritte unternehmen werden, um eine neue Grundlage für die Beilegung des Streiks zu finden. Es stehen weitere Besprechungen Ende der Woche bevor.

Wiederaufnahme der Kohlentransporthe.

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus dem Saal wird gemeldet: Die Gewerkschaften der englischen Transportarbeiter und Eisenbahner haben beschlossen, das Verbot, das den Transport ausländischer Kohle untersagt, aufzuheben. Dieser Beschluß ist dadurch notwendig geworden, daß ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder die vor drei Wochen erfolgte Anweisung nicht befolgt haben. Es wird allgemein angenommen, daß die Aussichten des Kohlenbergarbeiterstreiks durch das Zusammenbrechen der Hilfeleistung in den beiden andern Gewerkschaften nicht betroffen werden.

London, 3. Juni. (T.U.) Die Befehle des Verbandes der Eisenbahner und Transportarbeiter scheinen überall durchgeführt zu werden, so daß die Kohlentransporte jetzt ohne Schwierigkeiten stattfinden. Hodges und andere Bergarbeiterführer haben die Besitzer aufgefordert, neue Vorschläge zu unterbreiten.

Demobilisierung der Truppen.

London, 3. Juni. (T.U.) Da die getroffenen Maßnahmen genügen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, werden die englischen Truppen, die am 8. April für die Dauer des Bergarbeiterstreiks einberufen worden waren, demobilisiert werden.

Stilllegung der englischen Baumwollindustrie

London, 3. Juni. (T.U.) Die am Donnerstag wiederholten Versuche, eine Einigung über die Ermäßigung der Löhne in der Baumwollspinnerei herbeizuführen, haben zu keinem Ergebnis geführt. Freitagvormittag kommen die Fabrikanten und Arbeiter noch einmal zusammen. Wenn auch diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen, werden die Fabriken stillgelegt, wobei etwa 600 000 Arbeiter brocken werden.

Neuerliche Kommunistenverfolgungen in Frankreich.

Grosland verhaftet.

Paris, 2. Juni. (D.A.) Der französische Kommunistenführer Grosland wurde verhaftet, mit ihm wurden mehrere bekannte kommunistische Persönlichkeiten festgenommen. Die Verhaftung ist auf die Entdeckung einer neuen prosozialen Propaganda zurückzuführen, die beweiste, den Kommunismus in die französische Armee hineinzu tragen und vor allem die jungen Recrutes zum Ungehorsam und zur Meuterei aufzuwiegeln. Auch zahlreiche Haushaltungen wurden bei führenden Persönlichkeiten der kommunistischen Bewegung vorgenommen, so bei dem bekannten Dichter Henry Barbusse.

Das Allerhöchste auf die Volksschule.

II.
Schon in unserem ersten Artikel haben wir hervorgehoben, daß die Ausführung des Gesetzentwurfs zur weiteren Ausleiterung der Volksschule an die Kirche führen muß. Ganz offen tritt das Bestreben auf, möglichst viel Kinder dem konfessionellen Religionsunterricht zu unterwerfen. Dabei begnügt man sich nicht damit, die Kinder im eigentlichen Religionsunterricht mit möglichst viel Religionsstoff zu filtern. Es wird vielmehr in der Vorlage dafür Sorge getragen, daß wenigstens in der Bekennnisschule, auch in den übrigen Unterrichtsfächern die Religion nicht zu kurz kommt. Nicht nur die Lehrer selber sollen dem Bekennen angepaßt werden, sondern der „gesamte, besonders der gesinnungsbildende Unterricht“, ist, wie es in der Begründung heißt: „In Geiste dieses Bekennnisses zu erstellen.“ Der gesamte Unterricht soll also den Wünschen und Bedürfnissen der Kirche entsprechend zugeschnitten werden. Die Lehrer selber waren in allen Volksschulen aus den gleichen Lehrbüchern bestehen. Nach der Begründung der Vorlage kann aber „Weglassung von ganzen Lehrstücken oder von Teilen davon, sowie Hinzufügung ganzer Stücke in Folge der Eigenart des Bekennnisses zugestanden werden“. Wie man dann noch von „gleichen“ Lehrbüchern reden kann, ist das Geheimnis der Fabrikanten des Entwurfs.

Besonders beachtenswert ist die Tatsache, daß nach der Vorlage auch die Lehrfreiheit und die Gewissensfreiheit der Lehrer ganz erheblich beschränkt werden soll. Im Artikel 140 der Verfassung ist zwar festgelegt, daß kein Lehrer zur Errichtung von Religionsunterricht gezwungen werden kann. Der Regierungsentwurf bestimmt jedoch, daß an den Bekennnisschulen „nur Lehrer des betreffenden Bekennnisses tätig sein dürfen“. Aber auch für die Gemeinschaftsschule wird festgelegt, daß bei der Lehreranstellung auf die religiöse Zugehörigkeit der Schüler nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen ist. Daraus ergibt sich, daß bei der Menge der bestehenden Schulen mit Religionsunterricht viele Lehrer aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen werden würden, gegen ihre Überzeugung Religionsunterricht zu erstellen. Von den Lehrern, die eben erst der entwürdigenden geistigen Schulaufsicht entronnen sind, würde der größte Teil erneut unter das geistliche Joch der Pfaffen gezwungen werden.

Aber auch noch andre Bestimmungen des Machtworts verraten deutlich das Bestreben, möglichst viele Kinder dem Religionsunterricht und damit der Kirche zu unterwerfen. Im allgemeinen sucht man ja den Eindruck zu erwecken, als seien für alle, für die Anhänger der weltlichen Schule sowohl, als auch für die religiöse Bekennnisse Licht und Schatten gleichmäßig verteilt. Bei näherer Betrachtung der Vorschriften für die Antragstellung zur Errichtung der einzelnen Schularten und für die Anmeldung dagegen zeigt sich jedoch, daß auch dabei die Anhänger der Konfessionschule stark bevorzugt werden. Das zeigen besonders die Bestimmungen über das erste malige Antragsverfahren. Besteht eine Schule aus Bekennnisschulen oder bekennnisfreien Schulen sind nach § 13 ohne weiteres als beantragte Schulen zu betrachten. Ferner gelten nicht für besondere Schularten gemeldete Kinder als für die Schule angemeldet, die sie bereits besuchen. Um die schlimmen Wirkungen dieser Vorschriften richtig würdigen zu können, muß man in Betracht ziehen, daß der weitaus größte Teil der jetzt bestehenden Schulen — in Preußen z. B. fast alle — konfessionell getrennte Schulen sind. Nach Intratretieren des Gesetzes würden also alle diese Schulen Bekennnisschulen sein, in denen nicht nur der konfessionelle Religionsunterricht erlaubt wird, sondern auch der ganze übrige Unterricht mit Religion durchdrängt ist. In diesen Schulen werden dann Lehrer entsprechend den Anweisungen der Kirche unterrichten, und die alten dogmatischen Lehren der Kirche werden nach wie vor das wichtigste Lehr- und Lerngut in diesen Schulen sein.

Dabei ist es durchaus nicht immer so einfach, wie es hingestellt wird, diesen Zustand zu ändern. Soll an Orten mit solchen Verhältnissen eine weltliche oder eine Gemeinschaftsschule errichtet werden, so genügt noch keineswegs der Antrag der vorgeschriebenen Zahl von Erziehungsberechtigten. Es müssen vielmehr noch eine besondere Anmeldung der Schulansänger und eine ausdrückliche Abmeldung der übrigen Schüler erfolgen. Erst wenn die genügende Zahl von An- und Abmeldungen vorliegt, ist nach diesem Reichsgesetzen die Möglichkeit zur Errichtung der beantragten Schule gegeben. Doch es bei der Gleichgültigkeit, mit der leider noch viele Eltern und Erzieher dieser wichtigen Frage gegenüberstehen, nicht immer leicht sein wird, die notwendige Zahl der Meldeungen zur Errichtung einer nichtkonfessionellen Schule zusammenzubringen, lehren die Erfahrungen, die man schon bisher mit der Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht gemacht hat. Es ist hierbei noch zu berücksichtigen, daß der Begriff „genügende Anzahl“ nicht reichsgesetzlich festgelegt wird, sondern die Festsetzung der Landesgesetze überlassen werden soll. Was das in den Ländern mit reaktionären Regierungen, wie z. B. in Bayern, bedeutet, braucht hier nicht näher auseinandergesetzt

m werden. Schließlich ist noch besonders zu beachten, daß ja auch die Gemeinschaftsschulen Schulen sind, in denen Religionsunterricht aller Konfessionen erteilt wird. Diese Schulen sind alle eigentlich nichts andres als Konfessionschulen auf partizipativer Grundlage. Und darüber, wie der Religionsunterricht in den einzelnen Konfessionen zu erzielen ist, entscheidet die zuständige Kirche. Es bleibt also dabei: Die Annahme des Regierungsentwurfs bedeutet die weitere Abschaffung der Volkschule an die Kirche und die Pfaffen. Zu diesem Zweck sollen die Volkschulen verschlagen werden, damit sich ja nach der Lage der lokalen Verhältnisse durch diese oder jene zulässige Schulart die Dunkelmänner und geistigen Reaktionäre in jedem Fall den Einflug auf einen möglichst großen Teil der Volkschule sichern können. Zu diesem Zweck soll die Volkschule zerstören und zertrümmert werden. Und zwar nur die Volkschule. Für die höheren Schulen fällt die Schulen der Besitzenden die gleiche Forderung zu stellen, fällt seinem der streitbaren Kämpfer für die konfessionelle Volkschule ein. Nur dem „Volke“ muß die Religion mit allen Mitteln erhalten werden, wenn auch die ganze Volkschule selbst dabei zum Teufel gehen sollte.

Auch sonst enthält die Vorlage der Regierung noch eine ganze Reihe von Bestimmungen und Vorschlägen, die das Schulwesen in der unheilvollsten Weise beeinflussen müssen, auf die wir aber an dieser Stelle nicht im einzelnen eingehen können. Wie z. B. bei der großen Zersplitterung der Volkschule ein wirklich geordneter Schulbetrieb möglich sein soll, und wie ein solches Schulungsgesetz zweckmäßig verwaltet werden sollte, darüber verbergen sich heute schon die Fachleute vergleichbar die Köpfe. Die Kosten für diesen unsörmigen Apparat werden ins Ungemessene steigen. Geld hat man aber bekanntlich für die Volkschule nicht übrig, schon jetzt wehrt sich die Reichsregierung mit Händen und Füßen gegen einen Antrag des Reichsrats, der verlangt, daß die Mehrkosten, die den Ländern und den Gemeinden aus der Durchführung des Gesetzes entstehen, zu zwei Dritteln vom Reich zu tragen sind. Es ist klar, daß bei dem chronischen Geldmangel des Reiches, der Staaten und der Gemeinden nach der Annahme dieses Gesetzes noch viel weniger als bisher für den Ausbau der Volkschule getan werden könnte, wenn die Gelder noch in so ungünstiger Weise für die Zersplitterung der Volkschule zum Fenster hinausgeworfen werden mühten. Schon aus finanziellen Gründen wird also die Durchführung des Gesetzes notwendigerweise zur vollständigen Verkleppung der Volkschule führen müssen. Ununterbrochene Kämpfe innerhalb der Gemeinde, fortgelebte Streitigkeiten zwischen Gemeinden und den Staaten und zwischen dem Staat und dem Reich würden außerdem die unausbleibliche Folge der vorgesehenen Regelung sein.

Alles in allem genommen: Die Annahme dieser Spottgeburt eines Volkschulgesetzes würde Zustände im Volkschulwesen schaffen, wie wir sie selbst in der vorrevolutionären Zeit nicht gesehen haben. Die von allen fortschrittlich Geisterten so heiß ersehnte Einheitsschule würde sich lange Jahre begraben, jeder vernünftige Ausbau der Volkschule würde unmöglich gemacht, die Leistungsfähigkeit der Volkschule würde in noch gar nicht zu schägendem Umfang herabgedrückt und damit würde die Grundlage der ganzen Kultur für die Zukunft zerstört.

Die Schlussfolgerungen für die Arbeiterschaft und für alle wahren Freunde der Volkschule ergeben sich aus diesen Darlegungen von selbst. Es müssen alle Kräfte aufgeboten werden, um die Annahme dieses Schulgesetzes, das im wahren Sinne des Wortes eine Kulturschmach darstellt, zu verhindern. Vom Reichstag darf man bei seiner jetzigen Zusammensetzung für eine wirkliche Verbesserung der Vorlage nicht viel erwarten. Die Massen selbst müssen in Aktion treten, um dieses Monstrum eines Reichschulgesetzes dorthin zu befördern, wo es hingehört, in den Oekus. Werft das Scheusal in die Wollschlucht!

Tage der Enttäuschung.

Berlin, 2. Juni.

Nach der Verkündung der Regierungspresse, der neu gebildeten Reichsanzeler Dr. Wirth werde ein klar umrissenes politisches und Wirtschaftsprogramm vorlegen, war die ganze politische Welt gespannt, wie es wohl ausgehen würde. Die gesetzige Eröffnung brachte nun das Ereignis und das Ergebnis ist Enttäuschung. Statt eines scharf umrissenen Programms allgemeine Kompromißredensarten, wie sie dem Sprachbuch der drei Koalitionsparteien entnommen sind! Nur in einem Punkt ist das Programm klar: In der Ankündigung neuer Lasten für das wirtschaftliche Volk! Wenn nun Herr Wirth andeutete, seine Ministerkollegen würden Genaueres sagen, so ist dieser Ankündigung heute genau so die Enttäuschung gefolgt, wie gestern der Wirthschen.

Die große Sensation des heutigen Tages war die Rede des neuen Aufbauministers Dr. Rathenau; sie brachte inhaltlich eine große Enttäuschung, die ganz allgemein ist, an dramatischen Zwischenspielen ist sie allerdings reich. Wenst über dem Hansabundvorsitzende Dr. Rieker den Präsidenten während Rathenaus Rede absichtlich einräumte, so war es ein schwerer Schachzug; denn der Herr, der dem neuen Minister schon den Kampf durch den Hansabund ansehen ließ, ehe er auch nur ein Wort gesagt hat, hat sich in einer Weise bloßgestellt, wie es in diesem Hause ganz selten vorkommt. Die Unfähigkeit zur präsidialen Geschäftsführung hätte schon genügt, um ihn unsterblich lächerlich zu machen; dazu kam aber noch der Schlag gegen Rathenau. Wie einen Schulbuben schulmeisterlich Rieker den neuen Minister. Dieser sah den Präsidenten einmal ganz verdutzt an, als er ihn fortzuhören aufforderte und nicht auf jeden Zwischenruf einzugehen. Die Schulmeisterlei ist symbolisch: Die Deutsche Volkspartei ist die Herrscherin der Regierung. Sie wird alles aufblättern, um sich die Regierung untertan zu machen. So ist es angekündigt, so wird es auch durchgeführt werden. Das Programm trägt nicht den Namen Wirth-Rathenau, sondern Stinnes. Dieser sah während der Rede Rathenaus lächelnden Gesichts da und freute sich darüber, wie sein Gegenspieler sich abmühte, mit allerlei gelstreichen Söhnen den Mangel eines positiven Programms zu verdecken. Schon der Auftakt der Rede Rathenaus brachte eine Verblüffung, denn es war das Geständnis, daß er kein Parteimann, d. h. kein Mann mit bestimmten politischen Ansichten, sondern der Mann sei, der vom Reichsanzeler ins Amt herufen wurde. Wir sind also auch in diesem Punkte wieder bei der wilhelminischen Ministermacht angekommen, wo auch nur Dienst seiner Majestät berufen wurden, aber kein Politiker mit eigener Ansicht.

Wenn nun Rathenau auch sein positives Programm vorlegt hat, so hat er doch einen im negativen Sinne entwickelt, das sehr deutlich ist und der Arbeiterschaft zeigt, was sie von diesem Unternehmensphilosophen zu erwarten hat. Mit dem Satz: „Der deutsche Wirtschaftskörper ist viel zu stark, als daß man an ihm herumexperimentieren könne“, ist der Sozialisierung eine glatte Absege erteilt. So schön auch die Sätze gegen die nationalistische Heide Klinge und so nachdrücklich Herr Rathenau für Versöhnung der Völker und der Klassen eintrat, so wenig politische Bedeutung hat dies.

Eine scharfe Kampfansage an die Regierung war die Rede des Deutschnationalen Edler von Braun. Es ist auch kennzeichnend, daß die Deutschnationalen gerade im jetzigen Augenblick diesen bayrischen Schafsmacher vorschließen, der die Regierung offen als Judenregierung ansprach und sie damit so viel als möglich herabzusehen suchte. Ein solcher Vorgang steht einzigt da und zeigt, wie stark der Antisemitismus sein Haupt erhebt. Sonst bekämpfte Braun sie aber besonders wegen ihrer Stellung zur Auflösung der bayrischen Einwohnerwehr und Orgels. Besonders der Vorwurf der Pflichtverletzung brachte den Reichsanzeler auf den Plan. Er bestritt entschieden, der Entente mehr entgegengekommen zu sein, als es durch den Friedensvertrag gerechtfertigt sei. Von Interesse ist, daß sich der Kanzler wiederum um die Frage herumdrückte, ob die Regierung gegen Bayern rücksichtlos vorgeht, wenn die dortigen Wehren nicht vollständig und schnell aufgelöst werden. Er hat die bayrischen Reaktionäre gestreift und ihnen abermals dafür gedankt, daß sie bereit sind, der Reichsregierung keine Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Verpflichtung mehr zu machen.

So mager die Rede des deutschnationalen Redners an politischem positivem Gehalt war, so mager war auch die des Instrumentredners und zu einem großen Teil auch die des Rechtssozialisten Webs.

In letzter Stunde kam der Redner unserer Fraktion, Genosse Henke, zu Wort. In einer quippointierten Rede erklärte er das Wortprogramm der Regierung und zählte die Aufgaben auf, die sie der Arbeiterschaft gegenüber innerpolitisch schenkt zu erfüllen hat. Dieser Teil der Rede, der vom Beifall unserer Genossen begleitet war, hat den Rechtssozialisten nicht gefallen, besonders nicht die Forderung nach einer schleunigst zu erlassenden Urne für die durch die Ausnahmegesetze erbarmungslos in die Zuchthäuser und Gefängnisse geschickten Proletarier. Die Zwischenrufe belämen Herrn Müller sehr schlecht. Unser Redner deckte sofort die Schuld der Rechtssozialisten an dieser Rachejustiz auf, worauf die Rechtssozialisten es vortrogen, Nieder zu schweigen. Nach Henkes Rede, die von unseren Genossen mit starker Beifall aufgenommen wurde, erfolgte Schluß der Sitzung. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Traditionskompanien.

Über die Feier, die zum Gedächtnis der Gefallenen des 4. Garderegiments veranstaltet worden ist, hat die deutschnationalen Presse ausführlich berichtet und dabei über die Errichtung von „Traditions-Kompanien“ gesprochen. Einige Sätze, die der Colonel zeigte sich anlässlich dieses Ereignisses leistet, seien hier wiedergegeben: „Damit die Freiheit unserer Freunde nicht ganz in Vergessenheit gerate, haben wir die Traditionskompanien. In Ihnen soll die Tradition der nicht mehr bestehenden Truppenabteilungen weitergepflegt werden, um preußisches Fühlen nicht ganz und gar einschlafen zu lassen. Und das alte Gefühl lebt noch.“ Das beweisen die Traditionskompanien des 4. Garderegiments zu Fuß, die am Sonntag in Schneidiger Parade hinter den Angehörigen des Regiments vor Eggers von Schellendorf und dem Prinzen Eitel Friedrich vorüberzogen. Schneid und Düssel besuchten jede Bewegung, Lust und Liebe zur Sache lachten aus allen Augen der Jungen. Recht so! Halte das alte in Ehren, Traditionskompanien!“

Es ist doch sehr beachtenswert, daß gerade in dem Augenblick, in dem wieder von der Erfüllung des Ultimatums über die Entwaffnung der Einwohnerwehren die Rede ist, in dem die französische Politik beginnt, einer Verständigung zuzugehen, in dem Briand in einer Rede der deutschen Regierung den ernsten Willen zur Entwaffnung aufspricht, die deutschnationalen Presse beginnt, neue Schwierigkeiten dadurch zu bereiten, indem sie solche Vorfälle aufzeigt, die im Auslande immer wieder den Eindruck erwecken müssen, daß der Militarismus in Deutschland noch lange nicht überwunden ist. Bei diesen Patrioten scheint es als ein spezielles Zeichen ihrer „vaterländischen Gestaltung“ zu gelten, immer neue außenpolitische Konflikte herauszubeschwören, die immer neue Schwierigkeiten für die deutsche Politik zeitigen.

Recht bezeichnend ist auch die Stellung, die das Reichswirtschaftsministerium zu der Angelegenheit einnimmt. Es erklärt, daß die in Frage kommenden Kompanien nicht dienstlich an der Parade nor dem Schießwettbewerb teilnehmen haben, sondern zu diesem Zweck beurlaubt worden seien. Man muß schon sagen, daß der Herr Reichswehrminister Gehör zur seltsamen Auffassungen über den Zweck des Urlaubs seiner Reichswehrangehörigen hat. Er kann ganze Kompanien dem Dienst entziehen, für den sie von der Republik bezahlt werden, um ihnen Gelegenheit zu geben, vor Kaiserlichen Prinzen Parademarsch zu führen. Der Reichstag, der die Gelder für das Reichswehrministerium zu bewilligen hat, wird höchstlich Gelegenheit nehmen, den Reichswehrminister für die eigenartige Verwendung seiner Staatsmittel noch zur Verantwortung zu ziehen.

Rechtssozialisten gegen Hermes.

Die seltamste Figur im neuen Reichskabinett ist Herr Hermes. Bisher von den Sozialdemokraten auss bestmöglich bekämpft, sieht er jetzt mit ihnen zusammen in der Regierung. Daraus kann sich eine interessante Situation ergeben, die sich anscheinend bereits vorbereitet. Das geht aus einer Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten Gollmann und Meissner hervor. Die beiden Abgeordneten fragen darin bei der Regierung an, ob sie sich damit einverstanden erklären, daß der Minister Hermes, wie es auf einer Informationsreise im Mai geschehen ist, Versammlungen abhält, zum Beispiel in Köln, zu denen er lediglich die Vertreter der christlichen Gewerkschaften zugiebt, während die viertmal so starken freien Gewerkschaften davon ausgeschlossen waren. Auch stark interessierten Behörden war von der Rolle des Ministers nichts bekannt. Diese Haltung des Ministers hat scharfe Kritik der freien Gewerkschaften und der sozialistischen Presse zur Folge gehabt.

Möglicherweise kann ja der Fall eintreten, daß die sozialdemokratische Partei sich auf Grund der Anfrage zu einem Mißtrauensvotum gegen Hermes entschließen muß. Jedermann werden die sozialistischen Minister des Kabinetts auf Grund dieser Anfrage genötigt sein, sich ernstlich mit der dienstlichen Tätigkeit des Herrn Hermes in den Kabinettssitzungen zu beschäftigen.

Ruhrland auf dem Wege zur kapitalistischen Wirtschaft.

Der Ost-Express berichtet: Nach der gemeldeten großen Reden in Moskau billigte die Moskauer Konferenz der Russischen Kommunistischen Partei einstimmig die neue Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung. Die Konferenz faßte den Beschluss, allen Sowjetinstitutien, besonders in der Provinz, eine soziale Durchführung der neuen Gesetze einzurichten. Der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Wirtschaftsrates Wissutin führt auf der Konferenz aus, man dürfe den Russen von Lebensmitteln und den Großhändlern in diesen Produkten keine Schwierigkeiten in den Weg legen, denn sie föderieren den lokalen Warenaustausch. (Bisher ist der Handel nur zum Zwecke der Selbstversorgung freigegeben und jeder private Großhandel untersagt.) Man brauche auch nicht zu befürchten, daß die private Kleinindustrie nach ihrer Freigabe die staatlichen Großbetriebe erdrücken werde. — Die Verordnung über den Freihandel ist vom Rat der Volkskommissare auf den Verlauf der in der Hausindustrie hergestellten Artikel ausgedehnt worden.

Die aufsehenrerende Programmrede Rykovs, des Vorsitzenden des Obersten Wirtschaftsrates und des neu errichteten stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeits- und Vertriebungsrates, auf der Moskauer Konferenz der Wirtschaftsräte liegt nunmehr im Wortlaut vor. Rykov erklärte, die Einflussnahme der Naturarbeiter sei nicht durch politische, sondern durch wirtschaftliche Erwägungen hervorgerufen und bewiesen, das Interesse der Bauern an der Produktion dadurch angeregt, daß ihnen der größere Teil der Ernte als Privateigentum belassen werde. Das bedeute die Wiederherstellung des Eigentums im bürgerlichen Sinne des Wortes und die Regalisierung eines neu entstehenden Bürgertums. Das neue Wirtschaftsprinzip müsse auch die Industrie ausgedehnt werden. Obwohl die Entnationalisierung der Industrie noch von keiner Behörde beschlossen oder beraten worden sei, herrsche die allgemeine Überzeugung, daß sie kommen müsse. In Moskau sei der Verkauf der nationalisierten Betriebe durch ihre früheren Besitzer oder sogar durch deren Erben gang und gäbe. Es werde sogar das Recht der Firmenbenutzung verlaufen. Tatsächlich unterliege es keinem Zweifel, daß eine ganze Reihe von nationalisierten Betrieben, die stillstehen oder unproduktiv arbeiten, auch wirklich an Gewerken, Genossenschaften oder Privatpersonen übergeben werden müssen. Denn es wäre verbrecherisch, einen stillstehenden Betrieb nicht dem Privatbesitzer zu übergeben, wenn es möglich wäre, ihn dadurch wieder in Gang zu bringen, während der Staat ihn brachliegen lassen müsse. Die Grundaufgabe sei, um jeden Preis eine Hebung der Warenausfuhrung im Range zu erreichen. Die Staatsindustrie trete in eine Periode des Konkurrenzspiels mit der Privatindustrie. Bisher wurde diese Konkurrenz durch Requisitionen, Konfiszationen, Verbote usw. erdrückt, selbst wenn sie die Staatsbetriebe an Fähigkeit und Tüchtigkeit übertraf. Mit diesem System müsse entschlossen aufgeräumt werden. Eine gesetzähnliche Wirtschaftspolitik und die freie Konkurrenz werde den Vorteil bringe, auch die Tätigkeit der nationalisierten Betriebe anzuspornen und eine Aussicht der frühen Wirtschaftsteller mit sich zu bringen. Rykov erklärte, daß es kein Gesetz gebe, das nicht abgeschafft oder geändert werden müsse, wenn dadurch der Warenmangel gemildert und der Warenaustausch gehoben werden könnte.

Rewal, 31. Mai. (WTA.) Lenin beschließt nach Nachfragen aus Sowjetrußland eine Reihe von Dekreten über die Ausrufung der Fabriken und Unternahmen mit weniger als 300 Arbeitern an ihre Besitzer zu erlassen. Die Einnahmen sollen durch den Staat kontrolliert werden. Ferner ist beabsichtigt, alle Verwaltungsbehörden dem Volkskommissariat des Innern und alle Höchstwirtschaftsämter (außerordentliche Kommission) dem obersten Tribunal zu unterstellen.

Ein Vorschlag der Opposition.

London, 1. Juni. Wie Morning Post berichtet, hat die Faktion, die von der Trotzki-Bucharin-Gruppe gegen Lenin geführt wird, ein sehr kritisches Stadium erreicht, da diese Gruppe eingehende Berebereitung für einen endgültigen Angriff auf Lenin auf dem bevorstehenden Kongreß der Gewerkschaften unternimmt. Die Trotzki-Bucharin-Gruppe fordert die Auseinandersetzung aller Konflikte, die den Ausländern gewöhnt wurden und den Bericht auf eine Politik des Ausgleichs mit ausländischen Kapitalisten. Auf der anderen Seite machen Lenin und seine Anhänger alle Verluste, um sich von der Herrschaft des Verteilungsausschusses der Deutschen Internationale, der mit der Opposition Hand in Hand arbeitet, zu befreien.

Von den Verhandlungen über die Holzhäuserlieferung.

Paris, 2. Juni. Die Verhandlungen über die Lieferung von Holzhäusern in Frankreich haben in den letzten Tagen einen neuen Verlauf genommen. In eingehenden Verhandlungen wurde zunächst Konkurrenz und Grundriss erörtert. Neben der reinen Holzbauweise soll auch eine gemischte Bauweise, bei der Holzrahmen und Betonplatten Anwendung finden, für die drei Häusergruppen verwendet werden. Für die kleinen Baumassen ist Borlange getroffen, daß die weitesten Routen zur Lieferung herangestellt werden. Da die Autorität für die Bevölkerung des verwüsteten Gebiets eine neue Erziehung darstellen, wird die französische Regierung, daß es ihr ermöglicht werden soll, zunächst die Häuser bei der Bevölkerung einzuladen.

Kursverluste bei der Zahlung der Goldmilliarde.

Paris, 2. Juni. Wie die Chicago Tribune mitteilt, ist die Reparationskommission seit der Zahlung der ersten deutschen Milliarde in Gold erfolgreich verhandelt, ein Mittel gegen entstandene Kursschwäche zu suchen. Die Reparationskommission habe gestern in der Abendzeitung berichtet. Man nehme an, daß der Verlust von den Militärs gebracht werden müsse.

Die Resolution Borah vom Senat angenommen.

Washington, 2. Juni. Der Senat hat heute den Gesetzentwurf über die Marineausgaben angenommen, indem er eine Summe von 400 Millionen Dollar bewilligte und den Zusatz des Senators Borah annahm, der den Präsidenten Harding beantragt, eine Konferenz von Vertretern Amerikas, Englands und Japans einzuberufen, um die Verhandlungsfrage zu erörtern.

Böllerbundsmäßigkeit in Südamerika.

Paris, 2. Juni. Nach einer Meldung des New York Herald aus Washington sollen die Länder Latein-Amerikas den Zusatz aus dem Böllerbund vorbereiten. Sie nutzen zum Anschluß an die Ideen des Präsidenten Harding über eine Weltallianz der Nationen. Mehrere Diplomaten der lateinamerikanischen Länder hätten bereits über die Angelegenheit mit dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten verhandelt. Die Rede des Botschafters Duran in London und der Umstand, daß Präsident Harding dem Böllerbund anhängig den Rücken gekehrt hat, sollen nach diesem Diplomaten die Grundlage für die neuerlich eingenommene Haltung ihrer Länder sein.

Neue Schwierigkeiten für den amerikanisch-deutschen Frieden.

Paris, 1. Juni. New York Herald will aus guter Quelle erzählen haben, daß Staatssekretär Hughes und Handelssekretär Hoover sich bemüht hätten, den Friedensvertrag zu einem für den Auschuß des Senats für auswärtige Angelegenheiten annehmbaren Dokument umzugehen, das Unternehmen jedoch als unmöglich aufgegeben hätten. Welche Verträge sich jetzt mit einem Vertrag, der die amerikanischen Rechte durch besondere Klauseln schützt. Eine derartige Sache bestimmt, in der Bevölkerung der Vereinigten Staaten das Recht zu erkennen, in der Frage der Kapitalverteilung, die den alliierten oder osteuropäischen Nationen abgetreten worden sind, mitzusprechen. Durch eine solche Klausel sollte Deutschland den Vereinigten Staaten das Recht zuerkennen, bei der Verteilung der ehemals deutschen Kolonien, die den alliierten und osteuropäischen Nationen abgetreten

und, gleichfalls mitzuentcheiden. Endlich soll Deutschland durch eine dritte Klaue die Gültigkeit der Beschlagnahme der deutschen Güter in den Vereinigten Staaten anerkennen.

Es soll etwas geschehen . . .

Wie der Antrag Borah begraben werden soll.

Washington, 31. Mai. Bevor die Regierung der Vereinigten Staaten irgendwelche amtlichen Schritte in bezug auf die internationale Ausrüstung zur See unternimmt, hat sie bereits die auswärtigen Regierungen von ihren Absichten unterrichtet. Es wird vorgeschlagen, daß einige Mächte diese Frage vor den Obersten Rat bringen sollen, da die Vereinigten Staaten dies nicht tun können, weil sie ja keine tatsächlichen Vertreter im Obersten Rat haben. Auf jeden Fall kann das Vorgehen nur recht langwierig sein. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Präsident Harding seine unmittelbaren Bemühungen auf diese Fühlungnahme beschränken wird, um dadurch dem Antrag gerecht zu werden, welcher auf Vorschlag des Senators Borah in das Flottengesetz aufgenommen ist. Dieser Antrag fordert bekanntlich, daß etwas geschehen solle, um zu einer Verständigung über die internationale Ausrüstung zur See zu kommen.

Das englische Schuhzollgesetz angenommen.

London, 1. Juni. Im Unterhause wurden die Resolutionen hervorragend den Schuh der Schlüsselindustrien nach einer sehr erregten Debatte angenommen.

Die Verwirrung unter den „zielklaren Revolutionären“.

Wir haben in unserer Dienstagsnummer berichtet, daß bei einer am Sonntag von den „heimatreuen Oberschlesiern“ veranstalteten Kundgebung für Oberschlesien auch Kommunisten als Demonstranten und Redner mitgewirkt haben. Die Feststellung dieser Tatsache, die von verschiedenen Seiten erfolgt ist, ist der Roten Fahne begreiflicherweise sehr unangenehm. Sie stellt die bestellten Kommunisten ausnahmslos als von den Nationalisten bezahlte Subjekte hin, die gar nicht Mitglieder der Partei seien. Insbesondere bezeichnet sie den als Redner mit aufgetretenen Breslauer Kommunisten Michalsky als geltig minderwertigen Menschen und Betrüger. Demgegenüber steht der Vorwärts fest, daß Michalsky ein bekannter Führer der Breslauer Kommunisten ist, der von Ihnen in verschiedene Ehrenämter gewählt wurde. Aufsässig war es schon, daß sich die Rote Fahne nur mit dem einen Redner beschäftigte, während sich doch mehrere kommunistische Redner an der nationalistischen Kundgebung beteiligt haben. Vor allem erwähnt sie mit keinem Wort den von uns genannten Kommunisten Dr. Weinberg aus Katowitz, der nach den Berichten der Presse ganz im Sinne der deutschen Nationalisten gehrockt hat. Wenn es aber noch immer Leute geben sollte, die der Rote Fahne glauben, daß es nur einige getauchte Subjekte seien, die sich unter Missbrauch des Namens der kommunistischen Partei mit den extremen Nationalisten in eine Einheitsfront stellen, so sei diesen Leichtgläubigen noch folgendes mitgeteilt: In der Oppaliner Zeitung erklärt die Partei der kommunistischen Partei in Oppeln eine Erklärung, worin es heißt:

Was auswärtige Zeitungen über Oberschlesien schreiben, geweine kann nur die Rote Fahne sein, dafür kann man doch eine einzelne Ortsgruppe nicht verantwortlich machen. Unsere Mitglieder sind vertreten bei der Abstimmungspolizei, beim Selbstschutz, sie begleiten die Panzerzüge. Es wird einem klassenbewußten Arbeiter immer schwer werden, die Waffe gegen seinen Arbeitsvater zu richten. Aber „Rot“ lebt weiter!

In der Erklärung wird weiter gesagt, die Kommunisten seien in den Selbstschutz eingetreten aus Gründen der Menschlichkeit und um zu verhindern, daß aus Oberschlesien ein Trümmerhaufen würde. Sie betont außerdem, daß sich die Kommunisten den Vorstellungen der anderen deutschen Parteien bei der Internationalen Kommission angeschlossen haben.

Was sagt die Rote Fahne dazu? Will sie behaupten, daß auch alle diejenigen in der Paa und im Selbstschutz — man bedenke, im Selbstschutz unter General Höher! — tätigen Kommunisten von den Nationalisten gefeuert sind? Wir sind neuerdings zu erfahren, welche Misere man sehr gebrauchen wird. Im übrigen Kunden wie die Verlegenheit und die Abschwungswünsche der Rote Fahne-Lente durchaus verständlich. Nochmehr hat die kommunistische Presse ihren Lesern erzählt, daß der nationalsozialistische Aufstand in Oberschlesien in einem revolutionären Klassenkampf umgesetzt sei und jetzt erklären ihre eigenen oberösterreichischen Geistnisse, daß sie die Waffen gegen den polnischen Arbeitsarbeiter erhoben haben, daß sie Atem in Atem mit den deutschen Nationalisten gegen die „Freundin des polnischen Gegners“ kämpfen, um das „Joch der Freiheit“ abzuschütteln — wie Dr. Weinberg in seiner Berliner Rede so schön sagte. Das sind klarsichtende Ohren für die Leute von der Rote Fahne und von der Verluster-Zentrale.

Im ganzen betrachtet, zeigen aber diese Vorgänge die grenzenlose Verwirrung in der Partei der „zielklaren Revolutionären“. Und diese Leute haben noch immer die Dreistigkeit, ihre Parteimitglieder als der „fortgeschrittenste Teil des Proletariats“ zu bezeichnen!

Vorrevolutionäre Polizeipräzis in der Provinz Sachsen.

Magdeburg und sein rechtssozialistischer Polizeipräsident Krüger dürfen den zweifelhaften Ruhm für sich in Unordnung nehmen, die Polizeiaufstände der Zeit des preußischen Verordnungsgesetzes ausleben zu lassen. Bekannt ist, daß der Polizeipräsident den immer noch über die Provinz Sachsen verhängten Ausnahmezustand beauftragt, um eine Funktionserklärung der USPD zu überwachen und einen an Pfingsten festgelegten und vorherstehenden angenommenen Unabhängigkeitskongress zu verbieten. Das ist noch nicht alles. Vorher hat er an der USPD noch ein Stichwort vollzählig.

Unsere Parteisekretär Gräul hatte die Kaiserzeit der Stadtbezirke zusammenberufen, um mit ihnen über rein technische Kästnerfragen zu beraten. Eine Anmeldung hatte er deshalb für überflüssig gehalten. In diese Sitzung war eine starke Beteiligung Grüner Polizei eingedrungen, als gelte es, eine feindliche Festung zu überrennen. Dann waren die Leute aber wieder abgesehen mit der Begründung, man habe eine kommunistische Gewehrführung vermutet. Unsere Geiseln annahmen sich und glaubten, die Sache sei erledigt. Herr Krüger hat es anders beflossen und die Kästnerzüchtung der USPD, der Staatsanwaltschaft gewollt, die nunmehr unseren Parteisekretär mit einem Strafmandat über 100 Mark oder 10 Tagehaft beauftragt hat. Auch dem Schuhmacherverband, der zu gleicher Zeit eine Sitzung gehabt hatte, ist eine Strafe von 100 Mark aufgebrannt worden.

Unbedingt hat der Rechtssozialist Krüger das Bestreben, die unter den vorrevolutionären Polizeimitteln in Preußen und Sachsen übliche Nationalpolitik wieder aufzunehmen zu lassen. Wir sind überzeugt, daß er damit auch dieselben „glänzenden Erfolge“ erzielen wird. Unter Schaden wird es nicht sein, wenn er diese Praxis fortfest.

Die letzten Gefangenen in Ruhland.

Nach den Nachrichten des Auswärtigen Amtes befinden sich jetzt in Ruhland noch circa 8000 bis 4000 Gefangene, davon etwa 200 in Sibirien, von denen der größte Teil auf Heimhaftung verzichtet hat. Ein verschwindend kleiner Teil von diesen war bei der allgemeinen Heimbeförderung auf Arbeitskommandos und sowohl von der Eisenbahn entfernt, daß ihre Heranziehung unmöglich war. Alle diese werden in Moskau bereits Schritte unternommen, damit sie nach dem Laufe des Sommers heimkommen können. Außerdem sind noch etwa 1800 bis 2000 Gefangene in Sibirien. Für ihren Abtransport sind bereits umfangreiche Vorbereitungen getroffen worden, die es hoffen lassen, daß alle dort befindlichen Gefangenen Deutschen bis zum Herbst zurückgekehrt sind. Weitere befinden sich in der Ukraine noch rund

2000 deutsche Gefangene. Auch diese Gefangenen können nach einem in den letzten Tagen zwischen der Ukraine und Deutschland abgeschlossenen Abkommen in nächster Zeit heimgeschafft werden. Die Gefangenen sollen in Odessa gesammelt werden und dann zusammen mit den aus Sizilien kommenden Deutschen in die Heimat kommen.

Enttäuschungen für die Moshauer in Spanien.

Aus Madrid wird der Freiheit geschrieben:

Wie bekannt, wurden auf dem Sozialistenkongress in Wladivostok Mitte April dieses Jahres 8005 Stimmen gegen die Bedingungen von Moskau und 6025 Stimmen für den Austritt aus der kommunistischen Internationale abgegeben. Nach den vom Zentralorgan der Sozialistischen Partei veröffentlichten Daten vertreten diese 6025 Stimmen der Minderheit 46 Gruppen und die Föderation von Asturien. Bis jetzt haben sich aber nur 5 Gruppen mit 151 Mitgliedern von der Partei getrennt. Was die Föderation von Asturien anlangt, die im Namen von 1380 Mitgliedern gesprochen hat, so hat sie zwei Sektionen mit 60 Mitgliedern verloren. Schließlich hat die sozialistische Gruppe in Madrid, deren Mitgliederzahl über 1000 betrug, ungestrichen ein Jahrzehnt davon verloren. Darauf beschränken sich die Verluste, die die sozialistische Partei durch die Abspaltung der Kommunisten davongetragen hat.

Spaltung der belgischen Partei.

Der linke Flügel schwent nach Moskau ab.

Brüssel, 2. Juni (T.U.). In den Reihen der belgischen sozialistischen Partei ist nunmehr die endgültige Spaltung zur Wirklichkeit geworden. Noch auf dem letzten Nationalkongress, der vor drei Monaten stattfand, hatte es zwar erhitzte Debatten zwischen den extremeren und den gemäßigten Elementen gegeben, doch war der Austritt der Extremen damals nicht zur Durchführung gekommen. Der linksradikale Parteilinie hat nun in Brüssel einen eigenen Parteitag abgehalten und mit 718 gegen 25 Stimmen bei 30 Stimmenthalten beschlossen, eine belgische kommunistische Partei zu bilden, die in den Verband der dritten Internationale einztritt.

Es nimmt sich einigermaßen erheiternd aus, wenn dieselben Leute, die bisher die schamvolle sozialpatriotische Sanktionspolitik ihrer Partei durch die und dumm mitgemacht haben, plötzlich in das andere Extrem verfallen und die 21 Bedingungen Moskaus schließen. Es ist das übrigens kein einziger bestehender Fall, sondern beweist nur, daß die kommunistische Taktik nur für diejenigen Anziehungskraft besitzt, denen die klare marxistische Linie fehlt.

Frankösische Eisenbahner gegen den Anschluß an Moskau.

Paris, 1. Juni. Der Nationalkongress der französischen Eisenbahner hat gestern in Paris seine Tagung begonnen. Mit 54 000 gegen 46 000 Stimmen wurde der Anschluß an die Moskauer Internationale abgelehnt.

Englisch-irischer Konflikt.

London, 31. Mai. Hier ist die Bestätigung der Nachricht, getroffen, daß die Regierung von Angora nicht nur die 21 Bedingungen über die Freilassung der britischen Kriegsgefangenen nicht erfüllt, sondern sich auch weigert, den britischen Schiffen zu gestatten, die Häfen von Anatolien zu benutzen. Hierzu veröffentlicht das Reuterbüro eine Mitteilung, die besagt, daß die britische Regierung beabsichtige, engroße Maßnahmen zu ergreifen, da sie eine solche Verletzung des in London von den Delegierten Angoras unterschriebenen Abkommens nicht dulden wolle.

London, 1. Juni. Reuter erfährt von zufriedener Seite, daß die Maßnahmen, die wahrscheinlich gegen die Regierung von Angora ergriffen werden müssen, gegenwärtig den Gegenstand halbamtlicher Verhandlungen zwischen den Alliierten bilden. In diesem sei noch keine Entscheidung getroffen. Es sei nicht unmöglich, daß die Frage vom Obersten Rat geprägt werden wird. Wenn die feindselige Haltung der Kemalisten weiter andauere, sei es möglich, daß die alliierten Regierungen wider Willen gewungen würden, ihre neutrale Haltung aufzugeben, die sie bisher strikt beobachtet hätten.

Obstruktion der Rechtsparteien im braunschweigischen Landtag.

Aus Braunschweig wird gemeldet: Zur ersten Sitzung der Landesversammlung nach der Vertagung war die Fraktion des Landeswahlverbandes (Rechtspartei) nicht erschienen. Nach Beginn der Sitzung wurde die Beschlussfähigkeit des Hauses festgestellt und die Sitzung pervertiert. Danach scheint der Landeswahlverband, der die Rechtsbeständigkeit der gegenwärtigen Landesversammlung nicht anerkennt, mit der angeklagten Obstruktion beginnen zu wollen.

In der Mittwochssitzung der Landesversammlung geht die Landeswahlverband die Obstruktion fort. Vor der Abstimmung über eine Billardkarte wurde die Beschlussfähigkeit des Hauses festgestellt und die nächste Sitzung auf Dienstag, den 7. Juni, nachmittags, anberaumt.

Die alliierte Kredithilfe für Österreich.

TU. London, 1. Juni. Laut Manchester Guardian hat die englische Regierung versprochen, eine Million Pfund Sterling an der ausländischen Anteile der finanznotenbesetzten Österreichischen Republik zu unterstützen. Frankreich hat eine Beteiligung bis zu 25 Millionen Franken ausgeschaut.

Demonstration gegen den Steuerdruck in der Tschecho-Slowakei.

Großwardein, 2. Juni (T.U.). Die hiesige Bevölkerung veranstaltete am Mittwoch Straßenkundgebungen gegen die hohe Steuerbelastung. Es kam zu Zusammenstößen mit der Gardesmerie, welche mit gesäumtem Batonett gegen die Demonstranten vorging. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Schließlich wurde Militär aufgeboten, welches gegen die Menge vorging. Drei Bürger von Großwardein wurden verhaftet und nach Troppau gebracht.

Achtkunden-Arbeitslag in Belgien.

TU. Brüssel, 2. Juni. Die Kammer hat mit großer Mehrheit alle Vorschläge zur Durchführung eines Referendums abgelehnt. Danach nahm die Kammer das Gesetz über den Achtkundenarbeitstag in der vom Senat abgeänderten Form an.

Abruch der polnisch-litauischen Verhandlungen.

Brüssel, 3. Juni (T.U.). Die polnische Delegation hat den Antrag gestellt, eine Abordnung Wilnaer Polen zu den polnisch-litauischen Verhandlungen zuzulassen. Die litauische Delegation

protestierte gegen diesen Antrag; vielmehr verlangte sie von den Polen die unbedingte Ausführung des Vertrages von Suwalki. Daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen. Man nimmt an, daß Symans noch einen letzten Vermittlungsversuch unternehmen wird.

Kleine Auslandsnachrichten.

Rußland und Japan.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Peking hat der Generalstabchef der japanischen Streitkräfte in Wladivostok General Komura, das russisch-japanische Vermittlungskomitee unterrichtet, daß er die Absicht habe, innerhalb eines Monats japanische Truppen zu einer Expedition in die Küstenprovinzen auszuschicken. In der russischen Antwort werde gelöst, daß ein solches Vorgehen als unmissverständliche Verleugnung des russisch-japanischen Vertrages von 1905 angesehen werden müsse.

Ein Sinnheimer-Anschlag?

Aus Dublin wird gemeldet: Durch die Explosion einer Mine wurden in Vaughan (Irländische Ostküste) 6 Soldaten getötet und 21 verwundet. — Eine Timesmeldung besagt, daß das Mitglied einer Anschlagsgruppe auf einer Ablenkung des Hampshire-Regiments, die mit einer Musikkapelle aufmarschierte, elektrisch zur Entzündung brachte.

Japan und die Republik des fernen Ostens.

Nach einer Moskauer Meldung hat die japanische Regierung die Überprüfung ihrer Okkupationstruppen aus Sibirien von folgenden Bedingungen abhängig gemacht: 1. Verfassungsbildung der Republik des fernen Ostens; 2. Erlösung Wladivostoks zum Freihafen; 3. Übergabe von Gruben- und Waldconcessionen an Japan; 4. Schiffsahrt auf dem Amur-Fluß; 5. Garantien für die persönliche Sicherheit der Ausländer in der Republik des fernen Ostens und 6. Wiederherstellung aller von Japan in Sibirien erlittenen Verluste. — In Tschilia wollte eine amerikanische Delegation. Sie besuchte den Minister des Auswärtigen der Republik des fernen Ostens und reiste darauf nach Chabarowsk weiter.

Aus der Partei.

Parteitag der USP. Groß-Thüringen.

Am 28. und 29. Mai tagte in Erfurt der Bezirksparteitag der USP. Bezirk Groß-Thüringen, an dem 81 Genossen teilnahmen. Vom Zentralkomitee war Genosse Rosenfeld erschienen. Aus dem Geschäftsbereich, den der Bezirksekretär, Genosse Scholz, gab, geht hervor, daß in Thüringen in 336 Ortsgruppen 32 000 Mitglieder organisiert sind. Der Landtagsabgeordnete Genosse Hörmann referierte über die politische Lage. Er trat für die Fortsetzung des Zentralkomitees und der Reichstagstafel in den Fragen des Ultimatums und der Regierungsbildung ein, die auch in der Diskussion ausgeholt wurde. Über die Gemeinde- und politische Arbeit der USP referierte Genosse Henke (Bremer) und über die Frauen- und Jugendfrage Genosse Wenzel (Berlin). Beschlusse wurde, den Mindestbeitrag für männliche Mitglieder auf 2 Mark und für weibliche Mitglieder auf 1 Mark festzulegen. Zur Bearbeitung der Fragen der Landes- und Gemeindepolitik soll ein Sekretariat eingerichtet werden. Der Gemeindevertreter wird durch Beschluss zur Wahl gemacht, die Zeitschrift „Die Sozialistische Gemeinde“ abzuschließen. Einstimmige Annahme fand auch folgendes antrag:

„Zentrale möge die Herausgabe eines Kommunalprogramms für unsere Partei in die Wege leiten, dasselbe in der „Sozialistischen Gemeinde“ zur Diskussion stellen und vor seiner Verabschiedung durch einen Parteitag einer Reichsgemeindevertreter-Konferenz vorlegen.“ — In den Bezirkvorstand wurden folgende Genossen gewählt: Meierhof, Scholz, Hermann, Rahmt, Kleinspehn, Seeger und Genosse Germershausen.

Die Bibliothekskonferenz in Gera findet vom 3.—5. Juli statt, nicht wie ursprünglich in einer sozialistischen Zeitschrift zu lesen war, vom 3.—5. Juni. Teilnehmer können sich noch bis zum 15. Juni melden; Adresse: Gustav Hennig, Gera-Tinz, Helmvolkshochschule.

Bon Bon und Fern.

Zusammenstöße mit Belagerungsgruppen. Schweißler, 3. Juni. Bei einer lebhaften Schieberei in der vergangenen Nacht wurden hier durch die Belagerungsgruppen ein Polizist und ein Polizeibeamter getötet und ein weiterer Zivilist schwer verletzt.

Berlin, 3. Juni. In Magdeburg hatten sich gestern 5 Kaufleute zu verantworten, die Werte in Höhe von 70 Millionen Mark, darunter Decken und Stahlhelme in Berlin und Magdeburg verloren hatten. Der Berliner Kaufmann Rabe erhielt 4 Monate Gefängnis und 10 000 Mk. Geldstrafe. Die beiden Berliner Kaufleute Cahn und Narne je 3 Monate Gefängnis und 25 000 Mk. Geldstrafe, die beiden Magdeburger Kaufleute Nornstädt und Schmidt-Schäfer je 2 Jahre Gefängnis.

Blutige Kämpfe zwischen Weißen und Negern. Oklahoma, 2. Juni. Einer der heftigsten Kämpfe bei den Zusammenstößen zwischen Weißen und Negern entlud sich um eine Kirche, in der sich 570 Neger verschanzt hatten. Mehrere Angriffe der Weißen wurden durch Gletschensperre abgewiesen. Schließlich wurde die Kirche in Brand gestellt, worauf die Verteidiger sie räumten. Mehrere Neger wurden getötet. Die Zahl der getöteten Neger wird auf 60, die der Weißen auf 25 geschätzt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Frenzel in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseraten-Teil:
Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig



Und dabei so billig! Tube 2.— und 3.60 Mk.

* Aus den Kombellafabriken in Dresden, die auch die berühmte Kombell-Hautcreme herstellen, in Friedensware.

Diese Nummige umfaßt 14 Seiten.

W.R.D. Gebrüder

Weisse Woche

heißt unser
Sonder-Verkauf
Mit größter Sorgfalt
treffen wir große
Vorbereitungen
Beginn in einigen Tagen

Morgen sagen wir
Ihnen mehr!

Akten-Bücher-Schüler-Muster-Mappen

Beste Qualitätsarbeit

Erneut bedeutend herabgesetzt.

Karl Blaich Windmühlenstr. 32
Tauchaer Straße 16

Vom Bowlenwein Ltr. 10 Mk., Apfelwein Ltr. 5.50

Weißwein ... Fl. 9.- bis 35.-
Rotwein ... 15.- 25.-

Malaga ... 22.50 " 30.-

Weinbrand ... 45.- 52.50.-

Zwetsch.-Branntwein Fl. 42.50.-

Felsner Bitterlikör ... 47.50.-

Tarragona rot, süß, und Portwein Fl. 19.- bis 27.50.-

Deutsche Schaumweine erster Firmen von 38.- an

Feinste El-Créme a. frisch. Eltern 55.- Advokat 47.50.-

Per ganze Fl. einschl. Glas, b. Wein u. Sekt Steuer extra.

A. Friese, Grimmaischer Steinweg 11

Verkauf Kellerei Hof, kein Laden. Fernspr. 6387

Wein

Terrinen rot, süß, und Portwein Fl. 19.- bis 27.50.-

Deutsche Schaumweine erster Firmen von 38.- an

Feinste El-Créme a. frisch. Eltern 55.- Advokat 47.50.-

Per ganze Fl. einschl. Glas, b. Wein u. Sekt Steuer extra.

A. Friese, Grimmaischer Steinweg 11

Verkauf Kellerei Hof, kein Laden. Fernspr. 6387

Leutzsch Grenzstraße 4. Leutzsch

Hausfrauen!

Na. frisches Rindfleisch, zum Braten, Wfd. 10-12 Mk.

Rindgebacktes ... Wfd. 10 u. 12 Mk.

Kalbfleisch ... Wfd. 10 u. 12 Mk.

Flecke ... 5.-

Pr. hausschl. Wurst ... 15.-

Blutwurst II. Sorte ... 8.-

Talg ... 4.-

Leutzsch Grenzstraße 4. Leutzsch

Preiswerte prima Marmeladen

mit garantiert 50-50 % Zuckergehalt.

Aprikosen-Konfitüre, ausgewogen ... 1 Wfd. 0.20

Simbeer-Konfitüre, ausgewogen ... 1 Wfd. 8.00

Plaumen-Konfitüre, ausgewogen ... 1 Wfd. 6.00

Bierfrucht-Marmelade, ausgewogen 1 Wfd. 3.50

bei 5 Wfd., ausgew. 1 Wfd. 3.20

Preiselbeeren, ca. 50% Zucker, ausgew. 1 Wfd. 6.75

Äubensaf, ausgewogen ... 1 Wfd. 2.90

Simbeersaf, 50% Zucker, ausgewogen 1 Wfd. 9.75

Fritz Pfeifer, L. Möf., Auf. Hall. Str. 203

Herabgesetzte Tapeien

Wachstuch
Taschen, Mappen
Windelhöschen, Bett-einlagen

Bernh. Nestler

Eisenbahnstrasse 99
an der Elisabethstrasse.

Wieder **billige**

Plauener Gardinen

einger. Keine Ladenpreise.

Stor. 55, Rüttiger, 3th., 65.

Meierwarte 7, 8 Wfd.

Fürstenstraße 9, part. Ita.

Allerfeinstes

Speck frisch 12.00

Schwarzsilz geräuch. 12.00

la Schmalz, rein 10.00

Tafel-Margar., fest 9.50

F. Hecht, Kreuzstr. 17

Frinkoff- und Eierhandlung.

Wer es noch nicht wissen sollte, wo es gute
Zigarren gibt, der mache Gebrauch von
unserem
Sonder-Angebot Nr. 9

La Coronita
Sandblatt

50 Stück Mk. 20.-

10 Proben Mk. 4.-

Vera

rein Übersee, Spiegelpressung

50 Stück Mk. 30.-

10 Proben Mk. 6.-

Flor de Sunda

rein Übersee,
etwas voller wie
Abbildung

50 Stck. Mk. 35.-

10 Prob. Mk. 7.-

Flor de Armas

pikante Sumatra-Brasil

50 Stück Mk. 40.-

10 Proben Mk. 8.-

Mora

Sumatra-Brasil

50 Stück Mk. 50.-

10 Proben Mk. 10.-

Da Capo

Sumatra-Java-Brasil

50 Stück Mk. 60.-

10 Prob. Mk. 12.-

Gärtner Nr. 14

Sumatra-Havana

50 Stück Mk. 75.-

10 Proben Mk. 15.-

Versandbedingungen:

Je 10 Proben, zusammen 70 Stück, Mk. 70.- franko Nachnahme.

Je ein Originalkistchen, zusammen 350 Stück, Mk. 310.- franko Nachnahme.

→ Für Wiederverkäufer besonders günstige Posten am Lager. →

Zigarren-Versand-Haus

Gärtner & Co., Leipzig, Reichsstr. 24

Telephon 0989 und 6055.

→ Klein-Verkaufsstellen in obigen Sorten: →

Leipzig, Zeitzer Str. 5, **Paul Dähnert**. Tel. 12102.

Leipzig, Bayersche Str. 73, am Schenkkendorfpl., **Paul Oppert**. Tel. 31577.

Leipzig, Sidonienstr. 24, Ecke Elisenstr., **Otto Konietzky**.

Leipzig, Große Fleischergasse 20, **Otto Schmidt**.

Reudnitz, Wurzner Str. 5, **Karl Wittge**.

Anger, Zweinaundorfer Str. 26, **Fritz Peschel**.

Sellerhausen, Edlichstr. 11, **Gebr. Gallwitz**. Tel. 60446.

Plagwitz, Zschochersche Str. 16 n. Sophien-Apotheke, **S. Schütze**.

Lindenau, Gundorfer Str. 3, **Otto Carl**.

Kleinzschocher, Dieskastraße 57, **Walter Zimmermann**.

Gohlis, Lothringer Str. 95, **Martha Lohse**.

Schönefeld, Stettiner Str. 43, **Albert Pohle**.

Eilenburg, Leipziger Str. 23, **Fritz Weber**. Tel. 138.

Mittweida, **Otto Metzner**.

Ronneburg, Altenburger Str. 3, **Georg Neumeister**.

Miltitz, Erich Fließ.

Penig i. S., Markt 8, **Georg Kräuter**.

Ab 1. Juni markenfrei. 1 Pfd. 7.75

Die Kekszuteilung aufgehoben!

1 Pfd. 7.75

→ Trotzdem höre ich zu gleichen Preisen.

Was keiner bietet!

Albert- und Vanille-Keks

Keks mit Schokoladenüberzug 1 Plund 9.90

Verkaufsstellenlage: Sächsische Keks- und Konfiserien-Fabrik Ernst Schneider, Windmühlestr. 42

und in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

In 1/2 Stunde beflecken Sie unter Garantie jede

Läuse = Plage

auch Nässe i. Brust (Nissen) bei Mensch u. Tier nur m.

Garantiert über wirkende Radikalmittel gegen

Wanzen | Kakerlaken | Holzwurm

Edolda B | Edolda C | Edolda D

Zu haben in Leipzig Talbrogerie Joh. Achenbach

Talstraße 12b.

vertilgt unter Garantie samt Brut und Eiern Kopf-, Kleider- und Filz-

gefliest.

Kampolda Wanzen

vertilgt bei Mensch und Tier.

für Wunden unschädlich.

Verkauf nur Schletterstr. 12; Göhlis, Neuh. Hall. Str. 57;

Querwald, Lind., Josephstr. 17; A. Köhlin, Rantzaus Gasse 3;

Georg Irmscher, L.-Mossau, Mösauer Straße 22.

Geners	
Nr. 60514.	
Billige Lebensmittel	
la Schmalz, blätterweiß Wfd. 9.90	7.75
Tafelmargarine, Würfel Wfd. 7.80	6.50
Speck zu billigen	5.25
Schwarzfleisch Tagespreisen	4.75
Kindfleisch 2-Wfd.-Dose 8.75	7.50
Leberwurst 2-Wfd.-Dose 4.75	4.25
Corned beef 7.80	6.50
la Molkerei-Butter Auslandsw. Wfd. 29.00	25.00
Vinzen 3.40 Hirse 2.80	2.50
Verlobbohnen 1.50 Reis 2.40	2.00
Erbulen, gelb 1.95 Haferflocken 2.70	2.25
Erbulen, grün 1.80 Kornre	

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Arbeitsverein Plagwitz-Bindenau-Schleußig. Morgen Sonnabend, den 4. Juni, abends 1/2 Uhr, Diskussionsabend im Kest-Stadt Altenburg.

Gohlis. Sonnabend, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Niederrauschau, Funktionstafel.

Böhnia. Sonntag, Ausszug mit Kindern nach Lübschen. Abmarsch 6 Uhr vom Mervordplatz.

Achtung! Arbeitslosenräte und Berufsvertreter Groß-Leipzig. Montag, den 6. Juni, Sitzung im Volkshaus, Zimmer 9. Alle Berufe, sowie Orte müssen vertreten sein.

Gewerbegeichts-, Kaufmannsgerichts- und Schlichtungsausschussteilnehmer. Montag, den 6. Juni, abends 1/2 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftskatell Leipzig.

Die Leipziger Arbeiterschaft gegen das Reichsschulgesetz.

Im Ringen gegen die Zertrümmerung der Volkschule durch den Klerus steht Leipzig an der Spitze. Die Lehrerschaft ist hier in einen energischen Kampf eingetreten, und die Leipziger sozialistische Arbeiterschaft steht ebenfalls in den vordersten Reihen der Kämpfenden. Obwohl bereits in voriger Woche eine vom Leipziger Lehrerverein einberufene Versammlung im Zoo sich mit dem Entwurf des Reichsschulgesetzes beschäftigt hat, obwohl in dieser Woche zahlreiche Elternversammlungen in den Volkschulen gegen ihn Stellung nahmen, war die gestrigste Volksversammlung, die von der USPD. Groß-Leipzigs einberufen worden war, und die gleichfalls im Zoo tagte, überhaupt stark besucht. Wieder sahen die Massen Kopf an Kopf, und viele mussten sich einem Stehpunkt begnügen. Die Leipziger Arbeiterschaft denkt nicht daran, dem Klerus die Schule kampflos zu überlassen. Im Gegenteil! Sie wird alles daransetzen, um ihm eine Niederlage zu bereiten, und die erleidet er, wenn an allen Orten ebenso ehrlich die Arbeiterschaft auftritt.

Referent in der Versammlung war Kultusminister, Genosse Fleischer-Dresden. Er wies darauf hin, daß der Kampf um die Schule von großer politischer Bedeutung sei. Der Entwurf stütze sich nur auf einen Absatz des Artikels 146 der Reichsverfassung, er berücksichtige durchaus nicht alles, was in der Reichsverfassung auf Schule und Bildungswesen Bezug nehme. Der Entwurf sei die Fortsetzung des Schulkompromisses von Weimar. Die USPD. habe in Weimar gegen dieses Komromiß gestimmt. Jetzt erst gingen vielen die Augen darüber auf, was damals angereichert worden sei. In der Begründung des Entwurfs heißt es, das Gesetz sei ein Verständigungswerk. Das Gegenteil sei der Fall. Durch das Gesetz würde die allergrößte Zwietracht in das Volk hineingetragen.

Das Werk müsse Kampf auslösen, und dieser Kampf müsse ausgegraben werden. Werde der Entwurf, wie er vorstehe, Gesetz, so werde man es in der Hauptsache mit der konfessionellen Schule zu tun haben. Die Kirche wolle nicht nur in der Schule, sondern darüber hinaus ganz allgemein zu mehr Einfluss kommen.

Dem in der Verfassung niedergelegten Gedanken der Trennung von Kirche und Staat schlägt der Entwurf direkt ins Gesicht. Geistliche Schichten gehe ja der Entwurf noch nicht weit genug.

Der Abgeordnete des Zentrums im sächsischen Landtag, Herr Heslein, habe in Zwickau gefragt, daß der Entwurf der Willkür der einzelnen Länder Türe und Tor öffne. Und auch der Verband christlicher Elternvereine in Leipzig sei ähnlicher Auffassung.

Gegen einen allzu großen Spielraum Bayerns würde man nichts einzutragen haben. Man befürchte nur, daß im sozialistischen Sachsen das Landesgesetz einen Charakter bekommen könnte, der den reaktionären Kreisen nicht passe. Sei ein einheitliches modernes Schulgesetz nicht zu bekommen, so werde man allerdings in Sachsen herausholen, was für eine sozialistische Schule herausphonen sei. Und komme es zu einer Neuwahl, mit der Parole für eine schlechte oder für eine gute Volksschule, so werde man wohl eine erdrückende Mehrheit für ein gutes Schulgesetz erhalten.

Es sei zu befürchten, daß sich die konfessionellen Schulen zu Standesschulen entwickeln. Der Entwurf widerspreche auch der Reichsverfassung, die im Artikel 146 Absatz 1 von einem organischen Schulwesen, von einem gemeinsamen Ausbau spreche. Die Einheitsschule würde ja gerade in Städte geschlagen. Man komme hinter das wilhelminische Zeitalter zurück. Der jetzige Zustand sei ja besser als der, der kommen sollte. Kunst, Wissenschaft und ihre Lehre sollen nach der Verfassung frei sein. Warum sollte man dann den Unterbau, die Volksschule in Hessen schlagen?

Die Leistung der Volksschule würde beeinträchtigt werden, und die Durchführung des Gesetzes würde mit ungeheuren Kosten verknüpft sein, die direkt zum Fenster hinausgeworfen sein würden. Auch die Schulverwaltung würde unnötig belastet werden. Die Reaktion wolle das Schulwesen lediglich benutzen, um sich ihren Einfluß auf kulturellem, politischem Gebiete auch für die Zukunft zu sichern. Deshalb handele es sich um eine politische Frage. Deshalb sei es eine Machtfrage, und daher müsse der Kampf mit Energie ausgefochten werden. Es müsse für das moderne Schulwesen gekämpft werden, damit das Schulideal möglichst bald verwirklicht werden könnte. In Stuttgart habe Staatssekretär Heinrich Schulz auf der Lehrertagung gesagt, das Schulgesetz berücksichtige in seiner Weise die Interessen der Schule. Das sei der Bankrott des Schulkomromisses. Schulz habe ferner von den „politischen Notwendigkeiten“ gesprochen. Man habe Furcht vor dem Zentrum, daß es die Konsequenzen ziehe, wenn es auf dem Gebiete der Schule nicht seine Forderungen durchsetze. Das Zentrum sei auch hauptsächlich deshalb in der Reichsregierung, weil es in der Schulfrage seine Ziele erreichen wollte. Der Kampf gegen das Schulgesetz müsse auf breiter Basis von allen Anhängern der weltlichen Schule aufgenommen und durchgeführt werden. Die USPD. würde Führerin in diesem Kampfe sein. Würde der Entwurf Gesetz, so sei das sächsische Überhauptsgesetz null und nichtig. Vom Sachsenlande aus müßten die Wellen des Kampfes hinausstoßen ins Reich, damit das Schulgesetz zu Fall gebracht werden könnte. Redner schloß mit dem Aufruf, den gemeinsamen Kampf energisch fortzusetzen bis zum Sieg. (Stürmischer Beifall.)

Aufer einer bürgerlichen Frau, die für die weltliche Schule eintrat, beteiligten sich an der Diskussion, die über zwei Stunden dauerte, nur Lehrer. Es kamen Redner der verschiedensten politischen Richtungen zum Wort, und obwohl über die Bedeutung, über die Methoden des Kampfes hier und da abweichende Meinungen hervortraten, im allgemeinen war man einig in der Verurteilung des Gesetzentwurfes, und man trat einig für die weltliche Schule ein. Mit Recht wurde betont, daß den Worten Taten folgen müßten, daß auch die proletarischen Eltern aus der Kirche austreten und ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden müßten. Gegen 3000 Volksschulkinder würden noch in Religion in der Schule unterrichtet. Einzelne Redner führten eine Reihe von Argumenten gegen den Religionsunterricht in der Schule an. Es wurde betont, daß man auch das Recht des Kindes wahren müsse das doch erst im reiferen Alter in einer bestimmten Weltanschauung komme, und das man in der Schule nicht in

Religion unterrichten dürfe. Es wurde nachgewiesen, daß die katholischen Bischöfe die Unterlagen zu dem Gesetzentwurf geliefert hätten. Weiter wurde eine Reform der Verwaltung gefordert, in der noch das verzopfte Gehirntrausen dominieren.

Im Schlussswort ging Genosse Flechner noch auf eine Anzahl dieser Fragen ein, wobei er besonders betonte, daß der Kampf um die Schule nur ein Teilstück in diesem allgemeinen Ringen der alten Welt gegen die neue sei. Die Reaktion verteidige die alte Wirtschaft, die alte Ordnung, und da die Schule ein Machtmittel sei, so wolle sie die Schule auch beherrschen.

Bemerkenswert war, daß sich nicht ein Christlicher zum Wort meldete, daß nicht ein Klerikaler wagte, für den Entwurf ein Wort einzulegen. Diese Herrschäften haben nicht den Mut, offen der Arbeiterschaft entgegenzutreten. Desto eifriger werden sie von hintenherum arbeiten und sich besonders an die Frauen heranzuschleichen, um ihr Ziel zu erreichen.

Mögen die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes jetzt die Agitation von Mund zu Mund forschken, insbesondere für den Kirchenaustritt, für die weltliche Schule eintreten. Heraus aus der Kirche! Meldet die Kinder vom Religionsunterricht ab. Nehmt energisch den Kampf für Freiheit und Fortschritt auf!

Die Orgesch gegen die Arbeiterschaft.

Uns ist nachstehendes Orgesch-Dokument zugegangen, das insbesondere den Leipziger Arbeitern zeigt, wie die Orgesch gegen sie vorgehen gedient:

Organisation Escherich.

Landesleitung Sachsen. Leipzig, im Juni 1921.

Es ist als selbstverständliche Pflicht zu betrachten, daß die Mitglieder unserer Organisation, soweit sie körperlich dazu in der Lage sind, in die örtliche Selbsthilfe eintreten. Es werden ihr Fleisch aber auch eine Anzahl Männer angehören, die an sich nicht Mitglieder der O. E. sind. Die örtliche Verhältnisse müssen daher entscheiden, ob die örtliche Selbsthilfe unter dem Namen der O. E. aufzugehen oder nur ungenannt durch die O. E. zu einschlüpfen und zu fördern ist. Es kommt nicht darauf an, durch egoistisches Hervortreten für uns Reklame zu machen, sondern das Endergebnis und der Gesamterfolg müssen ausschlaggebend sein. Bei Abwägung dieser Frage muß berücksichtigt werden, daß es mit der Zeit gelingen muss, die besonnene Arbeiterschaft zur Bildung von Selbsthilfen gegen den radikalen Terror in den Fabriken zu bewegen. Nur ungenannte Beeinflussung durch die O. E. kann hier zum Ziele führen.

Ob ein Eingreifen dieser örtlichen Selbsthilfe erforderlich ist, muß je nach der örtlichen Lage entschieden werden. Auf einen Ausruf von Seiten der übergeordneten Stellen darf in solchen Fällen nicht gewartet werden. Andernfalls ist es aber auch erforderlich, daß, wenn die leitenden Stellen der O. E. die Gemeinschaft aufrufen, diesem Aufruf alle diejenigen Mitglieder, die sich hierzu verpflichtet haben, unbedingt folgen und jede Bedenken örtlicher Natur zurückstellen. Bei allem Verständnis für örtliche Bedürfnisse und Not muß das Wohl der Gesamtheit stets in erster Linie berücksichtigt werden.

In gleicher Weise ist die Frage: wie soll die örtliche Selbsthilfe eingreifen? nur nach den örtlich gegebenen Verhältnissen zu entscheiden. Als allgemeine Richtlinie muß hier gelten, daß das Eingreifen der Selbsthilfe im Zusammenhang und zur Unterstützung der staatlichen Sicherheitsorgane und nur mit gesetzlich erlaubten Mitteln erfolgen kann. Bei der Abwägung der örtlichen Verhältnisse ist unbedingt darauf zu achten, daß durch das Eingreifen der Selbsthilfe des radikalen Hegern möglichst wenig Anlaß gegeben wird, die Massen der Bevölkerung mit dem Schlagwort „Reaktion“ in Widerstreit mit der Selbsthilfe zu bringen.

Ich erluche die Herren Leiter der Landesgruppen, mir so bald als möglich, über den Stand der Selbsthilfe in Ihren Bezirkten Bericht zu erstatten.

Die Landesleitung wird bemüht sein, die Bemühung zur Bildung örtlicher Selbsthilfe mit allen Kräften, auch finanzieller Art, zu unterstützen.

(F. d. R.) (gez.) B.

Die Orgesch-Bande hat nicht einmal den Mut, offen mit ihrem Namen einzutreten.

So feig, wie sich die „Patrioten“ im Krieg benommen haben, wo sie sich in der Gruppe herumdrückten, so feig ist verhalten sie sich auch jetzt. Dies Dokument zeigt der Leipziger Arbeiterschaft die Gemeingefährlichkeit der Orgesch. „Der radikale Terror“ ist ja nur Vorwand. Die Orgesch will mit militärischen Verbänden die Arbeiters niederschlagen, wenn sie es wagen sollten, in eine Bewegung gegen den Kapitalismus zu treten. Im Juni 1921 wird das Attentat erlassen, in einer Zeit, in der die Regierung angezeigt hat, daß die Orgesch aufgelöst werden soll. Die Orgesch nicht daran, sich zu führen. Sie fordert gerade jetzt ihre Mitglieder — joweiß sie körperlich dazu in der Lage sind — auf, in die örtliche „Selbsthilfe“ einzutreten. Diese Selbsthilfe ist eine militärische Organisation, die zunächst den Zweck hat, die Arbeiter in der Sklaverei des Kapitalismus zu erhalten. Kampf gegen die Orgesch! Das muß die Lösung der gesamten Arbeiterschaft sein.

Die Beerdigung als nationalsozialistische Demonstration

Ein Leser schreibt uns: Am Donnerstag, nachmittags gegen 2 Uhr, konnte man im Stadtinnern bemerken, daß etwas Besonderes im Gange sein mußte. Die Straßendächer nach dem Südfriedhof waren überfüllt, Sonderwagen eingeeilt, Droschen und Autos beförderten ein ausgewähltes Publikum in der gleichen Richtung. Neben Herren im Gehrock und Zylinder saßen besonders die Uniformierten aller Waffengattungen der Armee, sogenannte Angehörige, Offiziersdeputationen der Reichswehr, der grünen Polizei und verschiedenen Studentischen Körperschaften auf. Auf mein Fragen erfuhr ich, daß um 3 Uhr auf dem Südfriedhof die Beerdigung dreier in Oberschlesien gefallener Freiwilliger stattfände. Die Sache erschien mir, gemessen an der Beteiligung der eben genannten Gruppen, politisch so wichtig, daß ich mich ebenfalls nach dem Südfriedhof begab. Bei meiner Ankunft hatte sich der Zug bereits von der Parentationshalle nach der Begräbniskirche in Bewegung gesetzt. An der Spitze befand sich eine Reichswehr-Musikkapelle, hierauf folgten 2 Gruppen grüne Polizeimannschaften mit Karabiner, die am Schlusse des Begräbnissches auch die üblichen drei Ehrensalven über das Grab schossen; anschließend folgten die Vertreter jener politischen Kreise, deren Opfer man zu Grabe trug, in Schwarz und Uniformen aller Schattierungen, sogar Geiste mit Helm und umgehängtem Seitengewehr konnten man bemerken, obwohl ich zuvor noch nicht gehört hatte, daß auch Geiste mit der Berechtigung zum Tragen der Uniform entlassen worden sind. Rechts und links der Sarge schritt jedesmal ein Offizier mit gezogenem Degen. Die im Hauptquartier Mühlhausen (nicht in Uniform). Er vermag die Revolution noch immer nicht zu verhindern und klagte die Kreise an, die „unser“ Vaterland so wehrlos gemacht haben und die jetzt nicht entblößt, die Entente-Meute auch noch auf „unreue Orgesch“ zu heben. Nach Mühlhausen sprachen Vertreter des Leipziger Bürgerausschusses, der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Organisation Escherich, Bezirk Leipzig, des Deutschen Nationalen Handlungsgeschäftsbundes, der Verbände heimatfreier Oberschlesier und der Abwicklungsstellen des ehemaligen Freiwilligen-Regiments. Alle Reden waren mehr oder weniger politisch gefärbt und man merkte ihnen deutlich die Sehnsucht nach Wiederkehr der „guten alten

Zeit“ an. Ein Freiwilligen-Vertreter betonte noch besonders, daß man wohl das Regiment der Norm nach auslösen könne, daß aber der Heilige weiterlebe und nicht unterdrückt werden könne.

Die drei jungen Leute, die beerdigt wurden, haben einen Freiwilligenkorps angehört, dessen Bildung vom Reich nicht nur nicht genehmigt, sondern sogar unter Strafe verboten war. Wie sonst die sächsische grüne Polizei — von der Reichswehr in diesem Zusammenhang zu sprechen, ist schon längst überflüssig geworden — dazu, bei diesem Begräbnis 1. eine Offiziersabordnung im Dienstautomobil und 2. einen Offizier und 16 Mann zum Ehrensalut, Patronen und dem Zeitverlust, der durch Enthaltung der 20 Beamten von ihrem eigentlichen Dienst entstanden ist, verbleibt noch die Nachwirkung für die gesamte Beamtenenschaft, daß das Vertrauen der großen Mehrheit der Bevölkerung durch solche Beteiligung an extrem nationalsozialistischen Veranstaltungen geradezu untergraben wird und daß wieder der Gedanke aufkommt, daß die Polizei nur das Instrument einer kleinen privilegierten Klasse darstellt. Bei der grünen Polizei soll es meines Wissens sogenannte politische Kommissare geben. Wo bleibt deren Einfluß bei solchen Anlässen? Waren sie damit einverstanden oder hat man ihnen diese „kleine Sache“ gar nicht erst unterbreitet? Die verantwortlichen Stellen werden kaum umhin können, zu dem offiziellen Befehl zu nehmern.

Die billigen Möbel vom Frauendorf!

Der Internationale Bund der Kriegsopfer schreibt uns: Auf Grund des vor einiger Zeit in der Leipziger Volkszeitung erschienenen Artikels wurden wir vom Verein „Frauendorf 1914“ zur Prüfung des Tatbestandes um eine Besichtigung des Warenlagers und um Einsichtnahme in den Geschäftsbetrieb ersucht, bei der unser sachmännischer Vertreter im Beisein eines unparteiischen Kriegsbeschädigten feststellen konnte, daß die an der Küchen-einrichtung geübte Kritik sowohl in technischer Beziehung als auch der Preislage entsprechend zu Recht besteht. Allerdings wurde der Kommission glaubhaft nachgewiesen, daß die angezogene Einrichtung in einer Zeit eingekauft wurde, in der die Preise hoch und die Ausführung schlecht waren. Weiter mußte festgestellt werden, daß die in letzter Zeit vorgenommenen Einfüsse in gediegener Ausführung und mäßiger Preislage waren. Die Zahlungsweise erfolgt in Raten, die den Verhältnissen des Käufers angepaßt sind und die Bedingungen sind gegenüber anderen einschlägigen Geschäften immerhin günstig zu nennen. Der Geschäftsführer versprach der Kommission im Interesse der Kriegsbeschädigten in Zukunft auf gute Ausführung bei mäßigen Preisen sein Hauptaugenmerk zu legen, und wir wollen hoffen, daß vom „Frauendorf“ dieses Versprechen auch eingehalten wird.

Internationaler Bund der Kriegsopfer Deutschlands. (Ortsgruppe Leipzig.)

Mangelhafe ärztliche Fürsorge.

Urs wird geschrieben:

Am 18. d. M. nachmittags gegen 1/2 Uhr, galt meine Frau durch Treten auf eine Apfelsinenenschale in der Windmühlenstraße aus, wobei sie den Unterarm brach. Ein Herr war ihr behilflich und brachte sie nach dem nahegelegenen Chirurgischen Institut, Nürnberger Straße 55. Dort erhielt sie von einer Aufwartesträfin die Auskunft, daß sämtliche Herren Arzte zu Tisch gegangen wären und daß ärztliche Hilfe nicht möglich wäre. Meines Erachtens müßte dauernd ein diensthabender Arzt anwesend sein, um ärztlichen Beistand bei Unfallfällen leisten zu können. Durch die Abwesenheit eines diensthabenden Arztes ist eine Verschlimmerung eingetreten, da erst ein anderer Arzt aufgesucht werden mußte.

Es ist in der Tat ein außerordentlicher Missstand, wenn an einem solchen Institut nicht jederzeit ärztliche Hilfe geleistet werden kann, zumal am Eingang der Klinik angelehnt steht, daß dringende Hilfe zu jeder Tageszeit gewährt wird.

Unrechtskarten. Auf die vielen Anfragen, die wegen der Ausgabe der Unrechtskarten an uns gestellt werden, gestalten wir uns folgendes mitzutun. Die Ausgabe der Karten kann erst gegen Ende des Monats Juli erfolgen, da noch immer Listen eingehen und die Beteiligung unsre Erwartungen weit übertrifft. Das Ausschreiben der Karten ist teilweise sehr schwierig, weil auf vielen Listen die Namen verwischt und dadurch unlesbar geworden sind. Unter Aufnahmen des Adressbüches und der Gewerkschaftslisten müssen die Namen festgestellt werden. Auch erfordert die Auslegung der eigenen Kartothek Arbeit und Zeit. Die Ausgabe erfolgt nach der Fertigstellung durch Rückgabe der Listen und Karten an die Gewerkschaften und Ortsvereine. Den Zeichnern entsteht kein Schaden, denn in den Sommermonaten können infolge der Ferien in den Theatern keine Vorstellungen stattfinden, und das Bedürfnis danach ist ja unter der Arbeiterschaft in dieser Zeit auch nicht groß.

Erst wenn alle Karten fertiggestellt sind, kann mit der Ausgabe begonnen werden, weil sich sonst ein Teil der Zeichner beschäftigt fühlen könnte. Wir bitten die Betriebsleute in den Betrieben und Ortsvereinen auf ihre Ausführungen hinzuweisen und die Mitglieder aufzulösen. Die Ausgabe wird in der Zeit rechtzeitig bekanntgegeben.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut. Wann gibt es billige Pässe? Die Gebühr für einen Auslandspass wird neuerdings zur Pflege des Deutschtums im Ausland auf 10 M. erhöht und die Gebühr für den Sichtvermerk erlassen oder auf 1 bis 2 M. erhöht. Zu diesen Kosten gehörten Besuche von Verwandten in den abgetretenen Gebieten und mit der Absicht, deutsche Kulturgüter im Ausland zu erhalten. Dies gilt nach einer neuen Anordnung für Mitglieder von Vereinigungen zur Pflege des Deutschtums im Ausland, von Turn- und Sportvereinen für Wettkämpfe, deutsche Gelehrte oder Fachleute für Versammlungen, für Touristenvereine, wie dem Alpenverein, zum Besuch von Deutschland und dem Riesengebirge, sowie zum Besuch von Hochschulen zum Studium in Deutschland, Prag, Berlin oder Danzig. Jahrespässe kosten 25 M., für das Studium nur 10 M. Für ein mehrmaliges Überschreiten der Reichsgrenze wird nur der einfache Ausreise-Sichtvermerk berechnet.

5. Volksschule! L.-Connewitz, Waisenhausstraße, Elternversammlung, Montag, den 6. Juni, 1/2 Uhr. Protest gegen die Zertrümmerung der Volksschule.

Elternabend der 20. Volksschule, am Dienstag, dem 7. Juni, abends 1/2 Uhr. Thema: Gegen die Zertrümmerung der Einheitschule. Referent Herr Lehrer Gilchrist.

Elternabend der 21. Volksschule, am Mittwoch, dem 8. Juni, abends 1/2 Uhr. Thema: Reichsschulgesetz.

Die „Streitlust der Arbeiter“. Man schreibt uns: Die Errichtung von Schieds- und Schlichtungsmätern macht sich notwendig durch die in der Vorkriegszeit eingeschlagene Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe zu Großbetrieben und der zunehm

genügend Veranlassung, die Objektivität des Demobilisierungs-
Kommissars in Zweifel zu stellen.

Hausrinder Schulkluter. Das Gewerbeamt schreibt uns: Schon früher waren sie auf der Straße, an den Eingängen zu Wirtschaften und auch in den Gastwirtschaften selbst nicht selten zu treffen, die kleinen Händler mit Kindholzchen und Schnürketteln, mit Ansichtskarten oder mit Blumen. Heute hat das Hausrinnen durch Schulkluter wieder ganz besonders überhand genommen. Troch aller bestehenden Verbote mehren sich die Fälle, in denen Kinder, selbst recht kleine, von den Eltern ausgeschickt werden, durch Handel von Haus zu Haus, besonders aber in Gast- und Schankwirtschaften, das Einkommen der Familie zu erhöhen. Die Not der Zeit mag manche Familien dazu veranlassen, solchen Nebenerwerb durch ihre Kinder zu suchen. Diese Eltern übersehen hierbei jedoch völlig, welchen ernsten litischen Gefahren sie hierdurch ihre Kinder aussetzen. Es ist Erfahrung, daß die Kinder beim Hausrinnen häufig schweren Schaden für sich selbst nehmen. Deshalb werden Eltern, die ihre Verantwortung kennen und fühlen, ihre Kinder keinesfalls hausrinnen lassen. Die Angaben, die das Kind beim Hausrinnen über seine Herkunft, über die Zahl seiner Geschwister, über die Verhältnisse daheim machen muß, sind oft von der Wahrheit weit entfernt; und sind sie doch wahr, die Hoffnung auf eine Verbesserung des Geschäfts verführt das Kind leicht zu Übertriebungen bei der Schilderung der Röcke und zur Erfüllung wünschlicher Unwahrheiten. Viele unterliegen der Versuchung, das meist schnell verdiente Geld oder doch einen Teil davon für allerhand Leckereien und Nichtigkeiten auszugeben; mit allerlei Ausreden müssen sie dann versuchen, die begangenen Unterschlagungen vor den Eltern daheim zu verdecken. Und welch schweren Gefahren können hausrinnende Mädchen im besonderen ausgesetzt sein! Das ist gewiß, litisch unbedenklich ist das Hausrinnen durch Schulkluter nicht und man erweist ihnen in den wenigsten Fällen einen Dienst, wenn man sie, vom Mitleid getrieben, durch kleine Räufe unterstützt. Solche Mitleidigkeit ist sehr häufig recht über angebracht. Es kann durchaus nicht empfohlen werden, den geschicklich verborgenen Hausrinner durch Kinder irgendwie noch zu unterstützen. Es machen sich übrigens die Eltern des Kindes, die es zu dem Handel anleiten oder ausrichten, strafbar, ebenso auch der Gastwirt, der den Hausrinner durch Schulkluter in seinen Schankräumen gestaltet.

Gefangenentwürfe im Albertpark. Am Sonntag, dem 5. Juni, vorm. 11,12 Uhr, werden bei günstiger Witterung wiederum von einer Schule, und zwar von der 1. städtischen höheren Mädchenschule Volkslieder vom Musikpavillon des Albertparks aus zum Vortrag gebracht werden.

Die Technik im Film. Am Sonntag, dem 5. Juni, vormittags 11 Uhr, findet im Astoria-Lichtspielhaus, Windmühlenstraße, auf Veranlassung der Ortsgruppe Leipzig des Reichsbundes deutscher Technik ein öffentlicher Filmvortrag über die Erzeugung des Stahles und über die Verwendung unserer Kriegsschlachten in der Elektroindustrie statt. Herr Ingenieur Dreher wird durch einen allgemein-verständlichen Vortrag die Filmvorführungen erklären. Karten zum Preise von 5 Mt. sind im Vorverkauf in der Linkeschen Buchhandlung, Burgstraße zu haben.

Vorlauf an der Freibank. Sonnabend, Freibank I, Nr. I, 6301-9300; Nr. II, 5101-7100.

Lebensmittelkalender für Sonnabend, den 4. Juni.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Bescheinigungen für billige Kartoffeln (Zentner 25 Mark) an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene aus Sammlung vom Ortsamt ausgestellten Bezugskarten, soweit noch nicht beliefert, im Ortsamt für Kriegerfürsorge, Nonnenmühlstraße 8, I. Zimmer 38, von 10 bis 1 Uhr, Büchst. H-N. 1-3 Kopie erhalten 1 Zentner, 4 und mehr Röste 1½ Zentner, Geld mitbringen.

Bücherlortenausgabe für Gutsverkäufer — letzter Tag: Mit 901 bis Schluss in der Warenverteilungsstelle der Witte, Peterskießeweg 18, gegen Vorlegung des Ausweises.

Achtung, Arbeitslose und Kurzarbeiter!

Mindstesschwarzverkauf ab Donnerstag, den 2. bis 15. Juni 1921, pro Pfund 7,70 Mt., von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, Schlachthof neben Schauamt, Hammelsleich von 2. bis 15. Juni, pro Pfund 5,75 Mt. Verkaufsstelle und -ort wie beim Mindstesschwarzverkauf, Arbeitslosenamt Leipzig.

Kohlenausgabe für Erwerbslose und Kurzarbeiter.

Da in der nächsten Woche Brüder eintreffen und die Belieferung sicherzustellen, sind umgehend Gutscheine für die Ausgabestellen Bahnlicher Bahnhof, Lößniger Straße (Maz & Co.), Nr. 1-296, — Plagwitz, Elisabethallee (Maz & Co.), Nr. 1001 bis 1188, — Sellerhausen, Bennigsenstraße (Maz & Co.), Nr. 2001-2278, — Eutritzsch, Freiladebahnhof (Glets 21, Werner), Einfahrt Thausseehaus, Nr. 3001-3180, — Stötteritz, Dauthestr. (Städtischer Lagerplatz), Nr. 4001-4152, in der Geschäftsstelle Gerberstraße 3, Zimmer 2, einzulösen. Neuanmeldungen sind nach vorheriger Abmeldung beim Kohlenhändler sofort zu bewirken.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtag.

Das Gewerbesteuergesetz.

Das vor einigen Tagen angekündigte Gewerbesteuergesetz ist dem Landtag nunmehr zugegangen und gestern bereits im Plenum vorberaten worden. Es ist hier ähnlich wie bei dem Grundsteuergesetz. Beide Steuerarten sind den Ländern vom Reiche zugewiesen worden, die nur die Freiheit haben, die Materie entweder landesgesetzlich zu regeln oder den Gemeinden zu überlassen. Einige jüdische Gemeinden haben bereits vorgegriffen, was bei dem allgemeinen Falles und dem Suchen nach einem Ausweg verständlich ist. Die meisten wünschen eine baldige landesgesetzliche Regelung, die entschieden auch vorzuziehen ist, da nach den Zwangsbestimmungen des Reiches ein Ausweichen nicht möglich ist. Dazu, abgesehen von der grundfäßlichen Gegnerschaft gegen diese Steuerart, keine der Parteien mit besonderem Eifer an die Vorlage herangeht, ist verständlich und auch bereits in einer kurzen Erörterung zum Ausdruck gekommen, die litisch im Ausschusssitzung des Landtages stattfand.

Nach dem Regierungsentwurf unterliegen der Gewerbesteuer alle in Sachsen vorhandenen stehenden Betriebe. Als Gewerbebetrieb gilt jede fortgesetzte auf Gewinnerzielung gerichtete selbständige Tätigkeit. Und zwar wird die Annahme eines Gewerbebetriebes weder durch eine zeitweise Unterbrechung der Tätigkeit, noch durch die nur einmalige Ausübung der Tätigkeit ausgeschlossen, wenn anzunehmen ist, daß die Tätigkeit bei sich bietender Gelegenheit wieder aufgenommen oder wiederholt wird. Aber der Entwurf sieht auch eine bedeutende und zum Teil nicht unbedeutende Erweiterung des in der Reichsgewerbeordnung umschriebenen Begriffes Gewerbe vor. Der § 4 bestimmt:

Als Gewerbebetrieb im Sinne dieses Gesetzes gelten insbesondere auch

1. der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, die Jagd und Fischerei, der Obst-, Wein- und Gartenbau, der Bergbau, die Ausbeutung von Steinbrüchen und die Gewinnung und Verwertung sonstiger Bodenbestandteile;
2. die Berufstätigkeit der Aerzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure und die Ausübung anderer freier Berufe;
3. die Ausübung einer sonstigen wissenschaftlichen, künstlerischen, schriftstellerischen, unterrichtenden oder erziehenden selbständigen Tätigkeit, soweit sie fortgesetzt auf Gewinnerzielung gerichtet ist;
4. die Tätigkeit von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie von Versicherungsvereinen auf Gewerbebasis, es sei

denn, daß ihr Geschäftsbetrieb sich auf den Kreis der Mitglieder beschränkt.

Diese Begriffsbestimmung wird verschiedentlich angefochten. Aus der einen Seite wehrt sich die Landwirtschaft — deren Steuerschau ja sprichwörtlich ist — gegen die Einbeziehung unter der Begriff Gewerbe, während von den Vertretern der gewerblichen und industriellen Kreise der Einwurf nur als distastabel bezeichnet wird, wenn an der Begriffsbestimmung der Vorlage nichts geändert und besonders die Landwirtschaft und die Konsumvereine nicht steuerfrei bleiben. Diesem leichten Wunsche beächtigte die Regierung ursprünglich auch Rechnung zu tragen. Aber der Regierung der Konsumvereine ist durch das Körperschaftsteuergesetz ein Siegel vorgeschoben, in dem die Konsumgenossenschaften ausdrücklich als nichtgewerbliche Betriebe bezeichnet werden sind. Deshalb läßt auch die Vorlage diese Genossenschaften frei, soweit ihr Geschäftsbetrieb sich nur auf den Kreis der Mitglieder beschränkt. Auch das kann freilich bei den bestehenden Verhältnissen in der Praxis noch zu unangenehmen Nebereffekten führen. Es wird im Ausschuß notwendig sein, völlige Klarheit zu schaffen, um Schikanierungen der Konsumgenossenschaften von vornherein auszuschließen.

Außerordentlich kompliziert ist der Maßstab für die Steuerfeststellung. Die Besteuerung soll einmal erfolgen nach Maßgabe des Wertes des dem Unternehmen dienenden gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals (Betriebsanlage) und zum andern nach Maßgabe der Ertragsfähigkeit des Unternehmens (Ertragsanlage).

Das gewerbliche Anlage- und Betriebskapital umfaßt sämtliche dem Gewerbebetrieb gewidmeten Gegenstände mit Ausnahme der von der Grundsteuer betroffenen Bestandteile. Insbesondere sind hierzu zu rechnen: Wasserkräfte sowie zu deren Benutzung dienende Wehre und andre Wasserbauten, Dampfkessel und Maschinen, Gerätschaften, Werkzeuge, Tiere, Vorräte an Brennstoffen und sonstige Betriebsmittel, Roh- und Hilfsstoffe einschließlich der in Bearbeitung befindlichen Stoffe und die zum Verlaufe bestimmten Waren, lebendes und totes Inventar bei der Landwirtschaft einschließlich des etwaigen Nebenbetrieben dienenden Inventars, Vorräte an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Betriebsmittel wie Saatgut, Futter- und Düngemittel, die vom Boden getrennten Bodenröhre bei der Forstwirtschaft, bares Geld, Gold und Silber in Barren, Banknoten, Kassenscheine, Wechsel, Schufverschreibungen und andre Wertpapiere, Kistenstände einschließlich der im Kontorentlaufenden Gutshaben und der Darlehnsforderungen der Pfandbriefanstalten, der Darlehnsklassen und der Kreditinstitute, Urheber-, Patent- und Verlagsrechte, Kaufverträge, Gebrauchs- und sonstige Nutzungsberechtigungen, Niederschriften, Gebrauchs- und sonstige Nutzungsberechtigungen. Von den Aktienwerten des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals dürfen die aus der Inanspruchnahme von Warenbezugskredit oder Bankkredit sowie alle sonstigen unmittelbar aus dem laufenden Geschäftsbetriebe herrührenden Schulden abgezogen werden. Hierzu gehören auch die Pfandbriefschulden bei Pfandbriefanstalten, die solchen Pfandbriefschulden abschließenden Verbindlichkeiten der Darlehnsklassen und Kreditinstitute sowie die Prämienreserven der Versicherungsanstalten. Im übrigen ist die Schufabnahme an dem Werte des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals nicht gestattet.

Die Ertragssteuer soll nach drei ganz verschiedenen Merkmälen bemessen werden: 1. nach dem im Gewerbebetrieb erzielten Ertrag, 2. durch eine Art Mietsteuer nach dem Wert der zum Gewerbebetriebe benützten Räume, und 3. nach der Zahl der im Gewerbebetrieb ständig beschäftigten gewerblichen Hilfspersonen, also eine Personalleiste. Diese Personalleiste ist ebenfalls auf eine rechtsgerichtliche Bestimmung zurückzuführen, wonach die Steuer nicht den Charakter einer Einkommensteuer tragen darf. Sie bewirkt dadurch die zweit- und mehrfache Belastung von steuerbaren Werten, die bereits anderweit belastet sind.

Über die Höhe des Steuerbetrages bestimmt § 13:

Die Betriebsanlage beträgt ½ vom Hundert des Wertes des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals. Die Ertragsanlage beträgt 2 vom Hundert des abgabepflichtigen Ertrags. Hierzu tritt ein Aufschlag von 5 vom Hundert des Mietwerts der gewerblichen Räume und ein weiterer Aufschlag von 5 Mt. für jede im Gewerbebetrieb ständig beschäftigte gewerbliche Hilfsperson. Soweit der abgabepflichtige Ertrag 20 vom Hundert des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals, mindestens aber 50 000 Mt. übersteigt, erhöht sich die auf den überschüssigen Ertragsteil entfallende Ertragsanlage für die ersten angefangenen oder vollen 50 000 Mt. des Mehrbetrages auf 3 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 Mt. des Mehrbetrages auf 4 v. H., für die weiteren Beträge auf 5 v. H. Das gewerbliche Anlage- und Betriebskapital im Sinne dieser Vorschrift umfaßt auch die von der Grundsteuer betroffenen Bestandteile; dies sind hierbei mit dem gemeinen Werte in Ansatz zu bringen. Bei der Berechnung der Hundertste ist der Wert des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals sowie der im Gewerbebetrieb erzielte Ertrag und der Mietwert der gewerblichen Räume auf volle Hundertstelträge nach unten abzurunden.

§ 16 räumt den Gemeinden das Recht ein, Zuschläge zur Gewerbesteuer zu beschließen. Diese Zuschläge dürfen jedoch nicht mehr als 25 vom Hundert der Gewerbesteuer betragen und müssen für alle Gewerbe gleichmäßig sein.

Starke Meinungsverschiedenheiten bestehen darüber, wem der Ertrag der Steuer, der einschließlich eines 20prozentigen Gemeindezuflusses auf 100 Millionen Mark veranschlagt ist, zufallen soll. Die Regierung schlägt vor, Staat und Gemeinden je die Hälfte zu überlassen, bezelnet diesen Verteilungsmäßigstab aber nur als vorläufig. Die endgültige Verteilung bleibt mit rückwirkender Kraft dem Gesetz vorbehalten, das wegen der Auseinandersetzung zwischen Staat und Gemeinden hinsichtlich der Anteile an der Reichseinkommensteuer und der Körperschaftsteuer über den Lastenausgleich später noch zu schaffen ist. Dieser Verteilungsmodus hat bei einem Teil der Gemeinden unter Führung des sächsischen Gemeindetages starken Widerspruch gefunden. Diese Gemeinden erklären sich zwar damit einverstanden, daß der Staat die Steuer erhebt, sie wollen aber, daß der gesamte Ertrag den Gemeinden überlassen wird.

Die übrigen Paragraphen der Vorlage regeln die Veranlagung und Erhebung, den Beschwerde- und Rechtsweg, die Straf- und Ubergangsvorschriften, über die anlässlich der Spezialbestrafung im Ausschuß noch ausführlich zu berichten sein wird.

Die gestrige Vorberatung des Entwurfs im Landtag begann mit der Begründung durch den Finanzminister Held. Dem Finanzier wird es Angst und Bange vor den Steuerplänen des Reiches. Warum meinte er, daß Reich möge doch in all seiner Finanznot darauf achten, daß es durch seine Steuern nicht seine eigenen Grundlagen, die Gemeinden und die Länder, untergräbt. Der Finanzminister unterstrich damit nur, daß in nächster Zeit eine unheimliche Flut von Steuern zu erwarten ist. Troch vieler Bedenken hat schließlich das Finanzministerium unter dem Zwange der Verhältnisse dem Gesetz vorbehalten. Die bürgerlichen Parteien sprechen von den Deutschnationalen bis zu den Demokratischen übereinstimmend gegen die im Entwurf vorgesehene Steuerbefreiung der Gemeinde- und Staatsbetriebe sowie der Wirtschaftsgenossenschaften, soweit sich ihr Geschäftsbetrieb auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränkt. Es war der Konkurrenzneid der Profitmacher, der darin seinen Ausdruck fand. Mehrfach erklärten die bürgerlichen Vertreter, die Vorlage sei ihnen unannehmbar, wenn diese oder jene Bestimmung nicht geändert werde. Die Herren werden sich in den nächsten Monaten daran gewöhnen müssen, ihre Steuerschau und die ihrer Klasse zu überwinden. Lebhaft angegriffen wurden vor allem auch die Absätze 2 und 3 des Paragraphen 4, gegen die sich auch die Unabhängigen aussprachen. Für die Rechtssozialisten sprach Betschke, der sich vorwiegend volkstümlich mit einigen bürgerlichen Argumenten auseinandersetzt, während er sich die Befreiung der in der Vorlage enthaltenen Mängel für die Ausschüsse vorstellt. Für die Unabhängigen legte Genosse Liebmann zunächst die grundsätzliche

Stellung der Fraktion zu den Steuervorschlägen des Landtages vor.

Die Grundsteuer und die Gewerbesteuer sind ein Teil der Steuerlasten, die als Folge der Kriegspolitik und der verschliefen Politik nach dem Kriege dem Volke auferlegt werden. Diese Steuernpolitik ist der Versuch, mit kapitalistischen Mitteln die kapitalistische Bankrottirtschaft zu sanieren. Dieser kapitalistischen stellen wie die sozialistische Regelung gegenüber. Nicht Steuern zur Belastung der Arbeitersklasse, sondern Heranziehung der großen Industrien, vor allem des Bergbaus, Überführung der Produktionmittel in gesellschaftliches Eigentum ist die Parole unserer Partei. Um diese Forderungen müssen die Arbeiter kämpfen. In Sachsen allein können diese Forderungen nicht durchgesetzt werden, wohl aber ist Sachsen durch Reichsgesetz gezwungen, die Grundsteuer und die Gewerbesteuer zu erheben. Deshalb erachtet es die unabhängige Fraktion als ihre Aufgabe, diese Steuer für die Minderbemittelten möglichst schonend zu gestalten. Mit der Kritik einer Anzahl Paragraphen zeigte dann der unabhängige Redner, wie unsre Fraktion gewillt ist, die Härten des Entwurfs zu mildern. — Wie hofflos die Kommunisten der kapitalistischen Steuernpolitik gegenüberstehen, zeigt die Neuerung ihres Redners Grana, der sagte: „Die Steuer wird ein kleiner Schritt vorwärts sein, mit dem wir die bürgerliche Gesellschaft ablösen können.“ Die Haltung, mit der dieser Satz aufgenommen wurde, war reichlich verdient. — Die Vorlage wurde zur weiteren Beratung dem Rechtsausschuß überwiesen.

Die Tagung der Deutschen Volkspartei in Chemnitz.

Am Sonnabend und Sonntag hielt die Deutsche Volkspartei in Chemnitz eine sächsische Landestagung ab. Der Sonnabend wurde durch verschiedene Ausschüttungen ausgefüllt, die sich mit einzelnen Beratungsgegenständen aus dem Reichstag und dem sächsischen Landtag beschäftigten. Dabei vergaß man auch nicht, eine besondere Verbeugung vor dem Reichstag zu machen, dessen Wohlwollen steht für die nächsten Wahlen sich alle demokratischen Parteien schon seit einiger Zeit durch eine ganz einzelne Beamtenpolitik zu sichern suchen. Dieses Wohlwollen steht im sächsischen Gegenjahr zu der brutalen Rücksichtlosigkeit, mit der die Bürgerlichen vor der Revolution, als sie die Macht unumschränkt ausübten, die Beamten schikanierten. Und es würde auch sofort wieder ins Gegenteil umschlagen, wenn die Beamten leidenschaftlich genug wären, auf die volksparteilichen Doktrinen hinzinzustellen und den bürgerlichen Parteien die Macht in die Hände zu spielen.

Am zweiten Tage hielt Herr Stresemann an einer überreichlich mit nationalen Phrasen garnierten Vortrag über die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Die Rede war im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei. Die Rede war im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Der zweite Tag war im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Die Reden waren im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Die Reden waren im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Die Reden waren im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Die Reden waren im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Die Reden waren im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Die Reden waren im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Die Reden waren im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Die Reden waren im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Die Reden waren im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Die Reden waren im wesentlichen eine Wiederholung der Ausführungen, die Stresemann bereits im Reichstag und in einigen Versammlungen zum Besten gegeben hat. Sie liefern darüber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Die Reden waren im wesentlichen eine Wieder

gesetzliche Bekanntmachung des Kommunalverbandes Kreisstadt und Land erschien, die zugleich ein Drucksverbot aussprach, wurde die Drucksarbeit zu Ende geführt und darauf der Hater von einem Getreidehändler in Wilsdruff verkauft. Durch diesen Verlauf ist es nicht mehr möglich gewesen, die ihm von der mitschaftsmannschaft aufgegebene Pflichtmenge von 78 Zentner zu liefern. Es kam zu wiederholten Mahnungen seitens der mitschaftsmannschaft, die sich aber über ein halbes Jahr lang von dem Unterkant an der Nase herumführen ließ. Erst im Juni 1920 stellte sie sich zu einem energetischen Vorgehen auf und, als auch dies nicht half, erstattete sie Anzeige.

Die Behandlung des Falles durch die Justiz spricht Bände. Der Angeklagte, gegen den das Amtsgericht einen Strafversuch über 3000 M. erlassen hatte, wurde nämlich auf seinen Anspruch vom Schöffengericht freigesprochen. Dann kam die Sache vor die Berufungsinstanz. Diese hieß die Behauptung des Angeklagten, daß er von der Abgabepflicht erst nach erfolgtem Verkauf der 100 Zentner erfahren habe, für widerlegt. Das Drucksverbot habe damals in landwirtschaftlichen Kreisen Aufmerksamkeit erregt, das Drucksverbot und die Abgabepflicht der Erzeuger und schon längere Zeit in Aussicht, so daß der Angeklagte, selbst wenn er die amtlichen Bekanntmachungen nicht gelesen haben sollte, sicherlich von den Dingen Kenntnis hatte und sich mindestens hätte erkundigen müssen. Durch den Verkauf des Haters aber die Erfüllung seiner Abgabepflicht vereitelt. Trotzdem das Landgericht feststellte, daß der Angeklagte vorläufig schuldig ist, hielt es — 500 M. Geldstrafe für eine ausreichende Sühne.

Der Angeklagte brachte noch die Altkunst auf. Revision einlegen. Er versuchte glaubhaft zu machen, daß keine Böswilligkeit vorliege. Der Angeklagte habe sich einfach nicht für verpflichtet gehalten, abzuliefern, eine Schädigung der Allgemeinheit aber ihm ferngelegen. Das Rechtmittel hatte keinen Erfolg. Nach der Reichsgerichtsordnung 1919 mache sich der Erzeuger rasch, der durch Verkauf an Dritte sich zur Abmilderung der angelegten Haftmenge unzählig mache. Die Annahme, daß eine Strafbarkeit nur dann vorliege, wenn nach erfolgter Umlegung im Verkauf an Dritte stattfinde, sei irrig, denn in diesem Falle würde der Umgehung des Gesetzes Tilt und Tor geöffnet gewesen sein, weil es dann die Erzeuger in der Hand gehabt hätten, vor Beendigung der Umleungsarbeiten ihren gesamten Hater zu erlaufen. Der Gelehrte habe sich aber gerade die erforderlichen Sicherungen sichern wollen.

Es bleibt also bei den lumpigen 500 M. Strafe! Für den unterlichen Geschworenen natürlich ein Pappentest! Sie werden ihm jedenfalls den Streich, den er den Behörden gespielt hat, nicht sein. Die unglaublich milde Beurteilung dieses sträflichen Tuns durch die Justiz ist jedenfalls nicht dazu angemessen, die Autorität vor den Gelehrten zu stärken.

Bon der Gemeindereform.

Der Rechtsausschuss hatte sich gestern mit dem Entwurf über die Gemeindewahlen zu beschäftigen. Die beiden sozialistischen traditionen hatten sich bereits im Plenum dafür ausgesprochen, daß die Wahlvorlage erst erledigt werden könne, wenn die Vorlage über die gesamte Gemeindereform vorliege. Diesen ganz selbstverständlichen Standpunkt nahm auch gestern der Verfassungsrat Altona im Plenum ein, während der Mitberichterstatter Junger und seine bürgerlichen Freunde dafür eintraten, daß die Wahlvorlage vorweggenommen werde. Die wahren Gründe für diese Haltung deutet Herr Blücher unbewußt durch die Bemerkung an, daß die Gemeindereform nicht so schnell zu erledigen sein werde und jedenfalls noch nicht im nächsten Jahr verabschiedet werden könnte. Minister Drösekt teilte mit, daß er die Vorlage über die Gemeindereform im Oktober voraussichtlich an den Landtag bringen könnte. Die Gründe, die er für die Vorwegnahme der Wahlvorlage vorbrachte, waren gegenüber den daraus entstehenden Nachteilen kaum beachtlich. Der Kommunist wußte sonderbarweise nicht, wie er sich stellen sollte, da sich seine Fraktion noch nicht entschieden habe, deswegen wolle er vorläufig für die Weiterberatung intreten. Auf Antrag unseres Vertreters wurde die Beratung abgebrochen, um nach nochmaliger Rücksprache mit den Fraktionen zunächst die Frage zu entscheiden, ob die Vorlage zurückgestellt und gemeinsam mit der Gemeindeverwaltungsreform verabschiedet werden solle.

Weimer in Haft.

Die von uns vor einigen Tagen gemeldete Flucht des Landtagsabgeordneten Weimer bestätigt sich nicht. Wie die Dresdner Volkszeitung mitteilt, befindet sich Weimer noch in Haft.

Politik in der Schule.

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird uns geschrieben:

Am 21. April veröffentlichte die Dresdner Volkszeitung und am 7. Mai die Unabhängige Volkszeitung je einen Artikel, in denen der Direktor Stecher von der 22. Volksschule in Dresden vorgeworfen wurde, daß er von Schülern in Schul-

räumen ein deutschnationales Flugblatt mit gehässigem Inhalt habe verbreiten lassen. Daraufhin wurde dem Bezirkschulamt vom Kultusministerium aufgegeben, sofort eine genaue Feststellung des Sachverhalts vorzunehmen. Damit wurde dann der Lehrerrat der 22. Volksschule beauftragt.

Die eingehende Untersuchung hat ergeben, daß Direktor Stecher mit der Sache nichts zu tun hat, in keiner Weise an dem Vorgang beteiligt war und keinerlei Kenntnis von ihm hatte. Sämtliche Mädchen seiner Klasse, Ia, wurden bestagt. Festgestellt ist aber, daß etwa 20 der fraglichen Flugblätter durch Mädchen der Klasse Ic im Schulhaus verteilt wurden, die von einem etwa 16- bis 17-jährigen Schüler Bräunig, wohnhaft Krautstraße 84, in die Schule eingeschmuggelt worden sind. Bräunig wird als „Führer des Deutschnationalen Jugendbundes“ bezeichnet. Ein Mädchen, das die Blätter mit verteilte, hat dabei beständig geküßt, die „Zeitung seien vom Direktor“. Diese Bezeichnung ist dann weitergetragen und kam zu dem fraglichen Artikel der beiden genannten Zeitungen geworden.

Großherz in Schloss Scharfenstein.

Chemnitz. In der Nacht zum Donnerstag brach auf noch ungeschlafte Weise im 2. Stockwerk des im Bischöflichen Palast befindlichen alten Schlosses Scharfenstein, das der Familie von Einsiedel gehört, Feuer aus. Es griff außerhalb um sich, und bis Donnerstag früh war der architektonisch und geschichtlich wertvolle Teil des Schlosses, der Ostflügel, bis auf den Grundstein ausgebrannt. Der Besitzer des Schlosses, Graf von Einsiedel, konnte mit seinen Kindern nur das nackte Leben retten. Die wertvolle Bibliothek ist gerettet. Die kostbaren Sammlungen sind zum Teil vernichtet. Das Schloß, eines der schönsten im Erzgebirge, auf stolzer Höhe, stammt aus dem 17. Jahrhundert. Das frühere Schloß wurde bereits 1812 erwähnt; es spielte eine Rolle in dem blütigen Kriege.

Nördlich. Die leichte Bezirksversammlung der Amtschaupmannschaft beschloß zur Deckung des erheblichen Heißbetriebs die Einführung einer Jagdpachtsteuer, einer Vergnügungssteuer (beide unter Ausdehnung auf die revidierten Städte), einer Zugtiers- und Reittiersteuer und einer Schanzenlaubnisteuer. Für Baukostenzuschüsse bewilligte man 3½ Mill. Mark, davon ½ für die revidierten Städte und ¾ für Lunzenau und das Land.

Plauen. Die hiesige Aufsichtsbehörde Waldhaas hat sich wegen Familienzwistigkeiten mit ihren zwei Kindern von neun Monaten und zwei Jahren durch Gasvergiftung getötet. — Kinoführer Ebert hier versuchte seine Ehefrau, dann sich durch Erschlachten zu töten. Beide wurden schwer verletzt, jedoch noch lebend aufgefunden.

Aus der Umgebung.

Bezirksoberband Grimma.

Am 1. Juni 1921 wird die Herstellung von Krankenbrot eingestellt. Da auch die Zwangswirtschaft für Milch- und Fleischezeuger an diesem Tage aufgehoben wird, werden Lebensmittelzuschüttungen in Zukunft durch den Bezirksoberband nicht mehr ausgegeben. Anträge auf Lebensmittelzuschüttungen wird daher nicht mehr stattgegeben werden.

ma Taucha. Auf der letzten Gemeinderatssitzung ist zu berichten, daß die Mieteter in den städtischen Häusern an der Marktstraße und in der Windmühlenstraße die Mietserhöhung ablehnen. Der Stadtrat will ihnen aber entgegenkommen und die Erhöhung erst am 1. Juli 1921 eintreten lassen. Beibehalten wird vorläufig noch ein Haus in der Lindnerstraße zu bauen. Mit der ausdrücklichen Stimme des Bürgermeisters wird der Regierung abgelehnt, obwohl der Herr Bürgermeister bei seinem Amtsantritt der Regierbarkeit nicht abgeneigt war. Bei dem letzten Bau in der Lindnerstraße hat es sich doch herausgestellt: Das Höchstgebot für Erd- und Maurerarbeiten betrug 140 000 M. und das Höchstgebot nur 82 000 M. Bei der neuen Ausführung für einen weiteren Bau in der Lindnerstraße konnte festgestellt werden, daß die Unternehmer mit ihren Anträgen um fast 50 Prozent der früheren Höchstgebote zurückgegangen sind. Viechtal Taucha von Mark könnten die Städte lohnen, wenn die Unternehmergewinne vollständig ausgestrahlt würden und man zur Regierbarkeit überginge. Die Bürgermeister ließen durch ihren Obmann erklären, daß sie geschlossen gegen jede Regierbarkeit sind. Ein Bürgermeister meinte, es sollte doch erst einmal der Beweis erbracht werden, daß die Regierbarkeit billiger und rentabler sei. Wie das gemacht werden soll, wenn die Regierbarkeit abgelehnt wird, wissen die Götter. Vergeben werden die Erd- und Maurerarbeiten an Bauunternehmer Kautscha zum Preise von 81 837 M. und die Zimmerarbeiten mit Holzlieferung zum Preise von 82 102 M. an Bauunternehmer Richter. Die Verlogung mit Kartoffeln soll nochmals von der Stadt übernommen werden. Einstimmig wird dem Antrag der Kriegsbeschädigtenvereinigungen und dem Ortskarteil des Beamtenbundes zwecks Einziehung der Stadt Taucha in Oelsgrube A

entgegengesetzt. Stadtobersteuerer Schach regt an, daß vom Verkehrsverein, dem die Stadt als Mitglied angehört, Vorstellungen bei der Eisenbahnbeförderung wegen der ungemein hohen Preise für Wochen- und Monatskarten erhoben werden sollen.

a. Auebauendorf. Gemeinderatssitzung. Am Reichsein kommensteuer sind der Gemeinde bis jetzt 74 200 M. angewiesen worden. Die Großfeste hat im Rechnungsjahr 1920/21 einen Betrag von 2207 M. zu verzeichnen. Die Tierärzte Dr. Seidemann-Borsdorf, Dr. Prell-Leipzig und Dr. Brunner-Liebertwolkwitz sind als wissenschaftliche Fleischbeschauer verpflichtet worden. Ein Besuch der Gemeinde Möllau um Ausbezung aus dem Meissigen Standesamtsbezirk wird bedingungsweise empfohlen. Ein Besuch um Wiedereinhebung der Umlaftsteuer durch die Gemeinde soll beim Landesfinanzamt eingereicht werden. Den auswärtigen wohnhaften Grundbesitzern soll der Zutritt zu den öffentlichen Gemeinderatssitzungen gestattet und die Geschäftsordnung entsprechend abgeändert werden. Der Auflösungsplan über das Flurstück 128 wird angenommen und die Verkaufsbedingungen bezüglich der Baupläne festgelegt. Die Erweiterung des elektrischen Ortsnetzes bis zu dem Siedlungsgelände soll beim Elektrizitätswerk beantragt werden. Die A-Stadt soll teilweise ausgebaut werden. Gegen einen Schuppenneubau und 7 Wohnhausneubauten sind keinerlei Bedenken zu erheben, wenn die üblichen Bedingungen erfüllt werden. Die bisherigen Vertragsmänner Lüscher-Hofmann-Wahren, Begeleitender Ärzter Lüscher-Liebertwolkwitz und Gewerbebeamter Dennhardt-Großschöder für den Ausschuh zur Wahl von Schöffen und Geschworenen sollen wieder vorgeschlagen werden.

j. Knauthain. Gemeinderat. Als Impfarzt ist Dr. Eppenstein behördlich zugelassen worden. Ein Antrag des Erwerbsrates um Geldbeihilfen für Erwerbslose soll weiter behandelt werden. Der eingegangene Wahlvorschlag für Berittauensmänner auf Schöffen- und Geschworenenausschukswahl wurde gutgeheissen. Für Kleidung dringender Steueramtsangehörigen wurde als zweiter Stellvertreter Gemeindebeamter Höfer gewählt. Zur Bildung ständiger Gemeindeabrechnungen wurde ein Ausschuss gewählt. Die Befestigung an der Errichtung von Kraftwagenlinien wurde abgelehnt. Dem schiedenden Gemeindevorstand Müller wird für seine großzügige organisatorische Tätigkeit, die er insbesondere in steuerlicher Beziehung gezeigt hat, Anerkennung ausgesprochen. Der neu gewählte Gemeindevorstand Ulrich nimmt in den allernächsten Tagen seinen Wohnsitz im Gebäude der hiesigen Kinderbewahranstalt.

Knauthain. Gemeinderatssitzung. Der Gutsbesitzer Heinze erklärt sich nun einverstanden, daß laut Vertrag von 1879 die Gemeinde berechtigt ist, den Acker unentgeltlich aus seiner Sandgrube zu entnehmen. Als neuer Sportherrmeister wurde Herr Gutsherr Konrad Heinze in Pflicht genommen. Dem Besuch des Bösdorfer Gemeinderates betreffs der Änderung der Satzungen für die Freibank wurde beigetreten. Der Antrag unserer Genossen, die Gemeinderatssitzungen öffentlich abzuhalten, wurde gegen drei Stimmen abgelehnt. Anschließend an die Gemeinderatssitzung wurde eine Einwohnerversammlung abgehalten, in welcher über den diesjährigen Flurzschuß verhandelt werden sollte. Nach ziemlich lebhafter Debatte wurde derselbe für unseren Ort mit großer Majorität abgelehnt. Trotzdem jeder zu der Versammlung eingeladen war, waren die Grundstücksbesitzer nur sehr schwach vertreten. Mit Recht wurde von mehreren Rednern gerügt, daß gerade diejenigen, welche die laustesten Schreier in der Gemeinde sind, durch ihre Abwesenheit glänzen.

Lindenhal. Ortsverein. Sonnabend, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant Erholung (Böhme), Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Gemeinderatsberichte. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Vorstand.

Briefkasten.

M. N. Naunhof. Wenden Sie sich an das Versicherungsamt zu Leipzig. 1 M. Postkasse.

L. Sie können es zur Zwangsersteigerung kommen lassen, 2 M. Postkasse.

M. S. 100. Reichsnatopfer, Einkommenssteuer und Kapitalertragsteuer. Die letztere Steuer beträgt 10 Prozent der Einnahmen. Die Höhe des Reichsnatopfers kann nur nach genauer Darlegung der Vermögens- und Familienverhältnisse gegeben werden, 2 M. Postkasse.

M. N. Nach unserer Ansicht ist hier Schadenerfah zu leisten. Stellen Sie Ihren Anspruch.

L. M. 107. Wegen der ersten drei Fragen wenden Sie sich an das Gewerbeamt der Stadt Leipzig IV. Sie sind weder Lohnnoch Gehaltsempfänger und daher unterliegt Ihr Einkommen nicht den Bestimmungen über den Steuerabzug. V. Es muß Umsatzsteuer bezahlt werden und zwar 1½ Prozent. 3 M. Postkasse.

H. 100. 1. Solange Ihr Mann lebt, erhalten Sie keine Pension, da Ihr Mann Sie unterhalten muss. 2. Die Kinder erben ¼ des Nachlasses des Vaters.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass uns unser Geschäftsprinzip

Verkauf aus nur erster Hand, ohne jeden Zwischenhandel

in kurzer Zeit einen grossen dauernden Kundenkreis geschaffen hat.

Unzählige Anerkennungen seitens unserer Kundschaft bestätigen uns immer wieder, dass unsere billigen Angebote für jeden Käufer bedeutende Geldersparnisse vorsehen.

Foulardine (Baumwolle) bedruckt in vielen entzückenden Mustern	12 ⁵⁰	per Meter
Crepions schwarz-weiss kariert, 90 cm breit	16 ⁵⁰	per Meter
Voll-Voile bestickt in verschiedenen Farben, doppelt breit	22 ⁵⁰	per Meter an
Rockstoffe moderne Streifen, 130 cm breit	22 ⁵⁰	per Meter an
Frotté glatt, gestreift, kariert	29 ⁵⁰	per Meter an
Gabardine sandfarbig und viele andere Farben	55 ⁰⁰	per Meter an
Mantelstoffe 140 cm breit, in vielen Dessins und Farben, für die Reisezeit	58 ⁰⁰	per Meter an
Herrenanzugstoffe hellgrau Musterungen, für den Sommer, Homespuns, letzte Neuheiten, in vielen Dessins und Preislagen		

Wir gewähren bis auf weiteres 5% Rabatt



LEIPZIGER
TEXTILGESELLSCHAFT
M.B.H.
TUCHGROSSHANDLUNG

LEIPZIG

Hunger

Roman von Knut Hamsun.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von
27] Maria von Borch.

Er blätterte auf und legte mein Manuskript langsam zusammen, während er sah und nachdachte. Um ihm die abschlägige Antwort zu erleichtern, strecte ich die Hand aus und sage:

"Ach nein, es ist natürlich unbrauchbar!" Und ich lächelte, um ihn glauben zu machen, daß ich es leicht nehme.

"Wir können nur ganz populäre Sachen brauchen," sagte er, "Sie wissen, welcher Art unser Publikum ist. Können Sie es nicht etwas einfacher machen? Oder etwas andres bringen, was die Leute besser verstehen?"

Seine rücksichtsvolle Art und Weise sah mich in Erstaunen. Ich verstehe, daß mein Artikel klassiert ist, und doch hätte keine abschlägige Antwort liebenswürdiger sein können. Um ihn nicht noch länger aufzuhalten, sage ich:

"Gewiß, das kann ich."

Ich gehe nach der Tür. Hm. Es möge entschuldigen, daß ich ihn mit dieser Sache belästigt ... Ich verbeuge mich und lasse nach der Klinke ...

"Wenn Sie etwas brauchen, können Sie ja einen kleinen Vorschlag bekommen," sagt er. "Sie können ihn abarbeiten."

Zieht, wo er geschenkt, daß ich zum Schreiben nichts brauche, demütigst dein Anerbieten mich ein wenig, und ich entgegne daher:

"Nein, danke, ich kann mich noch eine Zeitslang behelfen. Überbrigens besten Dank! Ich empfehle mich!"

"Empfehle mich!" antwortete der "Kommandeur" und drehte sich wieder nach seinem Schreibtisch um.

Er hatte mich trotzdem unverdient wohlwollend behandelt, und ich war ihm dankbar dafür; stets würde ich das anerkennen. Ich nahm mir vor, nicht eher wieder zu ihm zu gehen, als bis ich ihm eine Arbeit bringen konnte, mit der ich ganz zufrieden war, die den "Kommandeur" in Erstaunen setzen und veranlassen würde, mir ohne Bedenken zehn Kronen anzubieten. Damit ging ich nach Hause und begann meine Schreiberei von neuem.

An den folgenden Abenden, wenn es ungefähr 8 Uhr war und das Gas angezündet wurde, passierte mir regelmäßig folgendes:

Sobald ich aus dem Torweg trete, um nach des Tages Milde und Beschwerden einen Spaziergang durch die Straßen zu machen, steht neben dem Laternenpfahl gleich an der Türe eine schwarze gekleidete Dame, die mir das Gesicht zuwendet und mit mir mit den Bildern folgt, wenn ich an ihr vorübergehe. Ich bemerke, daß sie stets denselben Anzug trägt, denselben dichten Schleier, der ihre Züge verbirgt und auf ihre Brust herabfällt; in der Hand hält sie einen kleinen Regenschirm mit Esseneinheit.

Ich hatte sie schon drei Abende bemerkt, immer auf derselben Stelle; sobald ich an ihr vorüber bin, wendet sie sich langsam um und geht die Straße hinunter, fort von mir.

Mein nervöses Herz strecte die Fühlhörner aus, und sofort bemächtigte sich meiner die widerstrebende Ahnung, daß ihr Besuch mir gelte. Zuletzt war ich beinahe im Begriff, sie anzutreten, zu fragen, ob sie jemand suche, ob sie meiner Hilfe bedürfe, ob ich sie nach Hause begleiten, ich trockenes Leid sehr schlechten Auges in den dunklen Straßen beschützen dürfe; aber ich hegte die unbekümmerte Furcht, daß es etwas kosten könnte, ein Glas Wein oder eine Wagensfahrt, und ich hatte absolut kein Geld mehr; meine trostlos leeren Taschen wirkten allzu niedrdrückend auf mich, und ich hatte nicht einmal den Mut, sie ein wenig scharf anzusehen, wenn ich an ihr vorüber kam. Der Hunger häuste schon wieder bei mir, seit gestern abend hatte ich nichts zu essen; das war allerdings noch nicht lange, ich hatte es oft mehrere Tage aushalten müssen; jetzt aber begann ich bedenklich abzunehmen, ich konnte nicht mehr so gut hunger wie früher, ein einziger Tag machte mich jetzt oft totmüde, und sobald ich einen Schluck Wasser trank, litt ich an Übelkeit. Dazu kam noch, daß mich des Nachts fand, daß ich mich mit allen Kleidern, wie ich ging und stand, ins Bett legte, daß ich allabendlich unter Schlittschuh schlafen ging und während der Nacht fast erstarrte. Die alte Decke vermochte den Zugwind nicht abzuhalten, und morgens erwachte ich davon, daß mir die Haare durch die scharfe Eisluft, die von außen hereinströmte, fast zugefroren waren.

Ich gehe durch die Straßen und denke darüber nach, wie ich es anstellen soll, um mich über Wasser zu halten, bis mein nächster Artikel fertig ist. Wenn ich nur eine Kerze hätte, würde ich versuchen, auch in der Nacht loszulegen; das würde mich um ein paar Stunden weiterbringen, wenn ich erst richtig im Zug war, und morgen konnte ich mich wieder an den "Kommandeur" wenden.

Ohne weiteres gehe ich ins Café und suche nach meinem jungen Bekannten aus der Bank, um mit zehn Ore für eine Kerze zu verschaffen. Man ließ mich ungehindert durch alle Zimmer gehen; ich kam an einem Dutzend Tischen vorüber, wo plaudernde Gäste aßen und tranken; ich drang sogar bis in das Innere des Cafés, bis ins "Rote Zimmer", ohne meinen Mann zu finden. Niedergedrückt und ärgerlich ging ich wieder auf die Straße und klagte die Richtung nach dem Schloß ein.

Beim lebendigen Satan, es war doch aber auch zu arg, daß meine Widerwärtigkeiten kein Ende nehmen wollten! Mit langen rasenden Schritten, den Rocktagen im Rachen brutal emporgeschlagen, die Fausten in den Hosentaschen geballt, so ging ich und schimpfte den ganzen Weg entlang über meinen unglaublichen Stern. Seit neben, daß Monaten keine einzige wirklich sorglose Stunde, kaum eine kurze Woche hindurch die nördlischste Speise — dann pochte die Not von neuem an und legte mich lähm. In all meinem Elend war ich obendrein noch ehrlich gewesen, ha, ha, gründlich! Gott bewahre mich, wie töricht ich gewesen! Und ich begann mir vorzuerzählen, wie ich ein böses Gewissen gehabt, weil ich Hans Paulis Weltdecke einmal zum Pfandleiter getragen. Ich lachte höhnisch über meine empfindsame Rechtschaffenheit, spudte verächtlich auf alle Gasse und faßte keine Worte, die stark genug gewesen, um mich meiner Dummkopfheit wegen zu verpotzen. Das hätte nur jetzt passieren sollen! Wenn ich in diesem Augenblick den Sparspfennig eines Schulkindes auf der Gasse gefunden hätte, den letzten Pfennig einer Witwe — ich würde ihn ruhig aufnehmen, in die Tasche stecken, in aller Gemütsruhe schlafen, und die Nacht darauf wie ein Sack schlafen. Ich hatte doch nicht umsonst so viel gelitten, meine Geduld war zu Ende, ich war zu allem bereit.

Ich ging drei, viermal ums Schloß, entschied mich dann fürs nach Hause gehen, machte noch einen Abstecher in den Park und ging darauf über die Karl-Johann-Straße nach Hause.

(Fortsetzung folgt.)

Lassalles Nachlaß.

In den Schriften und in Artikeln Franz Mehrings findet sich mehrfach der schmerzhafte Hinweis, daß der literarische Nachlaß Lassalles dem Historiker der deutschen Sozialdemokratie verschlossen war, daß diese für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 64 Mr.

so wichtigen Papiere ihr wahrscheinlich für immer verlorengegangen seien. Sie waren nach mancherlei Schicksalen — der letzte Wille Lassalles war von seinen Verwandten angefochten und missachtet worden, Teile seiner Briefschaften wurden entfernt und vernichtet — der rechtmäßigen Erbin übergeben worden, der Gräfin Sophie Hatzfeldt, die im Leben Lassalles die bekannte und bedeutende Rolle gespielt hat. Auch von Bucher sind, den Lassalle zu einem Testamentsvollstrecker und Verwalter des wissenschaftlichen Teiles seines Nachlasses bestimmt hatte — er vertraute Bucher noch, obwohl sich dieser seit dem Offenen Antwortschreiben immer mehr von ihm zurückgezogen und seinen Übertritt ins bismarckische Lager vorbereitette — einzelne Stücke angeblich aus liturgischen Gründen — es handelt sich um Liebesbriefe, die Frauen und Mädchen an Lassalle gerichtet hatten — vernichtet, andere von wissenschaftlichem Charakter zurückgehalten und vergettet worden. Immerhin kam schließlich der größere Teil des Nachlasses in die Hände der Gräfin, die ihrem toten Freunde, mit dessen Andenken sie einen fast abgötterischen Kultus trieb, auf Grund dieses Materials ein würdiges biographisches Denkmal setzen lassen wollte. Es ist ihr ebenso wenig gelungen, wie sie die Fortentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung über die Lassalleanische Sekte aufzuhalten konnte. Der Lassalleanische Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der das politische Vermächtnis Lassalles, wie Sophie Hatzfeldt, das Vergängliche für das Wesentliche nehmend, es verstand, gegen Schweizer und vor allem gegen Liebknecht und Bebel wahren sollte, verschwand, ohne eine bleibende Spur in der deutschen Arbeiterbewegung zu hinterlassen. Und die Biographie Lassalles, die Sophie Hatzfeldt schrieb, wollte, blieb ungezeichnet, weil keiner der Männer, denen sie das Werk anvertrauen wollte, nach ihren Geschäftspunkten schreiben konnte. So hat es diese Frau, die bis zuletzt ihrem großen Toten treu blieb, nicht einmal dazu bringen können, seine hinterlassenen Papiere der Öffentlichkeit zu übergeben. Als sie 1881 starb, fielen sie ihrem Erben, dem Grafen Hatzfeldt, zu, der als Kaiserlicher Diplomat — er wurde zu Anfang der achtziger Jahre Staatssekretär des Neuzuges und 1885 Botschafter in London — seine Neigung hatte, der historischen Wissenschaft und der deutschen Sozialdemokratie durch die Auslieferung der Papiere ihres großen Vorgängers einen Dienst zu erweisen und zugleich ein Kapitel aus seiner Familiengeschichte wieder aufzutrollen, von dem er wahrheitlich wünschte, daß es die Welt vergessen möchte. Auf diesen Handel werfen die Papiere einiges neues Licht. Aus den Briefen, die sich auf ihn beziehen, geht mehr als aus allem anderen hervor, mit welcher leidenschaftlichen Glut Lassalle diese Sache zu derjenigen gemacht hat — ein hochinteressanter Sagebrief an Heinrich Heine, der ihm in dieser Angelegenheit Dienst und Mithilfe verweigert hatte, und die rücksichtslos drängenden Schreiben an seinen Vater, der die Kriegslasse des Sohnes für diesen, von ihm mit großer Bedenlichkeit und Bedürftigkeiten betrachteten Feldzug immer wieder füllen muß und der sich den stürmischen Forderungen des Sohnes, so gern er möchte, doch nicht entziehen kann, zeigen, wie Lassalle dieser Sache alles bedenkenlos opferte, wie er hier gehandelt hat nach dem taktischen Grundsatz, den er auch für die Politik als einen der wichtigsten aufgestellt hat, jeweils alle Kraft auf einen Punkt zu konzentrieren.

Mitten in diesen Hatzfeldthändeln bricht der Band ab mit einem Brief, den Lassalle in einer der Krisen der Affäre schreibt, als es nämlich seinen Gegnern gelungen war, ihn unter der Verdächtigung der Anstiftung zum Kasattendiebstahl ins Untersuchungsgefängnis zu bringen. Dieser Brief sei hier angeschlossen, weil er ein besonderes charakteristisches Zeugnis der Persönlichkeit des Mannes ist — es spricht aus ihm ein Selbstbewußtsein, eine Willenskraft, und ein edler Stolz, von dem wir mächtig gesprochen werden. Wir fühlen, daß Ferdinand Lassalle schreibt durfte, was bei geringeren Naturen als unfeldische Überhebung und Impietät erscheinen würde. Der Brief lautet:

Sommer 1848.

Lieber Vater!

Wundre Dich nicht darüber, daß der Ton dieses Briefes sehr gereizt und heftig sein könnte. Ich bin hier im Gefängnis sehr reizbar geworden, was ganz natürlich ist, so daß ich über Deine Zeilen, die ich sonst bloß ignorieren würde, mich leicht recht lästig ärgere. Ich sehe, Du beabsichtigst es mit mir zu machen, wie die Verwandten Mendelssohns es mit ihm gemacht haben, d. h. mich durch den unglaublichen Wahnsinn Eurer weisen Ratschläge hingezogen. Aber es liegt mir viel zu viel an meiner Freiheit und an dem glücklichen Ausgang dieser Prozedur, als daß ich mich Euren Ratschlägen zu Gefallen verurteilen lassen sollte. Frage Mendelssohn, ob dieser sogenannte gute Rat, den er akzeptiert zu haben jetzt bitter bereut, nicht einzahlt und allein die Quelle seiner Verurteilung war. Man hat es mit mir — nicht Du allein — auch schon so veracht. Ich werde daher stets wütend, wenn man mit mit diesem "guten Rat" kommt. O Eure Weisheit! — Es ist ja auch ganz natürlich, daß all dieser Rat ein Unsinn ist. Denn ein Rat, wenn er ein guter sein soll, muß aus der Individuumslität des einzelnen vorliegenden Falles hergezogen sein, nicht aber ein allgemeiner Erfahrungssatz. Das sind nur Gemeinplätze, die man umlehren kann wie einen Handbuch. Den individuellen Fall kennt aber außer mir und Schneider (Lassalles Advokat in Köln. D. Red.) niemand genau genug, um einen wirklich guten Rat geben zu können.

Soviel über Euren Rat im allgemeinen. Nun aber zu dem wirklich empörenden Sache Deines Briefes:

In einem Falle sollst Du es Dir in den Sinn kommen lassen, den Belastungszeugen Bestechung vorzuwerfen usw., sondern dies den Widerlautern überlassen."

Ich mußte mit den Augen zischen, als ich diesen unerhörten Wahnsinn gelesen.

Wer war der Tollhäusler, der diesen illuminierten Rat gegeben? Wie denn? Ich soll nicht vorwerfen? Drei bis vier Stunden werde ich bloß über diesen Punkt sprechen und einen Meineid nach dem andern mit der Goldenz eines Mathematikers nachweisen.

Ich wollte Dir manches andre noch schreiben, aber für heute ist es mir nicht möglich. Meine Aufregung ist zu groß. Habe ich denn nicht genug mit meinen Gegnern zu tun, wollen auch noch meine Freunde mich durch den Ballast ihrer Dummheiten niederrücken? Macht einen denn das Gefängnis nicht mürbe genug, willst Ihr mich durchaus auch noch mit Eurem trostlosen Unverständnis mürbe machen? Wollt Ihr mir das leiste blödschen Kraft, das ich wie durch ein Wunder noch in den Gliedern behalten habe, noch herausmarkieren mit Eurer Weisheit, Euren Gemeinplätzen und Eurem Rat, mit Eurem Kleinmütig und dem aufreisenden Ärger über Eure Dummheiten? Es ist sehr schwer, hier den Verstand zu erhalten, aber wahrhaftig, wenn die Sache noch Monate dauerte, ich würde ihn über Eure Ratschläge verloren haben.

Du erinnerst mich an die Opfer, die Du mir gebracht und verlangst dafür, daß ich mich auf drei Tage Eurer Meinung akkommodiere. Aber in drei Teufels Namen, soll ich mich denn Dir zuließ verurteilen lassen? Ist es Dir nicht lieber, wenn ich freifomme? Weißt Du, wer Mendelssohns Schicksal auf der Seele hat? Sein Bruder mit seinem Rat.

Geh, geh, handelt und wandelt, verkaufst Pfefferküchen und dreist Däten, werdet Stadträte und was Ihr wollt, das versteht Ihr vorzüglich, aber wollt nicht mit armen Menschen, der ohnehin fast unterlegt unter der Zahl seiner Feinde und nur mühsam sich durchschlägt, wollt nicht mit den Sieg unmöglich machen, indem Ihr mit Eurer Liebe und Eurem Verstand mit die Hände habt die ich doch frei brauche, um das Schwert zu schwingen und meines Feinden zu entgehen! Gott schütze mich vor meinen Freunden.

Ich will nicht so frech sein! So frech! Herr und Heiland! Wie ich frech! Wie ich sonst bin. Ich bin nicht frech. Ich verabscheue die Frechheit, denn sie ist gemein. Aber den edlen Stolz liebt ich. Diesen soll ich ablegen? Soll Kleinmütig auf der Banisterie, soll nicht mit dem Blüte des Selbstbewußtseins auftreten? Mein Untergang wäre dann gewiß.

Ich bitte Dich, wenn Du mir eine einzige Liebe erweisen willst gib mir keinen Rat mehr. Es macht mich müde, mürend, kraftlos willst ja doch meine Freisprechung. Warum rässt Du mir alle zu Dingen, die das Gegenteil notwendig herbeiführen müssen? Hande draußen, wirke auf die Türe, das ist Dein Aufgabe; nicht mir raten.

Es ist selbstverständlich, daß dieses Buch in die Bibliothek der Arbeiterchaft gehört. Um so mehr, als der Preis die Entwicklung für den einzelnen sehr erschwert. Ich will wünschen, daß es viele denkende Leser finden möge.

R. B.

* Briefe an und von Lassalle bis 1848. Herausgegeben von Gustav Mayer. Verlag der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin (Julius Springer, Berlin). Gehäftet 50 Mr., gebunden

Reichstag.

Berlin, 2. Juni.

Die Sitzung wird 1 Uhr 20 durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Nach Mitteilung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und nachdem die Regierung hat erklären lassen, daß sie die Interpellation wegen Oberschlesiens, sowie die Interpellation Gallwigs wegen Erfahrt der Ergänzungsprüfung für eine Reihe von Beamten in Höhe beantworten werde, wird in die Beratung des Antrags vom Ausschluß für Volkswirtschaft, betreffend

Erwerbslosenfürsorge

eingetreten. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß beantragt: Erwerbslosen, die mehr als 26 Wochen erwerbslos sind, seienondere Beihilfen zu gewähren, sie bei Roststandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge besonders zu berücksichtigen und die in solchen Fällen gesuchten Zuflüsse höher zu bemessen als bei kurzfristig Erwerbslosen, im übrigen die Erwerbslosenunterstützung auch über 26 Wochen hinaus auszudehnen, wenn es nach Lage des Arbeitsmarktes zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich ist.

Berichterstatter Brandes (USP) verzichtet aufs Wort. Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen. — Es folgt

Besprechung der Regierungserklärung.

Damit verbunden werden die Anträge auf Erlass einer Umsetzung, Aufhebung des Belagerungszustands und Aufhebung der außerordentlichen Gerichte.

Abg. Wels (SPD): Die Annahme des Ultimatums hat die Spannung, die über der Welt liegt, ein klein wenig gelöst. Wir haben jetzt fest, wann auch steinigen Boden unter den Füßen. Wäre das Ultimatum nicht angenommen worden, ständen jetzt Truppen der Entente im gesamten Ruhrgebiet und Kortant wäre der unumstrittene Herrscher Oberschlesiens. Die Regierung hat schwere Pflichten übernommen. Sie muß sie erfüllen. Eine Regierung, die sich der Verpflichtung entziehen wollte, wäre ohne weiteres erledigt. Die Bestrafung der Kriegsverbrecher scheint jetzt in Gang kommen zu wollen. Die Durchführung der Entwaffnung ist für die Regierung zwingendes Gebot. Wenn sie jetzt nicht energisch auch gegen Bayern eingreift, mühle durch Eingreifen der Entente der Bürgerkrieg ausbrechen. Aber immer noch wird weiter geworben. Die ehemaligen Konservativen, die hinter diesem Treiben stehen, sind zu einem auf höchste Unruhenden Element in Deutschland geworden. Zu einer allgemeinen Amnestie, wie sie von der Regierung verlangt wird, muß ein Reichsgebot ergehen, wie es die Verfassung vorschreibt. Sollt ein solches Gebot in einer Mehrheit zur Zeit im Reichstag nicht zu bewältigen. Wir treten aber für eine Nachprüfung aller der Urteile ein, die gegen politisch Freigeführte gefällt worden sind. Auf wirtschaftlichem Gebiet liegt unter Achtung allein in höchster Sparfahrt und auf höchster Industrieller Leistungsfähigkeit. Volkswirtschaftliche Voraussetzungen sind erforderlich, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Lasten, die die deutsche Volkswirtschaft zu tragen haben wird, müssen von den Trägern der Produktion und außerdem vom Handel getragen werden. Jeder Unternehmer wird aus seinen Geschäftsbüchern leicht wissen können, daß die Preise seiner Waren gegenüber der Kriegszeit weit mehr gestiegen sind als die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten. Das französische Bürgerkönigreich wird zur Not schon begreifen, daß es Deutschland seine Werkstätten lassen muß, wenn es zahlen soll. Heute allerdings haben das noch nicht alle Kreise in Frankreich begriffen. Das Wirtschaftsabkommen mit Rußland begrüßen wir und erwarten eine lokale Ausführung.

Abg. Becker (Zent.): Aus der Körperchaftsteuer kann bedeutend mehr herausgeholt werden als es bis jetzt geschehen ist. Sohn aus der Bösensteuer. Auch die Kohlensteuer muß ausgebaut werden, um die Kohle an den Weltmarktpreis heranzubringen, weil ja jetzt die an die Entente zu liefernde Kohle definitiv nach dem Inlandspreis bezahlt wird. Wir sind bereit zu prüfen, wieweit an Stelle neuer Steuern Monopole treten können. Wenn es möglich wäre, die Brüllanten der "neuen Reichen", die erworben wurden in einer Zeit der größten Not fast den gesamten deutschen Posten, verschwinden zu lassen, wäre das zu begrüßen. Soweit aber durch neue Steuerpläne Grund und Boden getroffen werden soll, liegt die Sache doch anders. Es soll allerdings nicht nur der Massentontum, sondern auch der produktive Posten besteuert werden. Mit Genugtuung haben wir Kenntnis genommen von der guten Zuversicht des Reichskanzlers hinsichtlich der Entwaffnung. Die Entwaffnung darf nicht zum Bürgerkrieg führen. Eine allgemeine Amnestie, wie sie hier gefordert worden ist, ist nicht möglich aus dem Grunde, die mein Vorredner hier dargelegt hat. Mit einigen Bemerkungen über Oberschlesien schließt der Redner.

Abg. Edler von Braun (Dnat.): Der Reichskanzler hat sich nicht klar und bündig genug über sein Programm ausgesprochen. Warum hat die Regierung nicht auf der sofortigen Auflösung der Sanktionen bestanden? Warum ist sie in Oberschlesien nicht energischer gewesen? Über die internationalen Beziehungen hat sie sich mit keinem Wort geäußert. Seitdem das Ultimatum unterzeichnet, hat sich auss ne gezeigt, daß auf England zu rechnen besteht. Das Ultimatum geht weit über das frühere Friedensstatut hinaus, das selbst von Müller-Franken als unannehmbar und unmöglich bezeichnet und das von dem jehigen Wiederaufbau minister Rathenau in schärfster Weise bekämpft wurde. Der Reichskanzler wird sich auch noch über seine finanziellen Pläne eingehend zu äußern haben. Unsre Handelsbilanz war stets positiv. Sie steht aktiv zu gestalten, ist nur durch Stellungnahme der Volkswirtschaft möglich. Wenn man diese aber schon im ersten Jahre erlässt, um die Kosten aufzu bringen, geht es schnell zu Ende. Wie glauben nicht an die Möglichkeit der Erfüllung des Ultimatums. Wenn Abg. Wels angedeutet hat, daß das internationale Großkapital an der Erhebung der Ausfuhrzölle ein starkes Interesse habe, so kann man von einer solchen Abmachung nicht weit genug abrücken. Was die Steuerpläne betrifft, so warne ich, die Metzesteuer wie die Grundsteuer nicht zu überspannen. Ein Blick in den Etat läßt befürchten, daß alle diese Steuern wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirken, zumal die Wiedergesetzgebung durch die überstürzte Neuordnung in eine heilige Verwirrung geraten ist. Die Ernährungswirtschaft versagt vollständig. Die landwirtschaftliche Produktion muß gefördert werden. Das ist eine Lebensfrage für Deutschland. Die funktlose Anwendung des Achtundachtzigsten muß ebenfalls bestätigt werden. (Vorb. Proteste auf der Binken.) Jede Neubelastung der Landwirtschaft muß zum Zusammenbruch führen. Für Oberschlesien hat die Regierung nichts als Worte gefunden. Mit der freiwilligen Entwaffnung der Einwohnerwehren ist jeder Grund gesunken, die Wehren aufzulösen. Sie verstehen nicht mehr gegen den Friedensvertrag. Die bairische Regierung hält an diesem Grundsatze fest. Wenn die Reichsregierung ihre gegen die Landwirtschaft gerichteten Pläne durchzuführen gedenkt, mag sie sich auf unser Kampfgesetz machen.

Wiederaufbauminister Dr. Rathenau:

Sie werden heute weder einen Bericht noch ein Programm von mir erwarten. Erst muß ich mich einleben in den neuen Aufgabenkreis, ich bin jetzt entschlossen, von diesem Aufgabengebiet alles fernzuhalten, was auch nur von weitem an Schlechtheit und Reparationsgewinne erinnert. Ich bin nach wie vor fest überzeugt, daß unser Wirtschaftsleben im Laufe eines Menschenalters erheblich umgestaltet sein wird nicht nur bei uns, sondern auch in allen Ländern der Erde. Aber ich würde es für verwegen halten,

eine allgemeine Reform des Wirtschaftslebens mit meinen Aufgaben zu verquicken. Der deutsche Körper ist viel zu stark, als daß es möglich wäre, ihn in neue Lebensformen zu bringen. Man erzögert nicht im Feuer und in der Flucht wechselt man nicht die Pferde. (Zuruf Ledebour: Das ist ein Pferdewechsel auf der Flucht, wenn neue Männer in die Stellen kommen!) Aber es handelt sich doch nicht, um Personenwechsel, sondern um die Frage, den kranken Wirtschaftskörper von unten heraus umzugestalten. Große wirtschaftliche Reformen dürfen erst dann eingeführt werden und versprechen erst dann Erfolg, wenn das Bewußtsein des Volkes sich auf diese Reform im voraus eingestellt hat. Es ist endlich an der Zeit, diejenigen Wege zu finden, die uns mit der Welt näher zusammenbringen. Ich weiß, daß diese Politik von unserem Reichskanzler verfolgt wird. Ich wäre nicht in einer anderen Koalition eingetreten, von der ich nicht die Überzeugung hätte, daß sie mit allen Kräften entschlossen ist, den Weg der Verständigung zu gehen. Man hat mir gesagt: Seien Sie vorsichtig den Franzosen ist es mit dem Wiederaufbau nicht ernst. Ich habe mich davon überzeugt, daß es ihnen damit ernst ist. Die Franzosen müssen den Wiederaufbau wollen, weil es ein Überaus schwer vom Krieg getroffenes Land ist. Es ist wahr, daß 3,3 Millionen Hektar Landes verloren, gegen 70 000 Häuser schwer beschädigt, 300 000 vollkommen zerstört sind. Die Schulden in diesem Lande sind ungemein angewachsen. Es ist Tatsache, daß dieses Land eine Passivität der Handelsbilanz von 13 Milliarden Franken hat. Ein Land, das sich in dieser Lage befindet, muß den Wiederaufbau wollen, und zwar in Gemeinschaft mit uns. Das aber Frankreich schon heute sehr beachtenswerte Anstrengungen gemacht hat, ergeben die Zahlen. Es ist dem französischen Wiederaufbauamt unterstellt, von den Eisenbahnen und Brücken 60 Prozent wiederherzustellen, von der Landwirtschaft 50 Prozent, von den Fabriken 30–40 Prozent, von den Bergwerken 6 Prozent, von den Häusern allerdings nur 2,5 Prozent. Das ich die schwersten Bedenken wegen der Unterzeichnung des Ultimatums gehabt habe, ist dem Reichskanzler und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts bekannt. Ich habe diese Bedenken nicht gehabt wegen der Zahlen, von denen der Abg. von Braun sprach, sondern wegen des Index. Gleichzeitig halte ich nach wie vor für das Falschste und Unglückslichste, das gegeben werden könnte. Ich bin seit überzeugt, daß schon heute auf der Gegenseite die gleiche Erkenntnis sich Dahn bricht. Und wenn man gewartet hat, die Dinge dann aber geschahen sind, darf man sich dann zurückziehen und schmollen und sabotieren? Sie führen ja auch hier (zur Rechten), nachdem der Schein unterschrieben ist. (Zuruf: Es bleibt uns leider nichts anderes übrig! – Große Heiterkeit!) Ich bin seit verschlossen, denn Lande zu dienen, vor Versailles wie nach Versailles, und nach wie vor dem Ultimatum. Die Not hätte ich auch gern vermieden, die kommen wird, wenn wir ehrlich erfüllen wollen. Es handelt sich lediglich darum, wie ich man ein Volk in die Not geraten lassen kann. Wenn ein Papier die Unterschrift meines Hauses, meines Namens oder gar die von Volk und Reich trägt, verleiht die diese Unterschrift als meine Ehre und die Ehre meines Hauses. Die Unterschrift liegt nicht in der Zahl der 2 Milliarden, sondern in der Härte des Index, und diese Härte kann gemildert werden. Ich halte es nicht, für richtig, daß man sich auf den Standpunkt stellt, wie wollen mal sehen, wie weit wir kommen. Wenn man etwas sehr Schwieriges vor sich hat, dann muß man sagen: Ich will unter allen Umständen. Ich bin überzeugt, so schwer die Leistungen sein werden, die von unserem Wiederaufbau erwartet werden, an unserm Wiederaufbau leisten wird sich das Vertrauen messen, das wir in der Welt wiedergewinnen. Man soll sich auch vergegenwärtigen, die Welt besteht nicht zu 100 Prozent aus Chauvinisten. Es ist ein Irrum, zu glauben, daß die Welt lediglich aus 1500 Millionen Freunden besteht. Ich bin überzeugt, daß Millionen von Augen sich nach Deutschland richten in diesem Augenblick und fragen: was wird Deutschland machen? Wede Deutschland tatsächlich ein Leben der Erfüllung seiner Schuld führen oder nicht? (Zuruf: Es soll seine Würde wahren!) Die Würde des Schuldners ist zu zählen. (Zuruf rechts: Slaverei! Gegenrechts: Durch eure Schuld! – Große Unruhe im ganzen Hause. – Vizepräsident Rieger: Ich bitte den Redner fortzuhören und nicht auf jeden Zwischenruf einzugehen. – Stillische Heiterkeit.) Ich habe auf gar keinen Zwischenruf geantwortet. (Erneut schallende Heiterkeit. – Ledebour: Das wäre Ihr gutes Recht gewesen. – Vizepräsident: Auf jeden Zwischenruf zu antworten, ist nicht die Pflicht des Redners. – Erneute Heiterkeit.) Ich halte es für nötig, meine Aufgabe zu erfüllen. Sie ist nicht nur eine nationale, sondern eine Weltaufgabe. Die Wunde am Körper Europas kann sich nicht schlagen durch das Schwert, das sie geschlagen. Friede wird nicht eher in die Welt kommen, ehe sich die Wunde nicht geschlossen hat. Es handelt sich schlechthin um eine von uns zu erfüllende Aufgabe. Sie enthält nichts Trennendes für unsre Parteien, unsre Berufe und unsre Stände. Zu dieser Aufgabe seien alle aufgerufen. Wir brauchen die Mitarbeit der Arbeiter, der Industriellen, der Landwirte und nicht zuletzt die des alten deutschen Handwerks.

Reichsstaat Dr. Wirth: Der Abgeordnete von Braun hat mit einer schweren Pflichtverleihung vorgeworfen, weil ich die Einwendungen der bairischen Regierung gegen die Auflösung der Einwohnerwehren bei den Alliierten nicht unterstützt hätte. Es war meine Aufgabe, unter Wahrung der Süddeutschen Eigenart (Zuruf links: Schöne Eigenart!), durch Aussprache die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren zu einer freiwilligen Tat zu machen. Und ich bin allen dankbar, die diesen Gedanken fördert haben. Dieser Gedanke hat Fortschritte gemacht. (Zuruf: Aber nicht die Auflösung!) Die englische Regierung hat der bairischen Regierung wissen lassen, daß sie zur Vermeidung des automatischen Eintritts von Sanktionen unzweckmäßig erklärt müsse, daß sie alle Wehren auflösen werde. Der italienische und französische Vertreter in München sind angewiesen, sich diesem Schritt anzuschließen. Sie sehen also, daß wir nur das getan haben, was zur loyalen Erfüllung des Ultimatums gehörte. (Zuruf: Das ist Logik!) Logik ist, wenn man das Ja gegeben hat, man der Inhalt des Ultimatums erfüllt. Ich lasse mich durch kein Wort dazu hinreisen, die Loyalität unserer Erfüllung in irgend einem Punkte abzuschwächeln. (Große Unruhe rechts.) Der Abg. Wels hat sich mit der ausschließenden Zeile des Tagessat-Tages beschäftigt. Schon die Presseleistungen aus diesem Anlaß waren ungemein heiter. Der Polizeipräsident von Berlin hat mit soeben mitteln lassen, daß sofort nach Bekanntwerden der Neuordnung gegen die Redner ein Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet ist. Wir werden das Ergebnis abzuwarten haben. Die Zeitungsmeldungen über große Militärtransporte nach Oberschlesien sind falsch. Es handelt sich um den Abtransport der in Berlin anwesenden bairischen Reichswehr-Wachkompanie, die zurücktransport wurde. Wir haben uns Pflicht getan. Der Abgeordnete von Braun hat gesagt, wir wollen nichts zu tun haben mit Machenschaften des internationalen jüdischen Kapitals. Deshalb lese ich in der jetzigen Zusammenfassung des Kabinetts eine schwere Gefahr. Es war ein billiges Vergnügen, mit Mangel an Gedanken vorzuwerfen, ein noch billiger Vergnügen ist es, den Gedanken eines vulgären Antisemitismus gegen Männer zu richten, deren Pflichterfüllung sie dahin geführt hat, wo sie heute stehen.

Der Redner der USP.

Abg. Henke (USP): Die Rede des Reichskanzlers hat uns gestern höchst enttäuscht. Er hat sehr viele schöne Worte gebraucht von Freiheit, Gerechtigkeit, Versöhnlichkeit, Verständigung, von sozialem friedlichem Werk und vergleichenden Dingen mehr. Wir müssen sagen, daß solche Worte in einer Zeit, wo der Klassenkampf sich außerordentlich verschärft und an Umsatz zugenommen hat, solche Worte geradezu verblüffend wirken müssen. Eine Re-

gierung, die von Freiheit und Gerechtigkeit, von Verständigung, sozialer friedlicher Verständigung und Versöhnung redet, hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, in erster Linie dafür zu sorgen, daß dieser schreckliche Justiz, die Tausende und Abertausende von Arbeitern in Zuchthäuser und Gefängnisse wirft, ein Ende bereitet wird. Obwohl eine Anzahl Anträge vorliegen, die die Beseitigung der Sondergerichte fordern, und trotzdem Ledebour gestern noch ausdrücklich darauf hingewiesen hat, hat sich der Reichskanzler mit seinem Worte darüber gedämpft. Eine Regierung, die so an dieser brennenden Frage vorübergeht, die darf sich nicht wundern, wenn sie bei uns keine Unterstützung findet. In einem Moment, wo 1300 Jahre Zuchthaus, Hunderte von Jahren Gefängnis über Tausende von Arbeitern verhängt wurden, handelt eine Regierung leichtfertig, wenn sie über diese Verhängungen einfach hinweggleitet. Wir fordern die Auflösung der Sondergerichte und die Einbringung eines Gesetzentwurfs, der die weitestgehende Amnestie sicherstellt. Wir wissen sehr genau, daß die Stütze der konservativen Kräfte nicht nur in den Kreisen der Offiziere und Studenten, sondern in erster Linie auch in den Kreisen der rechtsprechenden Juristen zu finden sind. Während des Krieges haben Tausende und Abertausende von Proletariern die Politik der herrschenden Klasse gefühlt und wie leben heute, daß es nicht anders geworden ist. Bald wird wieder der Ruf erschallen, daß die Gefängnisse und Zuchthäuser nicht hinreichend sind, alle proletarischen Verurteilten aufzunehmen. Ein Amnestiegel ist daher unerlässlich, damit die Beseitigung vieler, vieler wirklich Schuldloser herbeigeführt wird. Es muß auch gefragt werden, ob die Regierung sich gar nicht vergegenwärtigt, daß die schuldlosen Angeklagten schwer unter der Verurteilung des Ernährers leiden. Wer sorgt für sie? Einstweilen ist es die Arbeiterschaft; sie leistet eine gewaltige Steuer, um ihre Klassengenossen vor dem Elend zu bewahren. Und da kommt nun die Ankündigung von der Erhöhung der indirekten Steuern.

Die Regierung darf sich nicht wundern, wenn sie unter den Arbeitern kein Vertrauen findet. Es ist selbstverständlich, daß auch wir, als die Wortsöhne der Arbeiter,

dieser Regierung kein Vertrauen

entgegenbringen können. Wir können nicht danach auf die bairische Demokratie, am wenigsten mit einem Kabinett von der Art, wie wir es vor uns haben. In dieser demokratischen Regierung führen jene Herren, von denen die Arbeiterschaft weiß, daß sie keinerlei Fortschritte von ihnen zu erwarten hat, daß sie nur durch den Druck ihrer politischen Macht etwas wird erreichen können. Es hat mich überrascht, daß der Reichskanzler jenen Süddeutschen Herrschäften, die bereit sein würden, unter gewissen Umständen die Waffen abzugeben, den Dank der Regierung ausgesprochen hat. Es sind das dieselben Leute, die den bairischen Regierungsgau missbrauchen, dieselben Leute, die die Auflösung der bairischen Einwohnerwehren seit Monaten sabotiert haben. Die kommunistischen Zeitungen sind sämtlich verboten, selbst Mitgliederversammlungen dürfen nicht abgehalten werden. Das Nachtreiben, das nach der Revolution von Ultimativ ausgehaut worden ist, steht in Bayern wieder in Blüte. Die Süddeutschen Eigenart ist der Reichskanzler mit Dank begegnet. Die Kreise, denen er den Dank darbrachte, sind dieselben Personen, die weiter von der Demokratie, noch von der Republik etwas wissen wollen. Was die Leistungen der Sklaven-Helden anbetrifft, so wollen auch wir, daß eine Untersuchung stattfindet gegen die Redner auf dieser Tagung. Wir werden abwarten, aber Vertrauen haben wir nicht zu der Erfüllung dieses Versprechens.

In Bayern wird man die Reichsregierung wieder verspotten, wie man sie bisher verspottet hat. Die bairischen Einwohnerwehren sind noch nicht aufgelöst, obwohl schon seit Wochen und Monaten der bairischen Regierung bekannt war, daß sie sie aufzulösen muß. Am 25. Mai hat der Reichskanzler den Vorsitzungen einen Rundschreiben zugesandt, ob sie aufzulösen wollen. Am 27. Mai fuhr noch ein Auto mit Reichswehr- und Einwohnerwehren mit der Auflösung durch die bairischen Landesverbände, die Waffen nicht abzugeben. Diese laue Handhabung auf einer Seite, und auf der andern Seite das den Regierungsmahnahmen hinfürsprechende Verhalten der Einwohnerwehren sagt genug. Die Waffen werden in Klöstern und Schlössern verstaut, aber eines guten Tages werden sie wieder vorgeholt werden zu konterrevolutionären Zwecken. Wenn die Einwohnerwehren aufgelöst werden, so hat daran nicht die Regierung das größte Verdienst, die durch ihren Dank an jene Kreise und Personen, die sich der Auflösung stets widersehnen, etwas zu erreichen glaubten. Das eigentliche Verdienst fällt der organisierten Arbeiterschaft zu. 250 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter haben durch ihre Gewerkschaftsräte die Auflösungen gefordert. Diese 250 000 Arbeiter haben der Auflösung mehr Nachdruck gegeben als der Dank der Regierung. In Oberschlesien hat man eine nationale Heide sondergleichen inzitiert, auch von deutscher Seite. Der muß von der Regierung entschieden entgegengetreten werden. Aber nicht einmal die Werbungen haben aufgehört, und von einem Verbot für die Werbungen der Freiwilligenformationen von amtlicher Stelle ist nichts bekanntgegeben. Und woher kommt das Geld, das den Angeworbenen ausgeteilt wird? Darüber muß die Regierung Auskunft geben. Wenn die bairischen Freiwilligen aus Oberschlesien zurückkehren, muß den Leuten die Waffe abgenommen werden. Die Reichsregierung übernimmt eine schwere Verantwortung für das, was folgt, wenn sie hier die wichtigsten Nachkrieger unterläßt. Wir wissen natürlich, daß ebensoviel wie die Kreuzritter zum Besuch des Heiligen Grabes auszogen, die Einwohnerwehr-Varden und Orgel-Deutsche zur Verteidigung des Vaterlandes nach Oberschlesien gezogen sind.

Ein Preisauflauf wäre sehr wohl möglich gewesen. Er wird aber von allen Seiten sabotiert. Von den Detailgeschäften sowohl wie von den großen Importeuren. Eine Dividende in polnisch, wie wir sie in den Geschäftsberichten sich widerspiegeln sehen, hat eingesetzt. Während die Arbeiter immer weniger in der Lage sind, sich neue Kleidungsstücke, Schuhe usw. angeschafft zu können, werden auf jener Seite Kleidungsstücke aufgekauft. Das Elend der Arbeiter muss so immer mehr zunehmen. Soziale Katastrophen stehen uns bevor. Die Löhne sind im Lande weit niedriger als die der Arbeiter im Auslande, wo die Löhne gegen die Bockteppzeit sich um das Acht- bis Zehnfache gesteigert haben. Die Arbeiter müssen dahin streben, sie zu erhöhen. Höchstwahrscheinlich wird das in Verhältnissen von Warenpreisen und Löhnen und Gehältern bestehen, daß man die Gehälter und Löhne zu drücken versucht. Man hat dann Propaganda betrieben, keine Waren vom Heindland zu kaufen. (Zuruf Ledebour: Wenn die andern dasselbe machen, werden wir keine Waren los!) Im Jahre 1920 wurden für 4,8 Millionen Luxusgegenstände nach Deutschland eingeführt, darunter für über 2 Millionen alkoholische Getränke. Und wer genießt sie? Wer trägt die leidenden Kleider, Spillen, wer konsumiert die Luxusgegenstände? Das sind die Schieber. Das sind die Judenfeinde mit den Hakenkreuzen. Der Reichskanzler hat auch nicht von den Liebesgaben an die Arbeiter gesprochen, die ihnen fortgesetzt angekündigt werden. Wir wollen von diesem Liebesgabenystem nichts wissen. Wenn der Reichskanzler davon sprach, säumige, sabotierende Steuerhinterzieher in Zukunft zu fassen, so entgegen wir, man sollte das Betriebsrätegesetz ausbauen und die Betriebsräte damit betrauen. Sie werden sehr gründlich dafür sorgen, daß Steuerhinterziehungen in Zukunft unmöglich sind. Kein Wort haben wir vom Reichskanzler gehört über die Sozialisierung. Dagegen mussten wir vom Abg. Braun hören, wie er allen Feinden des Achtundachtzigsten aus dem Herzen sprach. Es gibt in der Landwirtschaft gar keinen Achtundachtzigsten, 2900 Stunden müssen die Landarbeiter im Jahre leisten, das sind 10–11 Stunden pro Arbeitstag. (Hört, hört!) Und mit einem Herren von Braun ist über die Verkürzung der

Weltzeit in der Handelskraft verhandelt worden. Trotzdem hat er die Störung, von einer „sinnlosen Anwendung“ des Nichtzulässtags zu sprechen. Abg. von Braun hat auch von einem Sumpf der Revolution gesprochen. Gewiss, es besteht ein Sumpf. Aber Kapitalistische, wie der Prinz Etzel Friedrich, wie Herr von Kerthoff, der im Reichstage sitzt, und viele andre sind in der Nähe des Herrn Braun zu finden. Das sind die Sumpfsplatten. Der Abg. Wels sprach davon, die Sozialdemokratie habe das Opfer des Bruderkampfes auf sich genommen im Interesse des Volkes. Das sind Redensarten, die Grundfahrlässtigkeit der Politik der Rechtssozialisten zu verschleiern. Sie können nicht zu einer Einigung, sondern nur zur Täuschung des Proletariats führen. Wenn die heutige Regierung neue Steuern schaffen will, erinnern wir sie an das Beispiel der vorigen Regierung, das sie aus Anlaß der Londoner Konferenz gab. Sie hat der Entente-regierung klarzumachen versucht, daß in der letzten Zeit in Deutschland ungeheure Erhöhungen der direkten Steuern erfolgten. Das ist richtig. Es ist der Regierung sehr schwer geworden, endlich zum Aufbau der direkten Steuern zu kommen. Aber die direkten Steuern sind zum Schaden der Arbeiter ausgefallen. Die Einkommensteuer wird vom Lohn abgezogen. Die erste bedeutsame Einnahme an Einkommensteuer ist durch diesen Abzug erfolgt. Zwei Drittel aller Einkommensteuerpflichtigen sind Lohn- und Gehaltsempfänger. Diese zwei Drittel der Steuerpflichtigen zahlen 6% Milliarden Mark, während das andere Drittel nur 5% Milliarden Mark ausbrachte. An diesem Beispiel hat die Regierung sich bemüht darzutun, daß die Belastung an Steuern so hoch geworden ist, daß eine weitere Belastung nicht mehr vorgenommen und sie höher sei, wie in England und Frankreich. Außerordentlich interessant war das Eingeständnis, dessen man sich erinnern muß, daß auf den Kopf der Steuerpflichtigen ein Einkommen von 22½ Goldmark kommt. Wenn man das vergleicht mit der Einkommensteuer von früher, so ist ersichtlich, daß trotz aller „Lohn erhöhungen“ und „Gehalts erhöhungen“ das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger ungeheuer zurückgegangen ist.

(Ein kleiner Teil der Rede des Genossen Hense mußte wegen Abzug der Post zurückgestellt werden.)

Schluss der Sitzung 6½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag: Fortsetzung der Debatte und Interpellationen.

Sächsischer Landtag.

55. Sitzung. — 2. Juni 1921.

Als einziger Tagesordnungspunkt steht die Vorlage über den Entwurf eines Gewerbesteuergesetzes zur Beratung.

Finanzminister Heldt: Auch bei Erlass des Gewerbesteuergesetzes befindet sich der Staat, genau wie bei der Grundsteuer, durch die schlechte Finanzlage des Staates und der Gemeinden in einer Zwangslage. Die ungünstige Situation wird noch verschärft durch die finanziellen Pläne der Reichsfinanzverwaltung zur Deckung der Reparationskosten. Wenn noch der Rest der Ertragsteuern auf das Reich übergehen soll, dann ist es undenkbar, wie für diesen Fall die Länder und Gemeinden ihr Budget überhaupt noch aufstellen sollen.

Der Minister gibt dann einen kurzen historischen Überblick über die Entwicklung der Gewerbesteuer in Sachsen und geht dann zur Begründung des vorliegenden Entwurfs über. Dieser Entwurf lehnt sich unmittelbar an die Reichsgewerbeordnung an, geht aber in einem gewissen Grade über diese hinaus. Er stellt den Grundzähler auf, daß eine auf ständigen Erwerb gerichtete Tätigkeit die Steuerpflicht im Sinne des neuen Gewerbesteuergesetzes bedingt. Für einen besonderen Beruf, etwa die freien Berufe, Bildungen einzutreten zu lassen, geht nicht an, denn eins ist mit dem andern innig verwoben. Der Entwurf bringt insoweit mit alten Gefangenheiten, als Reich, Staat und Gemeinden sich in ihren gewerblichen Betrieben gegenseitig nicht mehr besteuern sollen. Zum Schluss ersucht er, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Abg. Dr. Eschardt (Dn.): Angesichts der Finanzlage des Reichs könne man um eine Gewerbesteuer kaum mehr herumkommen. Es sei zu begrüßen, daß sie einheitlich geregelt und nicht der Willkür der einzelnen Gemeinden überlassen sei. Die Einrichtung der freien Berufe in die Gewerbesteuer hält er für eine große Härte. Fabrikmäßige Betriebe seien gegenüber dem freien Handwerk im Vorteil.

Abg. Betsch (Soz.): Seine Partei stehe der Vorlage mit gemischten Gefühlen gegenüber. Einzelheiten will er dem Ausschuß überlassen.

Abg. Hohlein (Z.): Spricht sich ebenfalls gegen die Härte der Besteuerung der Künstler und Schriftsteller aus. Es sei ungerecht, die Selbstarbeit, der es sowieso nicht zum besten ginge, in dieser Weise ohne Grenze zu besteuern.

Abg. Reinhold (Dem.): Seine Fraktion stehe der Vorlage durchaus unentzündlich gegenüber. Ablehnungen müßten sie die Vorlage, wenn die Konsumvereine usw. nicht auch besteuert würden. Der Arbeitsverband des kleinen Handwerkers usw. müsse steuerfrei bleiben. Außerdem seien die Sätze vielfach viel zu hoch. In bezug auf die Einrichtung der freien Berufe, insbesondere der Schriftsteller und Journalisten, schließe er sich den Ausführungen des Abg. Hohlein an.

Abg. Schmidt-Blauen (D. R. P.): Wendet sich auch gegen die Freilassung der Konsumvereine von der Steuer. Die Vorlage sei der leichte Mühlstein, den die Regierung heranschleppt, um den wirtschaftlichen Mittelstand vollends zu zerrennen.

Abg. Viebmann (U. Soz.): Sowohl die Gewerbe- wie die Grundsteuer bedeuten eine schwere Belastung des sächsischen Volkes. Allerdings müßte er dem Finanzminister recht geben, daß die Steuer nur die Rückwirkung der Steuerpolitik des Reichs sei. Durch die Einbringung immer neuer Steuergesetze könne man allerdings die Verhältnisse nicht sanieren. Dazu müßten die hohen Gewinne, die großen Vermögen herangezogen und die Sozialisierung in die Wege geführt werden. Er wisse aber auch, daß man diese Forderungen von Sachsen aus nicht durchführen könne und seine Fraktion stelle diese Anträge deshalb an das Reich. Da mag aber nur einmal in einer Zwangslage verfehlt sei, müßte man sich mit der Steuer auch beschäftigen. Auch ihm erscheine die Besteuerung der freien Berufe als ungerecht. Diese müßten dann ihre meistens recht geringen Einkommen dreimal besteuern; durch die Einkommen-, die Umsatz- und nun auch die Gewerbesteuer. Mit der Freilassung der Gemeindeverbände und Wirtschaftsgenossenschaften sei seine Fraktion durchaus einverstanden. — Vor allen Dingen aber müsse eine Grenze nach unten gezogen werden. Ein kleiner Gewerbetreibender z. B., dessen Einkommen noch unter dem eines Arbeiters sei, müsse von der Steuer befreit werden.

Abg. Grauz (Komm.): Die Gewerbesteuer müsse auf die Kreise übertragen werden, die finanziell besserstehen. Die Konsumvereine müßten, wie es auch in Mecklenburg-Schwerin und Bayern sei, von der Steuer befreit werden.

Finanzminister Heldt: Wenn das Haus die Vorlage ablehnen würde, würde das Reich damit kommen und dann würde dies wohl eine Steuer geben, gegen die die jetzige eine Kleinigkeit sei.

Darauf wird die Vorlage dem Rechtsausschuß überreicht.

Nächste Sitzung: Freitag, 3. Juni 1921, vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Bezug der Gemeindebeamten, Regelung der Grundsteuer.

23. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Gießen.

Den Bericht des Kontrollausschusses erstattet Linke-Dorffeld. Er konstatiert, daß in der Berichtszeit nur wenig Beschwerden

vorlagen. Die Ausschlüsse wegen der kommunistischen Zellenbildung hat der Ausschuß bestätigt.

Damit sind die geschäftlichen Berichte erledigt. Hierauf wird vom Bureau zu den einzelnen Anträgen die Unterstützungsfrage gestellt. Dabei stellt sich heraus, daß sich für die Behandlung rein kommunistischer Anträge, wie Unterstützung der Forderungen des „offenen Briefes“ airta 25 Delegierte aussprechen. Da insgesamt 223 Delegierte anwesend sind, befinden sie sich also in einer verschwindenden Minderheit. Der Bericht der Mandataprüfungskommission ergab die Anwesenheit von 223 Delegierten und Vorstandsmitgliedern, 4 Auslandsvertretern, ferner einer Anzahl Vertreter der Selbstverwaltungskörper und der Bezirkslohnshindicate. Es sind eine Anzahl Begrüßungstelegramme eingelaufen, darunter eine Einladung zur Beschildung des roten Gewerkschaftskongresses in Moskau.

Als erster Diskussionsredner erhält Kamerad Dresch, als Vertreter der Opposition eine Stunde Redezeit. Er entschuldigt zunächst seine mindere Redegewandtheit gegenüber den geistigen Rednern damit, daß er mit der Hand arbeitet, nicht mit dem Mund. Zurückgehend auf die politischen Ereignisse in den Novemberberatungen wirkt er den Führern vor, daß sie der Bourgeoisie die Macht wieder freiwillig in den Schoß gelegt haben. Seit der Zeit hat der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft weitere Fortschritte gemacht. Im Bergbau wurde mit Hilfe des Überstundenabkommens eine Überproduktion an Kohlen erzeugt. Diese Kohlemengen überfließen den Weltmarkt und erschweren damit den Kampf der englischen Bergarbeiter. Trotz dieser Überproduktion geht die kapitalistische Wirtschaft weiter zurück und die Betriebsstilllegungen nehmen kein Ende. Die Arbeitsgemeinschaften wurden gerade in dem Augenblick gegründet, als die Arbeiterschaft die Macht in den Händen hatte. Die Unternehmer hatten Angst vor dem mächtigen Sozialisierungswillen der Arbeiter, durch Gründung von Arbeitsgemeinschaften kommen ihnen die Gewerkschaftsführer zur Hilfe. Aus diesen Gründen muß mit der bisherigen Gewerkschaftspolitik gebrochen werden. Er wählt Abschluß an Moskau. Zunächst soll eine Kommission nach Moskau entsandt werden. Wenn diese Kommission partizipatisch zusammengekehrt ist, werden sich die Kommunisten ihrer Entscheidung folgen. Seine weiteren Ausführungen, die in recht unbeholfenen Redewendungen vorgetragen werden, bewegen sich im Sinne der Moskauer Anweisungen. Die Rechtssozialisten treiben im Metallarbeiterverband auch Zellenbildung. Sie geben sogar eine eigene Zeitung heraus. Die Kommunisten befinden sich also in guter Gesellschaft.

Tischendorf-Wutschdorf kritisiert das Vorgehen des Vorstandes in der Frage des Siedlungswesens. Er hätte die Gründung von Siedlungsgenossenschaften betreiben müssen. Er befürchtet, daß sich die Unternehmer die staatlichen Bergwerkswohnungen als billige Werkwohnungen aneignen. Pieper-Dortmund: Das Recht des Zusammensindens zur Besprechung unter oppositionellen Auffassung lassen wir uns nicht nehmen. Es müssen aber auftretende Einflüsse ausgeschlossen sein, wie das bei den Kommunisten geschieht. Der Ausschluß der Kommunisten war statutenwidrig. Ausschlüsse können auf Grund des Statutes nur auf Antrag mit zwei Dritteln Mehrheit in einer Zahlstelle gefasst werden. Kommt der Ausschlußantrag von außerhalb einer Zahlstelle, so ist er trotzdem der Zahlstelle zur Genehmigung vorzulegen. Auch ist die Einleitung von Einigungsvorfahren vorzusehen. Der Vorstand hat dieses alles nicht getan. Krämer-Saarbrücken: Die heutige Opposition ist nicht der früheren Opposition nicht vergleichbar. Wir haben uns nicht von berufsspezifischen Leuten beeinflussen lassen und auch nie der Organisation gehascht. Bode-Bielefeld verteidigt das Vorgehen des Vorstandes beim Abschluß von Tarifen im Kalkbergbau. Elchner-Waldenburg: Der Kampf in Niederschlesien ist von großer Bedeutung für den ganzen Verband. Er ist das erste Vorgehen der Unternehmer zur Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne. Pieper-Schöneberg: Die Opposition hat alle Ursache zu ihrem Vorgehen. Der Vorstand hat sich nicht immer vom proletarischen Standpunkt leiten lassen. Das Vorgehen desgleichen gegen die Kommunisten ist nicht geignet, ihnen Abbruch zu tun, so notwendig dies ist. Seien wir tolerant nicht nur gegen Christliche, sondern auch gegen Kommunisten, und schließen wir sie nur dort aus, wo sie die Organisation politisch schädigen. Weilmeyer-Hausham: An den Tarifverträgen, muß festgehalten und ein Reichstarif abgeschlossen werden. Vor allem muß ein einheitlicher Tarifablauf erstrebt werden, da Einheitspässe wenig aussichtsreich sind. Er verteidigt den Vorstand gegen seine Kritiker.

In der weiteren Diskussion kommen Diskussionsredner aller Richtungen zum Wort. Die Kommunisten sind nicht nur numerisch, sondern auch rednerisch sehr schwach vertreten. Die Opposition wird geführt von unsern Genossen, doch wird ihr Vorgehen durch die Kommunisten sehr beeinträchtigt. Allgemein verurteilt wird das Referat über die Betriebsräte, das als eine Schimpfanade bezeichnet wird. Im Braunkohlen- und Kalkbergbau wird über große Arbeitslosigkeit gesagt. Allgemeine Kritik erhält ferner das ungenügende Vorgehen des Vorstandes in der Frage des Siedlungswesens. Am Nachmittag findet keine Sitzung statt.

1. Verbandsstag des Zentralverbandes der Angestellten.

Weimar, den 1. Juni.

4. Tag.

k. Die Diskussion über die Vorstandserichte wurde am Dienstag in um mehrere Stunden verlängerte Sitzung zu Ende geführt.

In den oft leidenschaftlich auswallenden Debatten spielt besonders das kommunistische Problem, soweit es das Verbandswesen betrifft, eine Rolle. Die scharf oppositionelle Note hierbei, aber auch in manchen anderen Fragen, wurde vor allem von Delegierten Leipzigs, einem Teil der Berliner, einem Hanauer, einem halleschen und dann noch einem Magdeburger Delegierten angeschlagen. Sie wandten ein, die „Zellenbildung“ von links sei zu verurteilen, aber ebenso seien die Überparteilichkeiten von rechts. Wer zielfälsch gegen die Bestrebungen der Organisation handele, müsse entlarvt werden, aber ohne Rücksicht darauf, welches Parteimitgliedsbuch er in der Tasche habe. Hierzu aber bietet schon das Statut allein die Handhabe. Der Beitragsbeschluß dagegen sei gefährlich. Er bedeute eine Rechtslosmachung Andersdenker. Es sei überhaupt zu prüfen, wie der nur aus Rechtssozialisten zusammengesetzte Beirat zuständig sei. Auf jeden Fall würde die Billigung seines Beschlusses zu neuem Kampf und Verwirrung und Zerrüttung in den Ortsgruppen führen.

Dem wurde von der anderen Seite entgegengehalten, Idealismus brauche man einem großen Teil der Kommunisten nicht abzusprechen; aber die Duldung könne nicht so weit gehen, daß man ihnen gestatte, in ihrer jugendlichen Erfahrungsturntowndrengerei Organisationen zugrunde zu richten. Manchen kommunistischen Kollegen wird der Verband schmerlich vermissen, aber trotzdem gäbe es keinen anderen Weg, als sie genau den Beitragsbeschlüssen zu behandeln. Gebe man den Kommunisten das Recht der „Zellenbildung“, müsse man den andern das Recht der Bildung von „Abwehrzellen“ einräumen. Auch das führe zu unhaltbaren Zuständen.

In pannentlicher Abstimmung wurde der heftig umstrittene Beitragsbeschluß mit 68 gegen 59 Stimmen angenommen.

Damit war ein Mittelsantrag Blatau-Cohn-Jacobowitz-Berlin und 28 weiterer Genossen, sich auf den Boden des minder weitgehenden Bechlusses des AfA-Bundes zu stellen, gefallen.

Weiter wurde von Diskussionsrednern bemängelt: Langsamkeit in der Vornehmung der notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der Kasse, in der Anstellung von Beamten und Verbandsrevieren, wie überhaupt in der Ausführung von Verbandsbe-

schlüssen, das Kompromissen bei den Kaufmannsgerichten um. Es wurde gewünscht, daß die Presse den Mitgliedern nicht mehr nur auf Bestellung, sondern allgemein vom Verband Gegeben werde. Stärkung der Hauptklasse und Erhebung höherer Ortszulagen zu selbstständiger Erfüllung der Ortsaufgaben wurde empfohlen. Zu der strittigen Frauenfrage äußerten sich die meisten dazu Rednern dahin, daß ihr einheitlich im Gesamtverband gedenkt werden möge. Bezißlich der Verschmelzung mit dem Verband der Angestellten des Buchhandels wurde ein Antrag der Leipziger Delegierten, unter ihrer Mitteilung die Verschmelzungsbedingungen noch einmal durchüberprüfen, abgelehnt und Verschmelzungsbefreiungen gegen 6 Stimmen gutgeheissen.

Nach Schlusssworten der Vorstandsberichterstatter erfolgte die beantragte Entlastung für Bleib als Leiter der Personalkasse und Wucher als Hauptklassierer. Eine Reihe interner, zum Teil auf die Presse bezüglicher Anträge (die Zustellung der Presse bestreitend) wurden angenommen bzw. dem Vorstand überreicht. Bei Beginn der Mittwoch-Sitzung beantragt Voepple-Ludwigshafen die Ungültigkeitserklärung der Mandate der kommunistischen Delegierten und bezeichnet dies als Konsequenz der gestrigen Zustimmung zum Beitragsbeschluß. Eine Reihe Redner sprechen für und gegen den Antrag.

Der Verbandsstag beschloß, die Beratung des Antrags Voepple zunächst auszusetzen und trat in die Beratung des Punktes „Organisation der AfA“ ein.

Urban, als Referent, und Leipart, als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, empfehlen in ein gehender Begründung die Zustimmung zu dem vom ADGB und AfA-Bund vereinbarten gedruckt vorliegenden Organisationsvertrag. Nachdem Lange (Redakteur), Hausherr (Vorstand), Söh (AfA-Bund), Kübler-Köln und Blatau-Berlin beifallsbereit, Allem-Dresden und Ehrental-Hamburg dagegen für das alte Verbleiben beim ADGB gesprochen, wird Beitragsbeschluß gemacht und in namenloser Abstimmung mit 73 gegen 62 Stimmen die Vorlage angenommen.

Ohne Debatte und in namenloser Abstimmung wird darauf einstimmig ein starken Beifall auslösender Beschluß gefasst, der die gestrige Zustimmung zum Beitragsbeschluß in folgender Fassung abändert:

Die verschiedenartige Auffassung über die Auslegung der Beitragsbeschlüsse zur 3. Internationale hat eine Anzahl Delegierte veranlaßt, bei der gestrigen Abstimmung über die Bestätigung der Beitragsbeschlüsse mit nein zu stimmen. Die Abstimmung hat ein falsches Bild der grundsätzlichen Auffassungen des Verbandsstages zur Gewerkschafts-Internationale ergeben. Um die in der grundsätzlichen Stellungnahme zur Moskauer Gewerkschafts-Internationale bestehende Einmütigkeit der großen Mehrheit des Verbandsstages zum Ausdruck zu bringen, beschließt der Verbandsstag, den gestern besätigten Beitragsbeschlüssen folgende Fassung zu geben:

„Mitglieder, die einen Beamten- oder Funktionärposten bekleiden sollen, müssen sich ausdrücklich verpflichten, in unserem Verband nur nach unseren Satzungen, den Beschlüssen des Beitrags- und Verbandsstages, den Richtlinien des ADGB und des AfA-Bundes, insbesondere nach dem AfA-Beitrag vom 29. 9. 1920, zu arbeiten. Sie müssen den Internationalen Gewerkschaftsbund zu Amsterdam als internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften anerkennen, die in jeder Weise fördern und die gewerkschaftlichen Leistungen der Moskauer Gewerkschafts-Internationale, ebenso wie alle anderen, die freigewerkschaftliche Bewegung schädigenden Bestrebungen bekämpfen.“

Gauversammlung des Touristenvereins Die Naturfreunde Sachsen.

Am 21. und 22. Mai fand im Kaisergarten in Meißen die diesjährige Gauversammlung des Arbeiter-Touristenvereins Die Naturfreunde statt. Mit der Gauversammlung hatte man eine Wanderausstellung verbunden, die von dem Aufstieg und der Entwicklung der Arbeiter-Wanderbewegung ein glänzendes Zeugnis ablegte.

Genosse Frank erstattete den Jahres- und Geschäftsbericht für 1920, aus dem zu entnehmen ist, daß trotz allen wirtschaftlichen Nöten eine starke Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen ist. Von den 30 Ortsgruppen des Gau Sachsen wurden 472 Tageswanderungen mit 5991, 362 Halbtagswanderungen mit 1918, 67 Mehrtagswanderungen mit 980, 90 Wanderungen mit Vorabenden mit 1805, 75 Jugendwanderungen mit 896 und 40 Kinderwanderungen mit 878 Teilnehmern veranstaltet. Außerdem fanden 5 Skitouren mit 55 und 80 Klettertouren mit 400 Teilnehmern statt. Bei sämtlichen von der Statistik erfaßten Wander- und Klettertouren war nur ein einziger Unfall zu verzeichnen. Ferner wurden den Mitgliedern 32 naturkundliche Führungen, 55 Museumsbesuche, 40 Exkursionen, 68 Bildervorführungen, 130 Vorträge, 140 Vorlesungen, 243 musikalische, Gesangs- oder Unterhaltungsabende, 21 Kartenfestsätze, 4 Skit und 8 Samariterkurse geboten. Das Naturfreundehaus am Zirkelstein erreichte im Jahre 1920 eine Besucherzahl von 5880. Zwei Ortsgruppen bestehen gemietete Unterkünfte. Sechs Ortsgruppen verfügen über eigene Lichthilfekörper und 22 Ortsgruppen über Führer- und Kartenammlungen. 24 Ortsgruppen geben gedruckte und 6 Ortsgruppen geschriebene Wanderprogramme heraus. Innerhalb der 30 berichtenden Ortsgruppen bestehen vier Naturkunde-, 9 Winter- und 7 Kletter-, 22 Musik-, 19 Führer-, 5 Photosessionen und 24 Jugendabteilungen.

Mit dem Verband der freien bergsportlichen Vereinigung wurden Verschmelzungsbefreiungen geführt, die aber von dem Verband abgebrochen wurden.

In der auf den Geschäftsbericht folgenden Aussprache drückten alle Redner ihre Befriedigung über die geleistete Arbeit aus. Nach ausführlicher Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 21. und 22. Mai in Meißen tagende, von 55 Delegierten aus allen Teilen Sachsen beschlossene Gauversammlung des TGDV fordert die Mitglieder aller Naturfreunde-Ortsgruppen auf zu taftigem Kampf gegen die eingerissenen Wander- und Klettertouren, zum Kampf besonders gegen die Personen, die durch ihr Verhalten das Ansehen der anständigen Wanderer und Kletterer schädigen. Die Naturfreunde erwarten von den Gemeinde- und Forstbehörden rücksichtloses Einschreiten gegen alle Schädiger und Verstöter von Wegemarkierungen, Wegesägen, Wegeanlagen, Schuhhütten, Auskoststätten und Naturdenkmälern. An die Gemeindebehörden richtet die Gauversammlung TGDV das dringende Eruchen, die ländliche Jugend periodisch über den notwendigen Schutz der touristischen Einrichtungen und der heimischen Pflanzenwelt aufzulässen und zu belehren, besonders aber dem Verkauf von Blumensträußen an Ausländer und Gelegenheitstouristen energisch entgegenzutreten. Nur mit Hilfe der Gemeindebehörden und deren Organen und durch energisches Einschre

nachdem er zur Ausarbeitung einer Kommission überwiesen worden war, einstimmig angenommen.

Sodann gab Genosse Frank ein ausführliches Bild von dem Stande unserer Naturfreundebewegung in Deutschland. Hierzu wurde eine Resolution angenommen, die die Einberufung einer Gaumännerkonferenz für Deutschland und den Zusammenschluß der deutschen Gaue zu einheitlicher Führung der Vereinsgeschäfte fordert. Die Aufgaben einer für Deutschland zu schaffenden Zentralstelle, die im engsten Einvernehmen mit dem Zentralausschuß als oberste Instanz arbeiten soll, werden in der Resolution genau umschrieben. Durch Schaffung einer solchen Zentralstelle verspricht man sich einen großen Einfluß auf Reichs- und Landesbehörden bei Forderungen von Beihilfen für Errichtung und Erhaltung von Unterkunftsheimen und Ferienhäusern, von Fahrpreismäßigkeiten bei Wanderausflügen und Jugendwanderungen, bei Grenzüberschreitungen usw. Die Internationalität unserer Bewegung soll durch die Resolution in keiner Weise gefährdet werden.

Genosse Frank berichtete dann kurz über den stattgefundenen Reichssatzier-Sportkongress in Jena, der leider in seinen Debatten nicht immer geeignet gewesen sei, der deutschen Arbeiterbewegung die Achtung zu verschaffen, die gegenüber der bürgerlichen Sportbewegung nötig gewesen wäre. Daraus schloß sich eine kurze Aussprache, in der betont wurde, daß sich die Ortsgruppen überall den bestehenden Arbeiter-Sportkartellen anschließen und sich an den Aktionen für Leibesübungen beteiligen sollen.

Bei der Beratung der Anträge wurden alle Anträge auf Schaffung eines Gaumittelungsblattes in der Hauptstädte aus finanziellen Gründen abgelehnt, da ohne Erhöhung des Mitgliedsbeitrages ein Gaumittelungsblatt für 42 Ortsgruppen herauszugeben unmöglich ist. Ein Gaumittelungsblatt aber an die Mitglieder bei den leichten Druckpreisen umsonst abzugeben, ist vollständig ausgefallen.

Einige Anträge wurden zurückgeworfen und einige hatten sich durch Annahme von Resolutionen erledigt, weitere wurden als Material an die Klettervereinigung der Naturfreunde und an die Gebietsleiter überwiesen. Angenommen wurde ein Antrag auf Schaffung eines Verzeichnisses günstiger Übernachtungsgelegenheiten im Freistaat Sachsen.

Gemeiner wurde eine Resolution angenommen, die die Zentralkommission für Sport- und Körperspflege ersucht, sofort beim Reichsverkehrsministerium vorstellig zu werden und die Forderung auf Herausbuchung des Fahrpreises zur Ausübung des Wandersports energisch zu verfolgen und die Heraufsetzung des Fahrpreises auf die Hälfte der 4. Klasse bei Jugendwanderungen anzustreben.

Eine weitere Resolution fordert die Beseitigung der Herausforderungen der Grenzüberschreitungen bei Wanderausflügen in der Tschechoslowakei, Deutschösterreich und Tirol. Als Ausweis bei Grenzüberschreitungen sollen die mit photographische versehenen Mitgliedsstammtafeln anerkannt werden. Bei Besprechung dieser Resolution wurde die verschobene Handhabung bei Grenzüberschreitungen gerügt und geschildert, daß z.B. in Schön pro Person 1 Mt. bezahlt werden muß, während in Jinnwald 11 Personen für 1 Mt. über die Grenze gehen können. Viele unnötige Scherereien wurden dabei erwähnt.

An Stelle des von seinem Posten zurückgetretenen Kassierers Höhler wurde Genosse Oesterreich, Dresden, gewählt. Als Revisor wurde Genosse Heidrich, Leuben, bestimmt.

Beschlossen wurde, am vierten Sonntag nach Pfingsten 1922 in den sieben neuen Arbeitsgebieten wiederum einen Naturfreundetag abzuhalten.

Gewerkschaftsbewegung.

Angestellte der Finanzämter.

Am 24. Mai tagten die Angestellten der Finanzämter Sachsen in Chemnitz in einer gutbesuchten Konferenz. Der Tarifvertrag für Behördenangestellte wurde in einem belehrenden Vorort behandelt, der großen Interesse fand. Dieser Vorort und die Lage der Angestellten bei den Finanzämtern bildeten den Mittelpunkt der Stundenlangen anregenden Aussprache. Es wird ver sucht, die Angestellten auszunutzen, sie zur Bewältigung der umfangreichen Arbeit heranzuziehen, sich ihre Erfahrungen und laufmännischen Kenntnisse zunutze zu machen, um sie bei gegebener Zeit wieder

anzustehen zu können. Die tarifvertraglich festgelegten Kündigungsfristen und Gehaltsjahre werden verschieden nach nicht eingehalten. Ganz besonders aber zeigt sich die Tendenz, die Angestellten in der niedrigsten Gehaltsgruppe zu bezahlen. Durch das Einbrechen des Centralverbandes der Angestellten hat bei verschiedenen Finanzämtern eine höhere Einreichung durchgesetzt werden können. Die Beschäftigung von Studenten während der Osterzeit bei den Finanzämtern in Leipzig erregte lebhafte Entrüstung. Alle Redner waren sich darin einig, daß nur durch Zusammen schluss die berechtigten Forderungen und eine Sicherung der Existenz durchgesetzt werden können. Als Organisation kommt nur der Centralverband der Angestellten in Frage, der seit jetzt mit Energie und größter Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse die Interessen der Behördenangestellten vertreten hat. Die Bildung einer Gaumengruppe der Finanzamtangestellten im Centralverband der Angestellten ist im Werden. Als Obmann fungiert Kollege Rudolf Lüer, Chemnitz, Frauenstraße 8. Am Schluß der Tagung stand nachstehende Enthaltung einstimmige Annahme:

Die in Chemnitz versammelten Vertreter der Angestellten der Finanzämter Sachsen erwarten vom Centralverband der Angestellten, daß er nach wie vor auf eine Verbesserung des bestehenden Tarifvertrages hinwirkt und für eine Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der Behördenangestellten eintritt. Die Bevorzugung einzelner Kreise bei der Bekämpfung von Stellen muß entschieden bekämpft werden, da nur die Tüchtigkeit bei der Stellenbekämpfung maßgebend sein muß. Die Bekämpfung fordert alsbaldige Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium, damit die Verordnung auf Grund des § 81 BAG zur Bildung von Betriebsräten endlich herausgegeben wird."

Achtung, Bauarbeiter!

Die Malergesellen Leipzig stehen noch einstimmig im Streik. Die Unternehmer haben noch einige Gehilfen mehr ausgespart. Bauarbeiter! Verrietet keine Hassadenstriche, weil ihr nicht weißt, ob es Streikarbeit ist. Nehmt also derarige Arbeit ab. Es gibt genug andere Arbeit für Bauarbeiter. Melde uns, wo etwa welche Arbeit ausgeführt wird, damit die Sache unterrichtet werden kann. Verhalte euch solidarisch mit den streikenden und ausgesparten Malern.

Verband der Maler usw., Gerberstr. 1, III.

Eine kleine Firma!

Wir haben schon des öfteren Gelegenheit gehabt in der Presse aufzuzeichnen, wie insbesondere die Arbeitsverhältnisse der Angestellten in den Lebensmittelgeschäften sich gestalten. Durch die zuletzt getroffene Vereinbarung im Leipziger Einzelhandel ist es uns nun gelungen, auch tarifvertragliche Abmachungen für die Angestellten in den Lebensmittelgeschäften zu schaffen. Der Schlüttungsausschuß hat — weil das Lebensmittelgeschäft nach den Angaben der Herren Unternehmer fast gar keinen Gewinn abwirkt — einen zehnprozentigen Abzug für die Lebensmittelgeschäfte bei den Tafelgeschäften der Angestellten zugestellt. Trotz alledem gibt es noch unzählige Firmen in Leipzig, die es sich nicht nehmen lassen, ihren Angestellten ein Gehalt zu bezahlen, das zum Leben zuviel und zum Verhungern zuwenig ist. Hierin Wandel zu schaffen, ist bisher immer Aufgabe unserer Organisation gewesen. Wir haben aber auch bisher immer betont, daß dazu auch die Unterstützung der weiteren Kreise der konsumierenden Arbeiter und Angestellten notwendig ist. Wir unterbreiten einen Fall, der verdient, der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu werden. Herr Lautenschläger, der Inhaber der Firma F. E. Krüger, Leipzig-Lindenau, Markt, beschäftigt in seinem Geschäft einige sehr junge Verkäuferinnen. Zweit: "Billige Arbeitskräfte." Darunter beschäftigt er auch eine Verkäuferin, die nach einer zweijährigen Lehre und im dritten Berufsjahr ein Gehalt von anfangs 100 M. und zuletzt 150 M. für den Monat erhält. Der Tarifvertrag sieht eine Bezahlung von 375 M. abzüglich 10 Prozent, vor. Die Forderung, den Tarif zu bezahlen, hat Herr Lautenschläger glatt abgelehnt, weil es das Geschäft nicht einbringt. Herr Lautenschläger ist wahrscheinlich der Auffassung, daß andre Leute nicht rechnen können, denn der Umsatz, den sein Geschäft, insbesondere durch die günstige Lage, bringt, ist in keiner

Weise so dürflich, daß Herr Lautenschläger nicht in der Lage wäre, seine Arbeitskräfte besser zu bezahlen. Bedauerlich ist nur, daß es noch Angestellte gibt, die ihrer Kollegin gegenüber erklären, daß sie eigentlich noch froh sein müßte, wenn sie für eine Feinkostfabrik arbeiten könne. Herr Lautenschläger hat sich den Ruhm gesichert, die Kollegin, die eine Bezahlung nach dem Tarif gefordert hat, auf das Straßenpflaster zu werfen. Es wäre vielleicht für das Arbeitsamt sehr dankbares Gebiet, einmal zu prüfen, inwieweit die Stadt verpflichtet ist, auf Kosten der Allgemeinheit die durch Arbeitslosigkeit entstehenden Lasten abzumachen, die durch derartig willkürliche Akte von Unternehmen entstehen.

Unreue Kollegenschaft und die gemeinsame konsumierende Arbeiter- und Angestelltenchaft bitten wir aber, solchen Firmen, denen jedes soziale Verständnis für die Lage der Angestellten fehlt, immer die notwendige Beachtung zu schenken.

Centralverband der Angestellten, Leipzig, Braustraße 17.

Vor einem Streik der Berliner Buchdrucker?

In einer Versammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer am Donnerstag wurde nach einer W.T.B.-Meldung beschlossen, von den Arbeitgebern eine wöchentliche Lohnzulage von 35 M. zu verlangen und in den Betrieben über den sofortigen Streikbeginn abstimmen zu lassen, falls diese Forderung nicht innerhalb 48 Stunden angenommen worden ist.

Dorfschreiberstreik.

Havas meldet aus Kalkutta, daß ungefähr 5000 Dorfschreiber und Arbeiter der maritimen Werften von Howrah in einen Lohnauftand getreten sind.

Possowski über die Aufgaben des 4. Allrussischen Gewerkschaftskongresses.

O. E. Possowski, 24. Mai. Der bekannte russische Gewerkschaftsführer Posowski äußerte in einer Unterredung mit einem Vertreter der Moskauer Rada folgendes über die internationalen Aufgaben des zur Zeit in Moskau tagenden 4. Allrussischen Gewerkschaftskongresses: "Auf dem Gebiet der internationalen Gewerkschaftspolitik werden wir die Offensive-Taktik gegen die Amerikaner Internationale und deren Anhänger verfeinern und verschärfen müssen. Gegenwärtig zählt der in Sowjetrußland begründete Internationale Kommunistische Gewerkschaftsrat über 14 Millionen Anhänger (?). Die Frage ist jedoch noch nicht entschieden, ob es nicht etwa nötig wäre, eine selbständige, von der Kommunistischen Internationale unabhängige Gewerkschaftsinternationale zu schaffen, oder ob diese Gewerkschaftsinternationale mit der Kommunistischen Internationale organisch verbunden sein sollte. In dieser Frage muß der gegenwärtige Allrussische Gewerkschaftskongress seine Entscheidung treffen."

Gerichtsstaat.

Schwurgericht.

Raubüberfall. Die 17-jährige Kontoristin M., die am 21. August 1920 vom Polizeiamt 10 000 M. abgehoben hatte, wurde in dem Treppenhaus ihrer Firma plötzlich von zwei Leuten angefallen, die ihr die Altenmappe mit dem Gelde entzogen und mit einem Dritten, der an der Haustür Schmiede stand, entflohen. Einer der Räuber wurde auf der Straße gefasst und acht Tage darauf gelang es auch, die beiden andern, die mit den 10 000 M. entwischen waren, dingfest zu machen. Das Geld hatten sie allerdings inzwischen bis auf einen schändigen Rest verbraucht. Der Schlosser Kaiser und der Glasschleifer Mietzka aus Breslau und der Kellner Müller aus Beuthen hatten sich deshalb wegen Raubes zu verantworten. Die beiden ersten hatten sich schon in Breslau an einem sogenannten Raubüberfall beteiligt, der ihnen mit zwei anderen Komplizen 60 000 M. einbrachte. Damals erhielten sie je 1 Jahr Gefängnis. Jetzt wurden unter Einschätzung dieser Strafen verurteilt Kaiser zu 6 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrentrechtsverlust, Mietzka zu 4 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrentrechtsverlust und Müller zu 5 Jahren Zuchthaus und ebenfalls zu 3 Jahren Ehrentrechtsverlust.

Königs-Pavillon

Promenadenstraße 8 Fernruf 19271

Vom 3. bis 9. Juni 1921 Das Mädchen - das - wartete

Großes fesselndes Lebensbild von wirkungsvollster und packender Handlung nach der Novelle von James Barr

5 Akte

Auf Wunsch

Der goldene See

Ausserordentlich spannendes Sensations- und Abenteuer-Drama aus

6 Akte

Die Spinnen

Carl de Vogt — Ressel Orla

Kasino-Lichfspiele

Neumarkt Fernruf 19950

Vom 3. bis 9. Juni 1921

Die Welt ohne Hunger

Ungewöhnlich interessante, auf die heutigen Zeithverhältnisse Sattre n.d. Roman dramatisierte 6 Akte v. Alfred Bratt.

Die letzte Stunde

Kriminalpsycholog. Studien in 5 Episoden mit Reinhold Schünzel

Heute 2 Episoden

I. Der Brief (a. d. Leben eines Mörders) II. Amors Geschoß aus dem Leben ein. Heirats-Schwindl.

Wochentags: 5, 8/7, 1/9 Uhr Anfang.

Lindenauer Lichtspiel-Haus

Nur Lützner Straße 19.

Heute bis mit Montag

Nur 4 Tage!

Nur 4 Tage!

BRUNO KASTNER

in dem ergreifenden Filmroman

Das Brandmal der Vergangenheit

6 Akte

Ferner: Das plikante, reizende Lustspiel

Pfropf und Wumpfenschrimper

Hauptrolle: Herbert Paulmüller.

Dienstag Todeskampfum Barillo / 3. Teil

Beginn 5/4/5/6/7/8/9

„Olympia“
Tanzpalast: Wurzner Straße 77.
Heute Freitag
Wiener BALL.
Rudi Hauwede
mit seiner Künstlerschauspielerin

Luna-Lichtspiele
L.-Euf., Schlesisches.
Freitag bis Montag, 11.7 u. 11.9 Uhr
Das Göttinger Monumental-Filmwerk:
Die schwarze Rose von Cruska.
Ferner: **Das Geheimnis der Mumie.**
Detektiv-Abenteuer mit Joe Deeds.

U.T.
L.-Cottewitz
Nur für Erwachsene
Ab heute
Der bekannte
Sitten-Roman
von Hans Hyen
Entgleist
oder
Die nicht
arbeiten wollen
Sitten-Großfilm
aus d. Großstadt
in gewalt. Akt.
Außerdem:
Das große Paul
Holdemann-
Lustspiel
O, das macht
fast garnichts!
3 Akte.
Das beliebte U.-T.-Quartett.

Sonntags ab 8.00 Uhr.

Lichtspiele
Zschocher
Telefon 40960 Inhaber: M. Raschke
Ab Freitag, den 3., bis Montag, den 6. Juni
John Long
Der Meisterdieb oder: Die Jagd nach Tod u. Leben
5 Akte. Größtes Sensations-Drama. 5 Akte.

Schwarzwaldmädel
Ein Volkstück in 6 Akten.
Nach der Operette von Aug. Noldhardt.
Einlaß 5 Uhr.

Hausnr.
19.
Licht-U.T. Spiele
KUNZWEIL
Täglich
Das aufsehenerregende Sitten-Schauspiel!
Nur für Erwachsene!
Der gewaltige größte und beste Conrad-Veidt-Film


Ferner das glänzende Beiprogramm
SPIEGEL DER ZEITEN
Aus der Werkstatt einer Tänzerin
Eine besondere Attraktion, eine filmkünstlerische Neuheit!
Dieser Film ist den Besuchern der Tanzabende zu empfehlen!
2 Akte
Wochentags von nachm. 4½ Uhr ab

Feinste Holsteiner Tafelbutter
besonders fein in Aroma und Geschmack, 1 Pfund 12 Mk.
Butterhandlung zu den drei Glocken
Plagwitz, Zschochersche Straße 32 und 71
Schleußig, Könneritzstraße 24.

Pa.
Kernseife
Doppelstück 220 Pf.

Schmierseifen
Friedensqualität Pfd. 5.60 Mk.

Toilette seifen
Bleichsoda :- Borax
Pack 1.70 Mk.

Waschblau :- Kristallsoda
Pfund 70 Pf.

Konsum-Verein

Leipzig-Plagwitz u. Umg. E. G. m. b. H.

Feinste Molkereibutter
billiger Tagesspreis

Prima deutscher Käse
Stange 85 Pf.

Maisstärke
Reisstärke

!

Amtliche Bekanntmachungen.

Sparkasse Engelsdorf-Sommerfeld-Mölln
Sitzung 3½ %. Tägliche Versammlung.
Expedit wird jeden Werktag ab Sonnabend
in Engelsdorf, Sommerfeld und Mölln.

Sparkasse Paunsdorf.

Geschäftstags:
Montags bis Freitags 8—2 Uhr,
Sonnabends 8—1 Uhr.
Tägliche Versammlung mit 3½ Prozent.
Vollscheckkonto Leipzig Nr. 41300.
Kontrollmarken.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Döbel-Dösen Morgen Sonnabend, den 4. Juni, abends 11.8 Uhr, im Restaurant zum Park:
Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Frenzel über: Aus der Geschichte der sozialen Arbeiterbewegung. Nachdem Klubvortrach u. Vereinsangelegenheiten.

Großschothofer-Windorf Sonnabend, 4. Juni, abends 8 Uhr, im Gathof zum Trompeter: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Denhardt über: Die ländliche Gemeindeverfassung. 2. Diskussion. 3. Gemeindeangelegenheiten. 4. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Hähnchen-Lüttichsen Sonnabend, den 4. Juni, abends 11.8 Uhr im Casino: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kub. Kubin über: Ententeforderung und Wiedergutmachung. 2. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Steinrichshoher Sonnabend, den 4. Juni, abends 8 Uhr, in der Terrasse: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Diskussionsvortrag. Ausdrucke. Parteangelegenheiten. Zahlreichen Besuch, vor allem der Funktionäre, erwartet Der Vorstand.

Anhaltseeberg-Anauthain-Hartmannsdorf und Umgegend Sonnabend, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant zum Park: Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Denhardt über: Das gegenwärtige Steuerrecht. 2. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Banitzsch Morgen Sonnabend, den 4. Juni, abends 8 Uhr, bei Stegemann: Versammlung. Plagwitz-Lindenau-Schleußig Sonnabend, den 4. Juni, abends 11.8 Uhr, im Restaurant Stadt Altenburg, Pl. am Markt: Diskussionsabend. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schönert über: Die gesellschaftliche Entwicklung der Sozialdemokratie. 2. Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Rötha Sonnabend, den 4. Juni, abends 11.8 Uhr, in der Stadt Leipzig: Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Kirche ein Ort der Reaktion. 2. Bericht über die Kreisverammlung in Borna. 3. Wahl der Kandidaten zum Elterntat. 4. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit aller Mitglieder.

Stolz Der für Sonntag, den 5. Juni, angelegte Bezug auch des Zoologischen Gartens wird aus bestimmten Gründen auf Sonntag, den 12. Juni, verschoben. Die entnommenen Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit.

Zwenau Sonnabend, den 4. Juni, abends 11.8 Uhr, im Goldnen Adler: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Gemeinderatsbericht. 2. Freie Aussprache. 3. Kinderfest. 4. Vereinsangelegenheiten. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Metallarbeiter

Verbandsstelle: Wolfsburg, Seilerstr. 20/21. Bürozeiten: vormittags 8-10, mittags 12-1, abends 4-6. Sonntags nur 8-11 Uhr. Zeitlich zur Versammlung und während der Versammlung während der Versammlung müssen gegen Übereignung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Mechanikerlehrlinge. Mittwoch, 8. Juni, abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Zeile Straße 32. Das Agitationsteam.

Familien-Nachrichten

Nach kurzer gebüldig extragener Krankheit verschied am Dienstag im 41. Lebensjahr meine innig geliebte Frau, unlere treulose Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante.

Frau Ida Tetzner geb. Gräßner

Dies zeigen tief betrübt an L.-Plagwitz, Weihenfeller Str. 10 Max Tetzner nebst Kindern Minna verw. Gräßner u. Geschwister Familie Karl Birkner Paul Kreißig Familie Hermann Gräßner Beerdigung Sonnabend, 12 Uhr, Friedhofskapelle, Pl.

Füllt die Beweise herzlicher Teilnahme, den reichen Blumenstrom und das Geleit zur letzten Ruhestätte meiner lieben Frau

Emilie Rudolph
lasse ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. Gustav Rudolph.

Dank. Die wohltuende Teilnahme am plötzlichen Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres Vaters, des Pianofortebauers **Karl Gustav König**
wie auch die trostreichen tiefemfundnen Worte des Predigers, die lebensvollen Lieder, das lebte Geleit seiner Kollegen und Genossen geben uns Veranlassung dankbar aller zu gedenken.

Am 3. Juni 1921 **Klara verw. König** und Hinterbliebene.

Für die uns beim Hinscheiden meines lieben Mannes Albert Gebhardt bewiesene Anteilnahme lassen wir allen Beteiligten unsern herzlichsten Dank. Leipzig-Li. 3. Juni 1921. Berta Gebhardt u. Sohn nebst Hinterbliebenen.

Neues Theater.
 (Aufführung verboten.)
 Freitag, den 3. Juni 1921. Beratung 1416.
 118. Unrechtf. Vorstellung (2. Folge, rot).
Schwester Angelica.
 Zeitbuch von Gioacchino Rossini. Ins Deutsche übertragen von Alfred Brügmann. Wulff von Giacomo Puccini.
 Stoff, Leitung: Dr. Max Hochholzer. In Szene gesetzt von Karl Schäffer.
Giant Schieß.
 Zeitbuch von Gioacchino Rossini. Ins Deutsche übertragen von Alfred Brügmann. Wulff von Giacomo Puccini.
 Stoff, Leitung: Prof. Otto Lohse. In Szene gesetzt von Karl Schäffer.
Der Mantel.
 Nach „La Pouppéen“ von Didier Gold. Zeitbuch von Giuseppe Adamo. Ins Deutsche übertragen von Alfred Brügmann.
 Wulff von Giacomo Puccini.
 Stoff, Leitung: Prof. Otto Lohse. In Szene gesetzt von Karl Schäffer, Gustaf Prele. Einlaß 7 Uhr. Einfang 7 Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.
 Schülerfarten ungelassen.
 Sonnabend: Die Walküre. Anfang 8 Uhr.
 Sonntag, den 5. Juni: 118. Unrechtf. Vorstellung (2. Folge, rot).
 Einlaß 7 Uhr.

Alles Theater.

Schauspielerten bis einschließlich 25. Juni.

Neues Operetten-Theater.

(Aufführung verboten.) Beratung 2484.

Freitag, den 3. Juni 1921.

Das Hollandweibchen.

Operette in 2 Akten von Leo Stein und Leo Denbach.

Musik von Emmerich Kalman.

Szene gesetzt von Joseph Groß. Missliche Leitung: Kurt Abel.

Personen: Brigitte Julia (Margarete Nöhner); Erika Adolfs; Julius Ohm (Hermann Engelmann); Marcellin Ein von der Heide, die erste Hollanderin (Charlotte Hellmuth); Oberholzmeisterin Anna Krelin von Weidelsdorf (Emma Barbara); Oberholzmeister von Stöpp (Josef Trautmann); Hofmarkherr von Gerten (Georg Tiefenauer); Paul Robert, Erbprinz von Ullingen (Walter Grabe); Dr. Udo von Tiegel, außerdienstl. von Todenrodt; Minister von Ullingen (Eduard Wurts); Paul Schröder, Landesparlament; von Liebemann, Präsident, Baron Seborg von Melow, Mitglieder des Jagdklubs Wulff am See (Hugo Müller, Kurt Reiche, Willi Hermann); Alois, Wirt (Karl Fischer). Ein Aufzuber (Karl Diekmann); Eine Braut (Magdalene Arnhold).

Studenten- und Schülerfarten ungelassen.

Sonnabend, den 4. Juni: Es zog ein Unwetter hinaus. Anfang 7½ Uhr.

Sonntag, den 5. Juni: Das Hollandweibchen. Anfang 7½ Uhr.

Krystall-Palast

Theater. Tel. 2071.

Täglich abends 10½ Uhr

Gastspiel**Curt Olfers Operettengesellschaft****„Der verjüngte Adolar“**

Musikalischer Schwank von Kraatz & Kessler. Gesangstexte von Frey. Musik von

walter Kollo.**Baltenberg**

Varieté. Anfang 10½ Uhr. Tel. 1870.

Das hervorragende

Juni-Varieté-Programm.

3 Burnellys 2 Rolands

Sensat. Stelzen-Akrobaten. Handkraft-Equilibristen

Willy Robert A. u. H. Bradna Otto Brauer

Humorist in ihrem verwegenen Athletisch-Olymp. Spiel

Proske-Trio Balance-Akt

Kunst u. Humor

Revé Elektrischer Varieté-

2 Wards Fantasy-Akt Erinnerungen

Kom. Excent. Theater. Anfang 10½ Uhr:

Das schleichende Gift.

Morgen: Das schleichende Gift.

Vorverkauf: Tageskasse 10–2 und Zigaretten-Geschäft R. Hirsch, Katharinenstraße 6.

Drei Linden

Täglich abends 10½ Uhr

die wirklichen Varleté-Neuhelten.

Der grosse Erfolg des Sommers.

Gastspiel Ernst Petermann

der geistreiche Spötter!

Erstes deutsch. Auftritt.

Ketty Moran

die originelle Schwedin.

Neu! Uraufführung!! Neu!

Gastspiel d. beliebt. Berliner Operetten-Diva

Käthe Mann

In der naturalist.-realistisch. Ausstattungsrevue

„Im Reiche der Nixen“

mit Gesang u. Tanz. Musik von G. Jenderskowski.

In Szene gesetzt von Dir. Kurt Kaiser

unter Mitwirkung erster Berliner Solokräfte.

20 Mitwirkende.

Neu für Leipzig!

2 Tulweys

Kom. Akrobaten.

Neu für Leipzig!

2 Margots

Doppeltrapezakrobaten.

Vorverkauf: Tageskasse 10–2 Uhr. Tel. 43543.

Warenhaus Th. Althoff, Petersstrasse, Konsum-

Verein, Karl-Heine-Strasse.

Vergnügungspark Meusdorf**Konzert. Eintritt frei.**

Sonnabend, den 4. Juni, 6½ Uhr:

Ein Sommernachtstraum.

U. a. 90 Uhr Gastspiel: Frl. Charlotte Brumme u. Herr Max Starke Solo-Ballett vom Leipziger Stadttheater.

Konkurrenzlose Veranstaltung im größten Festsaale Deutschlands.

Ballmusik: 25 Mann. Leitung: Kapellmeister Mößner.

Sonntag, den 5. Juni, 10 Uhr, in sämtlichen Räumen:

Groß-Leipziger Handwerkertag.

5 Musikkapellen — Großer Trachten-Umzug — Kabarett — Tombola Hippodrom — Herrlicher Kinderspielplatz — Pony- u. Eselreiten usw.

Wolf-Theater

Barfüßergasse (am Markt). Telefon 4070.

vom 3./VI. Erstaufführung — 9./VI. 1921.

Ein neuer a Welterfolg!
s s t i
s e n o
Hochspannung! on
!! S e Lebeesgefahr! !!
ein fantastisches Filmwerk aus dem Jahre 3000. 5 Akte.
Dazu das mit größter Spannung vom Publikum erwartete Sitten-Drama

5 Akte. 5 Akte.

Szenenbild: Sonntags 3½ Uhr. Wochentags 4½ Uhr.

Die Kamelien-Dame die Königin der Halbwelt nach dem bekannten Drama von Alex. Dumas mit der amerikanischen Film-Diva:

5 Akte Clara Kimball-Young 5 Akte Fabrikat der World-Film-Corp. Neuyork.

Eliaß: Sonntags 3½ Uhr. Wochentags 4½ Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Zopfstraße, 17/19. Direction: Otto Bleibtreu. Beratung 1000

Freitag, den 3. Juni 1921

Ortsausflüge!

Die Blaue.

Drama in 3 Akten von Wolodymyr Myndtschenko.

Aus dem Ukrainerischen von Gustav Siegel.

Am Scene gelegt von Otto Bleibtreu.

Personen: Andrij Karowitsch, Agenten (Otto Bleibtreu); Natalja Pawlowna, seine Frau Anna Carlens; Karpe Scherowitsch, sein Sohn Mein, Bogus; Wolja Tschessolaja, Sinaia (Lieschen), seine Schwester (Grete Doerfler); Rosa Rethke; Antoin Wenzelowski (Zoll); Walter Rethke; Iwan Stratofotow; Andrij Karowitsch (Wolja); Walter Rethke; Gustav Siegel; Otto Bleibtreu, Adria

Lett der Handlung: Eine großer Siedl. in der Ukraine.

Juli: Gegenwart.

Bis nach dem 2. Akt.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Sonnabend, den 4. Juni: Die Blaue. Anfang 7½ Uhr.

Sonntag, den 5. Juni: Die Blaue. Anfang 7½ Uhr.

Bestellte Eintrittskarten müssen eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung abgeholt werden, andernfalls wird darüber verfügt.

Die Tageskasse ist geöffnet, vormittags von 10–2 Uhr, Sonnab-

bis 11–2 Uhr.

Der erste Spielabschnitt läuft vom 10. Mai bis 4. Juni 1921.

Bis zu diesem Tag muss die erste Woche der Jahreskarte am

der Tageskasse eingelöst sein.

kleines Theater.

Telefon 12000. Direction: Otto Bleibtreu. Eiserstraße 42

Freitag, den 3. Juni 1921, abends 7½ Uhr

Rein einsteigen!

Die Hochzeitsreise.

Luftspiel in 2 Akten von Robert Benedix.

Im Scene gesetzt von Otto Bleibtreu.

Hierzu:

Die Dienstboten.

Luftspiel in 1 Akt von Robert Benedix.

Im Scene gelegt von Otto Bleibtreu.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Sonnabend, den 4. Juni: Die Hochzeitsreise. Hierzu: Die Dienstboten.

Sonntag, den 5. Juni: Die Hochzeitsreise. Hierzu: Die Dienstboten.

Anfang 7½ Uhr.

Die Mitglieder der Theatergemeinde Schauspielhaus erhalten gegen

Bereitung ihrer Jahreskarte 10% Entschädigung.

Bestellte Karten müssen bis Mittags 2 Uhr abgeholt sein, andernfalls wird darüber verfügt.

Die Kasse ist geöffnet vormittags von 10–2 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 11–2 Uhr.

Vorverkauf bei R. A. Kopplins, Petersstraße 15, und August Vollrich.

Apollo-Theater

Täglich abends 1½ Uhr:

Die größte Internationale**Ringkampf - Konkurrenz**

d. Gegenwart

um die

Europa - Meisterschaft 1921.

Es haben bis jetzt folgende Professionale zugesagt:

Weltmeister Franz Sauerer

Weltmeister Michael Hitzler

Weltmeister Karl Saft

Amerikaner Franz Hößmann

Dirk van den Born

Harry von Dyk, Brüssel

Elwin Urbansky

Hugo Rosch, Leipzig

Paul Opitz, Erfurt

Carl Seifert, Leipzig

Ch. Althoff, Straßburg

Allgemeine, Stockholm

Zumbusch, Matriell

Ldw. Sachs., Nürnberg

B. Schneider, Leipzig

Eriksen, Kopenhagen

Weitere Meldungen gehen noch ein.

Sonnabend ringen:

Sauerer gegen Döbille

Hitzler gegen Madrall.

Entscheidungskampf:

Sachs gegen Seifert.

Außerdem:

Der große Varieté-Spielplan

Orig. Morandie das lob. Handgepick kom. Exzentrikspring.

E. u. M. Hartwells Doppelflugseilkünstler

Alb. Petschner Komponistendarstell.

Christo u. Ronold Akrobatisches Spiel

Vorverkauf: Tageskasse 10–2 Uhr. Tel. 11111.

Warenhaus Th. Althoff, Petersstr.

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstraße 7 — am Königsplatz

<b

